

Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG)

Studie Nr. 9

Kai Michelsen

Die gescheiterte Transformation des Schwedischen Modells



FEG am Institut für Politikwissenschaft des Fachbereichs
Gesellschaftswissenschaften und Philosophie der Philipps-Universität Marburg

FEG Arbeitspapiere

- Nr. 1:** Frank Deppe, Zur Diskussion über die Entwicklung der Arbeitgeber-Arbeitnehmerbeziehungen in der EG unter dem Einfluß des "Binnenmarktes '92". Vorläufige Informationen und Überlegungen, (Februar 1990) UKB 10 DM (vergriffen)
- Nr. 2:** Hans-Ulrich Deppe/Uwe Lehnhardt, Gesundheitswesen zwischen supranationalen Politikstrukturen und einzelstaatlicher Regelungskompetenz. Zu einigen gesundheitspolitischen Aspekten der westeuropäischen Integration, (Mai 1990) UKB 6 DM (vergriffen)
- Nr. 3:** Peter Imbusch, 1992. Die Folgen der Vollendung des EG-Binnenmarktes für europäische und außereuropäische Migranten, (Januar 1991) UKB 7 DM (vergriffen)
- Nr. 4:** Frank Deppe/Klaus-Peter Weiner (Hrsg.), Die Perspektive der Arbeitsbeziehungen in der EG und die soziale Dimension des Binnenmarktes '92, (März 1991) UKB 10 DM
- Nr. 5:** Robin Jacobitz, Antonio Gramsci - Hegemonie, historischer Block und intellektuelle Führung in der internationalen Politik, (August 1991) UKB 7 DM (vergriffen)
- Nr. 6:** Europa im Umbruch - Neue Dimensionen der Politik, (März 1992) UKB 12 DM (vergriffen)
- Nr. 7:** Hans-Jürgen Bieling, Brita Bock, Frank Deppe, Karen Schönwälder, Migration, Arbeitsmarkt, Regulation - unter besonderer Berücksichtigung des Arbeitsmarktes in Hessen, (Januar 1993) UKB 15 DM
- Nr. 8:** Michael Felder, Die Problematik europäischer Industriepolitik am Beispiel JESSI, (Januar 1993) UKB 13 DM
- Nr. 9:** Frank Deppe/Klaus Peter Weiner, The "1992 Single Market" - National Labour Relations and Trade Unions in Western Europe, (Marburg/Lahn 1992)
- Nr. 10:** Frank Deppe/Michael Felder, Zur Post-Maastricht-Krise der Europäischen Gemeinschaft (EG), (September 1993) UKB 15 DM
- Nr. 11:** Ho Geun Lee, Regulationstheoretische Überlegungen zur Krise der EG, (Januar 1994) UKB 13 DM (vergriffen)
- Nr. 12:** Gudrun Hentges/Karen Schönwälder (Hrsg.), Zukunftsprojekt Europa: Die abgeschottete Union?, (Januar 1994) UKB 15 DM (vergriffen)
- Nr. 13:** Dorothee Bohle, Europäische Integration und Frauenforschung in Deutschland. Eine kommentierte Literaturübersicht, (September 1994) UKB 10 DM (vergriffen)
- Nr. 14:** Thorsten Schulten, "European Works Councils" - New Forms of European Labour Relations Regulation?, (März 1996) UKB 10 DM
- Nr. 15:** Hans-Jürgen Bieling, Frank Deppe, Bernd Röttger, Weltmarkt, Hegemonie und europäische Integration - Kritische Beiträge zur Theorie der internationalen Beziehungen, (April 1996) UKB 15 DM
- Nr. 16:** Dieter Boris, Kristine Hirschhorn, North Atlantic Free Trade Association (NAFTA) - Consequences of Neoliberal Market Strategies for Mexico and Canada, (August 1996), UKB 10 DM

Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG)

Studien
der Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG)

Nr. 9

Kai Michelsen

**Die gescheiterte Transformation des
Schwedischen Modells**

Marburg 1997

ISBN 3-8185-0229-3

Redaktionelle Bearbeitung: Jochen Steinhilber

FEG am Institut für Politikwissenschaft

Fachbereich Gesellschaftswissenschaften und Philosophie der

Philipps-Universität Marburg

Wilhelm-Röpke-Str. 6

35032 Marburg

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung: Ein sozialdemokratisches Modell als Beispiel für die Krise der Sozialdemokratie	9
2. Sozialdemokratische Politik, das Schwedische Modell und der Wandel des Fordismus	14
2.1. Der Wandel des Fordismus und die Probleme sozialdemokratischer Politik: Allgemeine Tendenzen und nationale Besonderheiten.....	14
2.2. Zum Begriff "Schwedisches Modell"	18
2.3. Thesen zum Wandel des Schwedischen Modells.....	20
2.3.1. "Angebotsorientierte Lohnpolitik" versus "Demokratisierung der Wirtschaft"	21
2.3.2. Korporatismustheorie versus labour movement theory	23
2.3.2.1. Thesen der Korporatismustheorie.....	25
2.3.2.2. Thesen der labour movement theory.....	28
2.3.2.3. Das Schwedische Modell als korporatistische Struktur mit einer starken Arbeiterbewegung in einem "interessengeleiteten Korporatismus".....	31
3. Das Schwedische Modell der "Goldenen Jahre"	34
3.1. Mixed economy, korporatistische Strukturen und die Politik der SAP	34
3.1.1. Die Wirtschaftspolitik: Zwischen Planungsambitionen und politischen Mehrheiten.....	34
3.1.2. Staat und Verbände: Die Aufwertung der Gewerkschaften	37
3.1.3. Die Sozialpolitik: Der Ausbau zum Mittelklassenwohlfahrtsstaat.....	39
3.2. Die Arbeitsmarktparteien und das Tarifverhandlungssystem	41
3.3. Das Rehn-Meidner-Modell und die solidarische Lohnpolitik.....	44
3.4. Zusammenfassung.....	48
4. Der Wandel des Schwedischen Modells	50
4.1. Die wirtschaftliche Entwicklung Schwedens.....	50

4.1.1. Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und Einkommensentwicklung.....	50
4.1.2. Staatshaushalt und Sozialausgaben.....	54
4.1.3. Der private Unternehmenssektor und die Internationalisierung der schwedischen Wirtschaft.....	56
4.1.4. Die Finanzmärkte.....	58
4.2. Die Erosion des fordistischen Klassenkompromisses.....	59
4.2.1. "Demokratisierung der Wirtschaft": Der Vorstoß der Landsorganisation (LO).....	59
4.2.2. Die Gegenoffensive der Svenska Arbetsgivareföreningen (SAF).....	63
4.3. Die Entwicklung des Tarifverhandlungssystems "zentralisierter Selbstregulierung".....	64
4.4. Probleme der sozialdemokratischen Wählermobilisierung.....	69
4.5. Wandel der Regierungspolitik.....	74
4.5.1. Die Überbrückungsstrategie (1974-1982).....	75
4.5.2. Der "Dritte Weg" (1982-1990).....	78
4.5.2.1. Staat und Markt.....	79
4.5.2.2. SAP und Gewerkschaften.....	82
4.6. Zusammenfassung.....	84
5. Das Ende des Schwedischen Modells.....	87
5.1. Die Wirtschaftskrise der 90er Jahre und ihre Folgen.....	87
5.2. Die Ursachen der Wirtschaftskrise und die Problematik des Dritten Weges.....	92
6. Fazit.....	97
Literaturverzeichnis.....	100

Tabellenverzeichnis

Tab. 1: Veränderungen von Wachstum, Produktivität und Inflation (von Jahr zu Jahr in %)	51
Tab. 2: Beschäftigungsentwicklung und Wirtschaftsstruktur (1960-1990)	52
Tab. 3: Beschäftigungszuwächse im öffentlichen und privaten Sektor	53
Tab. 4: Lohndifferenzen im produzierenden Gewerbe zwischen Schweden und der EG 1989 (Schweden = 100)	54
Tab. 5: Einkommensdifferenzen zwischen hochqualifizierten Berufsgruppen in Schweden, Dänemark, Deutschland, Frankreich und Großbritannien 1987 (Schweden = 100)	54
Tab. 6: Einkommensdifferenzen und Redistribution im internationalen Vergleich	54
Tab. 7: Staatsausgaben und Einnahmen in Schweden (OECD-Europa) [B.R. Deutschland] in % des BIP 1960-1993	55
Tab. 8: Staatseinnahmen (Steueraufkommen in % des BIP, Aufschlüsselung als Anteil an allen Steuern einschließlich Sozialbeiträgen) und Staatsausgaben 1990 (in % des BIP)	56
Tab. 9: Sozialausgaben im internationalen Vergleich	56
Tab. 10: Inflation, nominale und reale Lohnentwicklung (prozentualer Wandel von Jahr zu Jahr)	65
Tab. 11: Tarifliche Lohnsteigerungen und Lohndrift für Arbeiter und Angestellte im verarbeitenden Gewerbe	66
Tab. 12: Mitgliedschaft in wichtigen Gewerkschaftsdachverbänden und Verhandlungskartellen	67
Tab. 13: Wählermeinungen zu den Arbeitnehmerfonds	73
Tab. 14: Wahlergebnisse, Regierungsparteien	73
Tab. 15: Linkswähler unter Arbeitern und in der Mittelschicht 1956-1988 (in %)	74
Tab. 16: Sozialdemokratische Wähler unter Angestellten 1956 und 1968	74
Tab. 17: Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Schweden 1973-1982	77
Tab. 18: Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Schweden 1982-1990	87
Tab. 19: Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Schweden nach 1990	88

Tab. 20: Arbeitsmarkt in Schweden	88
Tab. 21: Konsolidierungsmaßnahmen 1995-1998	91

1. Einleitung: Ein sozialdemokratisches Modell als Beispiel für die Krise der Sozialdemokratie

Schweden galt bis in die späten 80er Jahre mit seiner niedrigen Arbeitslosigkeit und seinem ausgebauten Wohlfahrtsstaat als erfolgreiches Beispiel sozialdemokratischer Politik. Selbst kritische Beobachter kamen nicht umhin, das Zusammenspiel von einem großen öffentlichen Sektor, einem hohen Steueraufkommen, umfangreichen sozialen Transferleistungen, geringen Lohndifferenzen, einem hohen Beschäftigungsniveau, expandierenden Unternehmen und einem (wenn auch langsamen) Anstieg des Lebensstandards zumindest als Paradox zu würdigen. Desweiteren wurde darauf verwiesen, daß der ausgebauten Wohlfahrtsstaat die Wettbewerbsfähigkeit nicht einschränke (Therborn 1991, S. 229) und in der Bevölkerung breiten Rückhalt genieße (Olsson 1987, S. 78). Er erschien als progressive Alternative zur Spaltung und Polarisierung der Gesellschaft unter neokonservativen Regierungen (Mishra 1990). Der vergleichsweise gering fragmentierte Arbeitsmarkt galt als äußerst flexibel (OECD 1989, S. 62f) und als Ressource der Wettbewerbsfähigkeit (Myles 1994). Der "Kalmarismus" wurde als vorbildliche Form der Arbeitsbeziehungen hervorgehoben (Lipietz 1991, S. 98f).¹

Mit der schweren ökonomischen Krise in der ersten Hälfte der 90er Jahre gehört die schwedische Erfolgsgeschichte offensichtlich der Vergangenheit an. Die offene Arbeitslosigkeit schnellte in die Höhe, der Sozialstaat wird nunmehr massiv abgebaut. Nach geringfügigen Veränderungen in den 80er Jahren kommt es zu Einschränkungen im Leistungssystem, arbeitsrechtliche Regulierungen werden in Frage gestellt, die Rolle des Staates wird modifiziert (Tálos/Falkner 1994, S. 249f). Inzwischen wird die Frage aufgeworfen, ob Schweden mit seinem "geordneten Rückzug aus der sozialpolitischen Sackgasse" nicht einen neuen Modellfall darstelle (Jungblut 1995). Zumindest hat die sozialdemokratische Partei (Socialdemokraterna, SAP) den Anschluß an die Krise ihrer westeuropäischen Schwesterparteien, an eine allgemeine Krise der Sozialdemokratie, gefunden: "Gefangen zwischen einer sich wandelnden sozialen Basis und einem sich verengenden politischen Horizont, scheint die Sozialdemokratie ihren Kompaß verloren zu haben. [...] Einst, während der Gründungsjahre der II. Internationale, war sie dem allgemeinen Sturz des Kapitalismus verpflichtet. Dann verfolgte sie Teilreformen als Stufen zum Sozialismus. Schließlich begnügte sie sich mit sozialer Wohlfahrt und Vollbeschäftigung innerhalb des Kapitalismus. Wenn sie jetzt einen Abbau des einen und eine Abkehr vom anderen akzeptiert, in welche Art von Bewegung wird sie sich verwandeln?" (Anderson 1995, S. 6)

Die SAP galt als eine der stärksten Sozialdemokratien. Sie dominierte seit den 30er Jahren das politische Geschehen. Als weitaus größte Partei gegenüber einem

¹ Unter "Kalmarismus" versteht Lipietz (1991, S. 84ff) eine Form der Arbeitsbeziehungen, in der die Beziehung zwischen dem Unternehmen und den auf dem Markt verfügbaren Arbeitskräften stark reguliert ist, während eine Mitwirkung der Betroffenen in Fragen der Arbeits- und Produktionsorganisation zwischen den Arbeitsmarktparteien ausgehandelt wird.

zersplitterten bürgerlichen Parteienlager regierte sie zwischen 1932 und 1976, von 1982 bis 1991 und erneut seit 1994. Die ungefähr eine Million Parteimitglieder unter sechs Millionen Wahlberechtigten, eine enge Kooperation mit den im Dachverband der Arbeitergewerkschaften LO (Landsorganisation) zusammengeschlossenen Gewerkschaften und eine tiefe Verankerung in der Gesellschaft - durch Verbände, Vereine und kulturelle Aktivitäten - sicherten die starke Position der Partei (Bergström 1991, Sainsbury 1991) und ihre bis in die 70er Jahre hegemonale Position (Clement 1994). Ihr wurde nicht nur Kompetenz in der Sozial-, sondern auch in der Wirtschaftspolitik zugesprochen.² Aber schon in den 80er Jahren war der sozialdemokratische "Erfolg" nicht mehr unumstritten: Mit den Bemühungen um wirtschaftliche Prosperität und die Konsolidierung des Staatshaushaltes bekam das Partei-Image "main champion of social policies" Risse (Sainsbury 1991, S. 35). Nachdem die Wirtschaftspolitik der 80er Jahre in der ökonomischen Krise endete, blätterte nicht mehr nur der Lack der ökonomischen Kompetenz: "For the first time, Swedish Social Democracy does not have a credible economic strategy of its own." (Bergström 1991, S. 16) Zu Beginn der 90er Jahre ordnete die SAP das Ziel der Vollbeschäftigung dem der Preisstabilität unter (Notermans 1993). Seitdem behindern hohe Zinsen ein beschäftigungswirksames Wachstum (OECD 1995, S. 1). In ihrer sozialpolitischen Ausstrahlungskraft verlor die SAP weiter an Glanz: Als Oppositionspartei stimmte sie zwischen 1991 und 1994 den Sparpaketen der bürgerlichen Koalitionsregierung unter dem Konservativen Bildt und damit Kürzungen von Sozialleistungen zu. Nachdem die SAP 1994 in der Reichstagswahl 45,3 % der Stimmen erhielt und erneut in die Regierung einzog, interpretierte der sozialdemokratische Regierungspräsident Carlsson den Wahlsieg als "Vollmacht der Wähler für einen strengen Sparkurs" (FR 20. Sept. 1994). Die wirtschaftspolitische Situation ist verfahren: "[...] die Sanierung der maroden öffentlichen Finanzen, die energische Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die Stabilisierung des Preisniveaus sowie die Erhaltung des Wohlfahrtsstaates 'kommen der Quadratur des Kreises gleich" (Kuntze 1995, S. 31).

Die ökonomischen Probleme und die Sparpolitik überlagern sich mit dem Konflikt um die Mitgliedschaft in der EU. Nachdem 1989 mit dem Ende des Ost-West-Konflikts die schwedische Neutralitätspolitik einem Beitritt nicht mehr entgegenstand, leitete die SAP-Führung das Beitrittsgesuch in die Wege. Das Volksreferendum zur Ratifizierung der Mitgliedschaft fiel 1994 mit 52,3 % äußerst knapp für die EU-Integration aus.³ Die SAP selbst war gespalten. Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament mit einer Wahlbeteiligung von 41 % erzielte die SAP mit

² Für Bergström (1991, S. 16) lag hierin der zentrale Unterschied zu anderen sozialdemokratischen Parteien.

³ Insbesondere Frauen und Bewohner ländlicher Gebiete stimmten gegen den Beitritt, da sie den Abbau des Sozialstaates und der Subventionen befürchteten. Ausschlaggebend für die knappe Mehrheit der Beitrittsbefürworter waren nach Swensson (1994a, S. 1) die Loyalität gegenüber der sozialdemokratischen Parteiführung und die Angst "vor den negativen Wirkungen eines Draußenbleibens". Vornehmlich wurden Unruhen auf den Finanzmärkten mit Zinssteigerungen und die weitere Verlagerung von Produktionsstätten schwedischer Unternehmen in das Ausland befürchtet.

28,1 % ihr schlechtestes Wahlergebnis seit den 20er Jahren. Gewinne erzielten die Beitrittsgegner Linkspartei (Vänsterpartiet) mit 12,9 % und die Grünen (De Gröna) mit 17,2 % (FAZ 19. Sept. 1995), die sich damit gegenüber der Reichstagswahl 1994 erheblich verbessern konnten.⁴ Unmut erregte der Anstieg der Importpreise, deren Sinken für den Fall eines Beitritts versprochen worden war.⁵ Darüberhinaus sieht das Maastricht-Konvergenzprogramm erhebliche Kürzungen der staatlichen Ausgaben vor. Bis 1998 soll das Haushaltsdefizit in der Höhe von 10 % des BIP (1995) um 6,5 %-Punkte abgebaut werden, zur Jahrtausendwende wird eine ausgeglichene Bilanz angestrebt. Durch verringerte Sozialausgaben sollen 58,1 Milliarden Kronen eingespart werden, von erhöhten Sozialversicherungsabgaben sowie Steuern auf Vermögen und Kapitaleinkommen werden Mehreinnahmen von 39,2 Milliarden erwartet (OECD 1995, S. 31f). Zusammen mit den Kürzungen unter der bürgerlichen Regierungskoalition haben die "budgetstärkenden Maßnahmen" ein Gesamtvolumen von ca. 7,5 % des derzeitigen BIP (Hailer 1995). Soziale und politische Konflikte sind vorprogrammiert, es droht eine Neuauflage des "Rosenkrieges" vom Ende der 80er Jahre, mit Konflikten zwischen den Gewerkschaften und der SAP.

Daß die SAP nicht nur mit äußeren, sondern auch mit inneren Problemen zu kämpfen hat, veranschaulichte die Auseinandersetzung um die Nachfolge Carlssons: Potentielle Kandidaten lehnten eine Kandidatur ab, die vorgeschlagene Kandidatin Sahlin stolperte über vergleichsweise belanglose Vorwürfe (Expressen 9. Nov. 1995). Auch in Schweden manifestieren sich die politischen und konzeptionellen Probleme der Sozialdemokratie in einer "moralischen Identitätskrise" (vgl. Anderson 1995, S. 1). Der neue Kandidat für die Nachfolge Carlssons, der derzeitige Finanzminister Persson, ist unter den sozialdemokratischen Anhängern wegen seiner Austeritätspolitik umstritten. Ende 1995 lag die SAP in Umfragen zusammen mit der konservativen Partei Moderata bei 30 %: Ein Tief für die Sozialdemokraten, ein Hoch für die Konservativen (Aftenposten 30. Dez. 1995).

In dieser Arbeit wird den Ursachen für die Probleme der SAP und ihrem Weg in die Krise nachgegangen. Zu diesem Zweck wird die Entwicklung des Schwedischen Modells betrachtet. Es ist einerseits als Ergebnis sozialdemokratischer Politik zu begreifen, andererseits stellt in zweifacher Hinsicht eine Ressource derselben dar: zum einen im Hinblick auf wirtschaftspolitische Gestaltungsspielräume, zum zweiten in Bezug auf die Mobilisierung politischer Macht. In Anlehnung an regulationstheoretische Ansätze wird das Modell in seiner Einbettung in den Zusammenhang von Kapitalverwertung, von sozialen Konflikten und Formen der gesellschaftlichen-politischen Institutionen und Normen, die zwischen den ersten beiden Momenten vermitteln und eine gewisse Stabilität der kapitalistischen Gesellschaft erzeugen

⁴ Bei den Reichstagswahlen erhielten die Linkspartei lediglich 6,2 %, die Grünen 5,0 % der Stimmen (FAZ 20. Sept. 1994).

⁵ Der Kursverfall der Krone seit 1992 schlägt sich jedoch vorerst auf die Preise nieder (vgl. OECD 1994, S. 41; Gamillscheg 1995).

können, untersucht (vgl. Hirsch 1995, S. 46). Die Krise des Fordismus wird als ein historischer Wendepunkt begriffen, mit dem sich sowohl die Politik der SAP als auch das Schwedische Modell zu verändern begannen. Dargestellt wird, daß a) das Schwedische Modell dem Akkumulationsregime der 60er Jahre angemessen war, b) der Wandel des Akkumulationsregimes neue Formen der Regulation erforderlich werden ließ und das Modell sich damit wandelte, c) mit den Veränderungen der Macht- und Interessenstrukturen die politische Grundlage des Modells erodierte und d) es letztlich nicht gelang, das Modell in eine den neuen Bedingungen angemessene Form zu transformieren.

Der Begriff "Schwedisches Modell" ist nicht eindeutig definiert und erfordert eine genauere Bestimmung. Gleichfalls sind Vorüberlegungen zur Darstellung der historischen Entwicklung des Modells notwendig, da sie äußerst unterschiedlich dargestellt und interpretiert wird. Beidem wird im zweiten Kapitel nachgegangen. Anhand der Regulationstheorie werden allgemeine Entwicklungstendenzen benannt, die auf die Wirtschaft und (sozialdemokratische) Politik einwirken. Darüberhinaus werden Thesen der Korporatismustheorie und der labour movement theory (auch power theory) vorgestellt, die in den 80er Jahren die Diskussion über die Entwicklung Schwedens prägten und die Darstellung des Schwedischen Modells beeinflussten. Die wesentlichen Differenzen zwischen diesen beiden Denkschulen ergeben sich aus ihren unterschiedlichen Einschätzungen der Möglichkeiten und Anforderungen sozialdemokratisch-reformistischer Politik. Aus der Auseinandersetzung mit ihren Thesen wird ein Ansatz für die historische Betrachtung des Schwedischen Modells entwickelt.

Das dritte Kapitel beschreibt das Schwedische Modell der "goldenen" 50er und 60er Jahre. Skizziert werden die Entwicklung seiner in den 30er Jahren verwurzelten Elemente und deren Kompatibilität mit einem fordistischen Akkumulationsregime. Das vierte Kapitel behandelt den Wandel des Modells seit der Krise des Fordismus in den 70er Jahren. Zunächst werden die Veränderungen der Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung sowie des Sozialstaates bzw. der Staatsausgaben dargelegt (4.1.). Der folgende Abschnitt entfaltet die Erosion des fordistischen Klassenkompromisses: Das "alte" Modell wurde in den 70er Jahren sowohl von Seiten der Gewerkschaften als auch aus dem Arbeitgeberlager heraus in Frage gestellt (4.2.). Mit dem Tarifverhandlungssystem wandelte sich ein wesentlicher Bestandteil des Schwedischen Modells (4.3.). Aus der Entwicklung des Wählerverhaltens und des Parteiensystems ergaben sich für die SAP neue Anforderungen für eine erfolgreiche Mobilisierung ihrer Basis (4.4.). Letztlich kam es in der sozialdemokratischen Politik zu einem Kurswechsel (4.5.), der insofern erfolglos blieb, daß er in die Wirtschaftskrise der 90er Jahre mündete. Den Ursachen und Folgen der Krise wird im fünften Kapitel nachgegangen. Gezeigt werden soll, daß die Erosion des Schwedischen Modells hierbei eine wichtige Rolle spielte. Desweiteren soll dargelegt werden, daß das Kernproblem der SAP darin liegt, die Regulierung der Wirtschaft mit der Mobilisierung politischer Macht zu

verbinden. Dieses Problem der SAP und der Zerfall des Schwedischen Modells stehen in einer Wechselbeziehung.

2. Sozialdemokratische Politik, das Schwedische Modell und der Wandel des Fordismus

2.1. Der Wandel des Fordismus und die Probleme sozialdemokratischer Politik: Allgemeine Tendenzen und nationale Besonderheiten

Mit der Regulationstheorie⁶ lassen sich einige allgemeine Entwicklungstendenzen benennen, die auf die Wirtschaft, Politik und Gesellschaft entwickelter kapitalistischer Länder und sozialdemokratische Parteien einwirken. Demnach geriet der Fordismus als hegemoniales Entwicklungsmodell der 50er und 60er Jahre in den 70er Jahren die Krise. In der Folge veränderten sich das Akkumulationsregime⁷ und die Regulationsweise⁸. Der Fordismus, in dem ein spezifisches Akkumulationsregime und eine spezifische Regulationsweise zusammen eine stabile Formation (einen "historischen Block") bildeten, war gekennzeichnet durch a) den Taylorismus als arbeitsorganisatorisches und die Mechanisierung als technologisches Paradigma, b) ein Akkumulationsregime mit Massenproduktion, Massenkonsum, Produktivitätssteigerungen, Kapazitätsauslastung, Vollbeschäftigung und c) eine Regulationsweise, in der die Reproduktion des Kapitals zum einen über die kollektiven Verhandlungen zwischen Arbeit und Kapital, zum anderen durch den Wohlfahrtsstaat abgesichert wurden (Lipietz 1992 S. 2ff u. 1991, S. 80f; Hirsch 1995, S. 75ff). Den Binnenmarkt zu erschließen, und die Bevölkerung in den Kapitalverwertungs- und Konsumprozeß zu integrieren, war ein wesentlicher Bestandteil des Entwicklungsmodells. Internationale Handelsbeziehungen und Kapitalbewegungen erfolgten in einem Wechselkurssystem auf der Grundlage des Abkommens von Bretton Woods, das relativ weite Spielräume für eine nationale Geld- und Fiskalpolitik - und damit für die Wirtschafts- und Sozialpolitik - eröffnete (Hirsch 1995, S. 81).

Der Fordismus und die Dynamik seines Akkumulationsregimes ebneten dem Konzept "Wachstum und Verteilung" den Weg und begünstigten damit eine sozialdemokratisch-reformistische Politik. Die Rahmenbedingungen waren günstig, um die kapitalistische Wachstumsdynamik zu nutzen und Ziele wie Vollbeschäftigung und Gleichheit zu verfolgen. Staatliche Akteure verfügten mit der Geld- und Fiskalpolitik über Instrumente zur indirekten Regulierung von Märkten und für eine antizyklische Konjunkturpolitik. Es gab Ansätze, die Tarifpolitik an gesamtwirt-

⁶ Auf eine ausführlichere Darstellung der Regulationstheorie wird an dieser Stelle verzichtet. Neben den angeführten Literaturverweisen bilden die Darstellungen von Hirsch (1995, S. 44ff) und Bieling/Deppe (1996) die Grundlage für diesen Abschnitt.

⁷ Das Akkumulationsregime ist "[...] ein Modus systematischer Verteilung und Reallokation des gesellschaftlichen Produktes, der über eine längere Periode hinweg ein bestimmtes Entsprechungsverhältnis zwischen den Veränderungen der Produktionsbedingungen [...] und den veränderten Bedingungen des Endverbrauchs [...] herstellt" (Lipietz 1985, S. 120).

⁸ Die Regulationsweise ist als "[...] die Gesamtheit institutioneller Formen, Netze, expliziter oder impliziter Normen, die die Vereinbarkeit von Verhältnissen im Rahmen eines Akkumulationsregimes sichern", definiert (Lipietz 1985, S. 121).

schaftlichen Zielen auszurichten. In Anlehnung an Keynes ließen sich die materiellen Interessen abhängig Beschäftigter mit dem 'Allgemeinwohl' verbinden. Lohnsteigerungen und die Anhebungen des Konsums konnten nun, theoretisch fundiert, mit der stimulierenden Wirkung erhöhter Nachfrage auf die wirtschaftliche Entwicklung gerechtfertigt werden, soziale Kosten wurden zu Investitionen. "The Keynesian revolution - and this is what it was - provided social democrats with a goal and hence the justification of their governmental role, and simultaneously transformed the ideological significance of distributive politics that favoured the working class." (Przeworski 1985, S. 33; vgl. Buci-Glucksmann/Therborn 1982, S. 119) Der "grand compromise" (der fordistische Klassenkompromiß) lag in dem Einvernehmen der dominierenden Interessenfraktionen, die Produktivitätszuwächse zu teilen, um die Nachfrage zu erhöhen (Lipietz 1992, S. 5). Die Forderung, die Produktion zu verstaatlichen, wurde durch die "Sozialisierung" des Konsums ersetzt. Mit der Wertschätzung des kapitalistischen Wachstums und dem Ausbau des Wohlfahrtsstaates konnten sozialdemokratische Parteien sich von einer Klassenpartei zur Volkspartei wandeln und ihre Basis in die politische Mitte hinein erweitern (vgl. Häusler/Hirsch 1987, S. 661ff).

In den 70er Jahren geriet der Fordismus ökonomisch und politisch in die Krise. Die Produktivitätsreserven des Taylorismus waren ausgeschöpft, die Profitrate sank. Lohn-Preis-Spiralen sowie ein Anstieg der Rohstoffpreise und eine expansive staatliche Haushaltspolitik zum Erhalt von Nachfrage und Beschäftigung erhöhten die Inflationsrate. Mit rückläufigen Investitionstätigkeiten und niedrigen Reallohnzuwächsen (und -verlusten) sank die Nachfrage. Die internationale Konkurrenz verschärfte sich. Das Wechselkurssystem von Bretton Woods brach zusammen, fluktuierende Wechselkurse, variierende Inflationsraten und steigende Zinsen erhöhten die Attraktivität von Spekulationen auf den internationalen Finanzmärkten. Die Arbeitslosigkeit begann zu steigen. Gleichzeitig brandeten seit Ende der 60er Jahre drei Protestwellen gegen die Befestigungen des fordistischen Klassenkompromisses und zerbröselten dessen "politisch-ideologischen Kitt" (Hirsch 1995, S. 87). Die antikapitalistische "rote Welle" entsprang dem Protest gegen die tayloristische Rationalisierung, den beschleunigten Strukturwandel und die Arbeitsbedingungen. Die "grüne Welle" richtete sich gegen die Umweltzerstörung und auf die Demokratisierung und Dezentralisierung von Politik und Verwaltung. Sie unterspülte den Wachstumskonsens. Schließlich, hauptsächlich in den 80er Jahren, erhob sich die "blaue Welle" aus der Kritik gegen die Steuerbelastung und für die Suche nach dem "freien", entstaatlichten Markt (Mjøset 1987, S. 420; vgl. Lipietz 1991, S. 681ff; Hirsch 1995, S. 87f).

Das Akkumulationsregime und die Regulationsweise wandelten sich. Gegenüber produktiven Investitionen wuchs die Attraktivität der Kapitalmärkte. Die Anforderungen des Weltmarktes gewannen an Gewicht. Neue Formen der Produktions- und Arbeitsorganisation sollten die Produktivität erhöhen. Unter den Stichworten Deregulierung und Flexibilisierung kritisierten Arbeitgeber und deren politische Repräsentanten die Regulierung der Wirtschaft. Lohnkosten und soziale Kosten

wurden als Nachteil im internationalen Wettbewerb definiert. "Mobile" multinationale Konzerne gewannen gegenüber nationalstaatlich verankerten Akteuren wie den Gewerkschaften und staatlichen Akteuren an Verhandlungsmacht. Der Staat, der als "fordistischer Sicherheitsstaat" die Reproduktion des Kapitals stabilisierte und dies mit den Zielsetzungen der Vollbeschäftigung und der Verbesserung des Lebensstandards verbinden konnte, entwickelt sich zum "nationalen Wettbewerbsstaat" (Hirsch 1995, S. 101ff). Die Akkumulation und die internationale Wettbewerbsfähigkeit werden im "liberalen Produktivismus", dem sich auch sozialdemokratische Parteien nicht entziehen, in der Debatte um die Standortkonkurrenz zu den alles dominierenden Zielen und erhalten den Charakter von Sachzwängen. Der Verweis auf "Sachzwänge" ersetzt moralische oder politische Begründungen des Wirtschaftens und der Wirtschaftsordnung (Lipietz 1992, S. 31 f; Lipietz 1991, S. 682f).

Die Globalisierung der Kapital- und Gütermärkte, die Heterogenisierung kollektiver Akteure, Schichten, Milieus, Lebensstile - nicht zuletzt aufgrund des Wandels der Wirtschafts- und Beschäftigungsstruktur, neuer Verteilungskonflikte und engerer Verteilungsspielräume -, führen zu Steuerungsverlusten des sozialdemokratisch-keynesianischen Staates, der durch eine "systematische Entwicklung von Formen der Konfliktinstitutionalisierung" gekennzeichnet war (vgl. Buci-Glucksmann/Therborn 1982, S. 116). Der "moderne Sozialstaat" gerät in eine doppelte Krise. Während der Staat sich "als klassisch keynesianisches Subjekt der Beschäftigungspolitik" im "Medium des ausgebildeten Weltmarkts" verflüchtigt, gerät er als erwerbsarbeitszentrierter Sozialstaat unter Druck (Altvater 1994, S. 346ff). In besonderer Weise betroffen sind sozialdemokratische Parteien. Ihr Erfolg und ihre Legitimation hängen aufgrund ihrer programmatisch-ideologischen Ausrichtung stark davon ab, eine Regulierung des Kapitalismus mit Wirtschaftswachstum und Beschäftigung zu verbinden, um Wählerstimmen mobilisieren und auf Ressourcen zur Befriedigung materieller Interessen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen zurückgreifen zu können (vgl. Merkel 1993, S. 363; Przeworski 1985, S. 38ff). Eingetreten ist ein "doppelter Wandel der strategischen Situation" (Anderson 1995, S. 4f). Durch die Ausdifferenzierung der Wählerbasis wird die "subjektive Mobilisierung" erschwert, während sich die "objektiven Spielräume" der traditionellen sozialdemokratischen Politik reduzieren. Die Internationalisierung der Kapitalmärkte verengt die Spielräume der Geldpolitik. Fortgesetzt niedrige Wachstumsraten überlasten die beschäftigungspolitischen Möglichkeiten der Konjunkturpolitik. Die Fiskalpolitik stößt aufgrund der hohen Staatsverschuldung an Grenzen. Zugleich protestieren Steuerzahler gegen die Steuerabgaben. Mit der "Überprüfung und Rationalisierung" sozialstaatlicher Ausgaben wird neben der keynesianischen Vollbeschäftigungspolitik die "zweite Säule des sozialdemokratischen Nachkriegskompromisses" brüchig (Merkel 1993, S. 24). Verteilungskonflikte erschweren die Koordination zwischen Staat und Arbeitsmarktparteien (Ferner/Hyman 1992, S. xxxviii).

Die skizzierten allgemeinen Entwicklungstendenzen haben sich unterschiedlich auf die nationalstaatliche Ebene niedergeschlagen. Ab den 70er Jahren kam es zu erheblichen Abweichungen der nationalen Entwicklungspfade, die sich u.a. in divergenten ökonomischen Leistungsprofilen (gemessen am Wirtschaftswachstum, der Inflation, der Beschäftigungsentwicklung sowie der wohlfahrtsstaatlichen Entwicklung) ausdrückten. Um diese Differenzen zu erklären, wird auf die Einbindung in den Weltmarkt, auf Institutionen, Macht- und Gesellschaftsstrukturen sowie die politisch-ideologische Ausrichtung der Akteure verwiesen (Mjøset 1987, S. 404ff; Goldthorpe 1984, S. 1ff; Gourevitch 1986, S. 217; Ferner/Hyman 1992, S. xxxiff).

Auch im Leistungsprofil sozialdemokratischer Politik lassen sich nationale Differenzen ermitteln. Im Gegensatz zu Thesen, die aus den genannten Problemen eine allgemeingültige Niedergangslogik für sozialdemokratische Parteien ableiten, gelangt Merkel (1993, S. 363) in seiner Analyse für den Zeitraum bis 1990 zu der Schlußfolgerung, daß sich das Leistungsprofil etablierter Sozialdemokratien nicht verschlechtert hat. Trotz eines Wählerschwundes, eines Verlustes an Regierungsdominanz sowie Konzertierungsproblemen innerhalb korporatistischer Arrangements haben Institutionen, Organisationen, Wertedispositionen, politische Erblasten, Traditionen und Strategiewahlen einer Niedergangs"logik" entgegengewirkt (ebd., S. 367). Als Akteure können Parteien erfolgreich auf Veränderungen ihrer Umwelt reagieren, sie stehen diesen nicht passiv gegenüber.

Individuelles und politisches Handeln sieht Merkel durch einen doppelten Filter beeinflusst: zum einen durch strukturelle Restriktionen (ökonomische Ausgangsbedingungen, soziale Interessenlagen, Institutionen, politisch-kulturelle Wertedispositionen), zum anderen durch das Verhalten konkurrierender Akteure. Die strukturellen Restriktionen können zugleich handlungserweiternd wirken und eine sozialdemokratische Politik unterstützen (ebd., S. 368). Für Schweden listet er folgende "sozialdemokratische" Ressourcen auf:

1.) Im Bereich der Ökonomie haben das wirtschaftliche Modernisierungsniveau und eine hohe Staatsquote die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Umgang mit der ökonomisch problematischen Situation zur Verfügung gestellt. Die historische Abhängigkeit vom Weltmarkt und die damit verbundene Verwundbarkeit gegenüber externen Einflüssen erhöht die Fähigkeit zu einer flexiblen Anpassung, die u.a. durch korporatistische Arrangements gestützt wird. Ein kleiner staatlicher Unternehmenssektor hat sich gegenüber den "angebotsökonomischen Imperativen" der 80er Jahre als wenig verwundbar erwiesen. Allerdings verringern sich die nationalen Handlungsoptionen mit dem EG-Beitritt (ebd., S. 371ff).

2.) Durch den Ausbau des Wohlfahrtsstaates und die hohe staatliche Beschäftigung haben sich die Mittelschichten zu Beharrungskräften des Wohlfahrtsstaates entwickelt: "So etwa, wenn im sozialstaatlichen Bereich tätige Frauen weit überdurchschnittlich sozialdemokratisch wählen [...], während Teile der jungen, männlichen Industriearbeiter sich im Schweden [...] der beginnenden 90er Jahre

empfänglich für die anti-wohlfahrtsstaatlichen Wahlappelle rechtspopulistischer Parteien zeigten." (ebd., S. 376)

3.) In institutioneller Hinsicht sind für die sozialdemokratische Politik insbesondere die Bereiche der industriellen Beziehungen, der fiskalpolitischen Steuerungsfähigkeit, der Notenbank, der staatlichen Verwaltung und des Wohlfahrtsstaates von Bedeutung. Zwar ergaben sich im Bereich der industriellen Beziehungen Konzertierungsprobleme, diese wurde jedoch teilweise durch staatliche Interventionen kompensiert. Ein hoher Ausgabenanteil des Zentralstaats verstärkt die fiskalpolitischen Steuerungsmöglichkeiten. Die Politik der Notenbank erfolgt unter Einfluß der Regierungspolitik. Die starke, ausgebaute Bürokratie - mit der Einbindung zentralisierter Verbände, ihrem konsensualen Politikstil und einer hohen Legitimation seitens der Bevölkerung - ist sozialdemokratisch dominiert und erlaubt auch unter erschwerten Bedingungen flexible Reaktionen auf neue Anforderungen. Der ausgedehnte und beschäftigungsintensive Wohlfahrtsstaat ist ein "bedeutender Stabilisierungsfaktor traditioneller sozialdemokratischer Politik". Vollbeschäftigung und universelle soziale Sicherheit haben zwar an den Rändern "populistische Blessuren" bekommen, dienen jedoch weiterhin als Basis der SAP-Politik (ebd., 377ff).

4.) In Schweden wurde die Zeitspanne der ökonomischen Prosperität genutzt: "Unter den Bedingungen eines Mehrsummenspiels vermochten die sozialdemokratischen Parteien Institutionen und gesellschaftliche Werte zu prägen; sie 'etablierten' sich." (ebd., S. 391).

Aufgrund dieser Bedingungen gab es nach Merkel (ebd., S. 397) zwar einen Abschied von der keynesianischen Globalsteuerung und einen Verlust der sozialdemokratischen Strategiefähigkeit bezüglich der Konjunktur- und Beschäftigungspolitik, aber ein "Ende der sozialdemokratischen Politik" wurde verhindert (ebd., S. 397). Mitte der 90er Jahre, angesichts der Probleme der SAP, stellt sich die Frage nach dem Verbleib der Ressourcen. Wenn es in Schweden unter - aufgrund dieser Ressourcen - relativ günstigen Umständen nicht gelang, auf die durch die Krise des Fordismus veränderten Bedingungen eine erfolgreiche sozialdemokratische Antwort zu finden, drängt sich die Frage auf, ob dies auf politische Fehlentscheidungen zurückzuführen ist, oder ob die Ressourcen nicht nur einen unvermeidlichen, strukturell bedingten Niedergang verzögert haben.

2.2. Zum Begriff "Schwedisches Modell"

Jene ökonomischen, politischen, ideologischen und institutionellen Aspekte, die in den 70er und 80er Jahren dem schwedischen ökonomischen Leistungsprofil zugrundelagen und die Politik der SAP stützten, waren in den 30er Jahren verwurzelt und entwickelten sich in den 50er und 60er Jahren in einer fordistischen Umgebung. Zum größten Teil werden sie auch als Bestandteile des Schwedischen Modells benannt. Der Begriff "Schwedisches Modell" beschreibt kein theoretisches

Modell (Lane 1991)⁹ und keinen "systematischen Gesellschaftsentwurf", "[...] sondern vielmehr ein heterogenes System von Institutionen, Verhaltensregeln und Mentalitäten, die jeweils ihre eigene Geschichte haben und erst im Lauf der Zeit als eine zusammenhängende Struktur interpretiert wurden. Das Schwedische Modell ist eine Abstraktion, die bestimmte Aspekte der schwedischen Gesellschaft hervorhebt. Es wird unterschiedlich definiert, es wird kontrovers bewertet [...]" (Hardach 1994, S. 9f).¹⁰ Drei Zugänge dominieren seine Beschreibung (vgl. Meidner 1994, S. 337ff; Meidner/Hedborg 1984, S. 12ff): Einen ersten Bezugspunkt bildet die "mixed economy" mit ihrer Kombination von kapitalistischer Marktdynamik und einer auf Wirtschaft und Gesellschaft gerichteten wohlfahrtsstaatlichen Planung. Eine zweite Perspektive hebt die Arbeitsmarktbeziehungen, in denen sich zentralisierte Arbeitsmarktparteien in einem System "zentralisierter Selbstregulierung" (Kjellberg 1992, S. 94 ff) gegenüberstehen, und die Verflechtung von Staat und Verbänden in korporatistischen Strukturen hervor. Drittens wird mit dem Rehn-Meidner-Modell ein wirtschaftspolitisches Konzept in den Vordergrund gestellt, das auf die Kompatibilität von Vollbeschäftigung und Preisstabilität gerichtet ist, und mit dem der solidarischen Lohnpolitik der Gewerkschaften und der aktiven Arbeitsmarktpolitik des Staates wichtige Aufgaben zugewiesen werden.

In den drei Zugängen werden verschiedene Elemente hervorgehoben bzw. unterschiedlich akzentuiert. Sie sind jedoch dermaßen eng miteinander verwoben, daß sie alle herangezogen werden müssen, um das Besondere Schwedens zu charakterisieren. Während die Elemente sich vereinzelt in mehreren Ländern fanden, traten sie in Schweden "gleichzeitig und mit einer bis zum Äußersten reichenden Konsequenz" auf (Meidner/Hedborg 1984, S. 12).

Im Anschluß hieran lassen sich auf der Basis verschiedener Darstellungen (vgl. Frederiksson 1992, S. 124; Petersson 1991; Jörgens 1990, S. 4f; Lane 1991 und 1993; Meidner/Hedborg 1984; Lundberg 1985) folgende Hauptmerkmale des Modells benennen:

- Dominanz privater Unternehmen im Unternehmenssektor;
- regulierte Märkte in den Bereichen Landwirtschaft und Wohnungsbau;
- ein großer öffentlicher Sektor mit einem Versorgungsmonopol in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Sozialeinrichtungen;
- ein ausgebauter, universalistischer¹¹ bzw. institutioneller¹² Wohlfahrtsstaat;

⁹ Lundberg (1985, S. 3) vertritt demgegenüber die Auffassung, daß der Modellbegriff neben der Beschreibung der schwedischen Wirtschaft und der Bezeichnung eines Gestaltungsideals auch zur Bezeichnung einer politischen Theorie herangezogen werden kann, die ihre Wurzeln in der Stockholmer Schule hat. Diesem theoretischen Entwurf wird jedoch im Rahmen dieser Arbeit nicht detailliert nachgegangen.

¹⁰ Hardach (1994, S. 10] fährt an dieser Stelle fort: "[...] und ist mit dieser Gesellschaft in ständigem Wandel begriffen." Wie noch zu zeigen sein wird, hat sich das Modell gewandelt, letztlich jedoch sein Ende gefunden.

¹¹ Den universalistischen Wohlfahrtsstaat charakterisiert Esping-Andersen (1990, S. 25) folgendermaßen:

- eine Steuerpolitik, die auf die Angleichung der Lebensbedingungen zielt;
- niedrige Arbeitslosigkeit und eine ausgebaute aktive Arbeitsmarktpolitik;
- korporatistische Strukturen in sozial- und wirtschaftspolitischen Politikfeldern;
- zentralisierte Arbeitsmarktparteien und zentralisierte Tarifverhandlungen ohne direkte staatliche Einflußnahme;
- solidarische Lohnpolitik der Gewerkschaften;
- ein sozialer und politischer Konsens, die kapitalistische Entwicklung im privaten Sektor zu fördern, und das erwirtschaftete Produkt umzuverteilen.¹³

In den 90er Jahren - kann bis auf die Dominanz privater Unternehmen im Unternehmenssektor - kaum eines dieser Merkmale zur Charakterisierung der schwedischen Gesellschaft herangezogen werden (vgl. Petersson 1991). Der "Konsens" hat sich verflüchtigt, die korporatistischen Strukturen und das zentralisierte Tarifverhandlungssystem haben ihr Ende gefunden, die Arbeitslosigkeit ist angestiegen, Einkommensdifferenzen vergrößern sich, soziale Leistungen werden gekürzt und der öffentliche Sektor wird reorganisiert. Das Modell hat sein Ende gefunden, sein Wandel läßt sich nicht mehr als eine Veränderung beschreiben. Es ist nicht zu erkennen, daß eine Transformation der Elemente des Modells die Rede von seiner Weiterexistenz rechtfertigt. Damit hat die SAP Ressourcen für ihre Politik verloren, und es stellt sich die Frage, warum es nicht gelang, diese zu erneuern.

2.3. Thesen zum Wandel des Schwedischen Modells

In Reaktion auf die Probleme sozialdemokratischer Politik in den 70er Jahre schrieben Buci-Glucksmann/Therborn (1982, S. 167): "Die Krise des keynesianischen Wohlfahrtsstaates scheint die schwedische Sozialdemokratie vor einen Kreuzweg zu stellen, einem Kreuzweg angesichts dessen, was man eine politische Reflexion ihres 'langen Marsches' durch die Institutionen nennen könnte." Sie sehen die Notwendigkeit, entweder das Volumen öffentlichen Kapitals auszuweiten oder auf die Marktkräfte zu setzen und die Privatwirtschaft zu fördern. Scharpf (1984; 1987) und Esping-Andersen (1985) können als Fürsprecher für jeweils eine der beiden Optionen herangezogen werden. Auch in der Diskussion um das Schwedische Modell und dessen Anpassungsbedarf an die veränderten ökonomischen Rahmenbedingungen finden sich Positionen, die jeweils eine der beiden Entwicklungsmöglichkeiten nahelegen und dies mit deren Nähe zu den politischen

"All citizens are endowed with similar rights, irrespective of class or market position."

¹² Nach Esping-Andersen und Korpi (1987, S. 40) zeichnet sich der institutionelle Wohlfahrtsstaat dadurch aus, daß staatlichen Aktivitäten formal keine Grenzen gesetzt sind, der Gesellschaft die Verantwortung für die Wohlfahrt der Individuen übertragen wird, die Bürger einen rechtlich garantierten Anspruch auf die wohlfahrtsstaatlichen Leistungen haben und der Markt zurückgedrängt wird.

¹³ Bzgl. des letzten Punktes gibt es Meinungsverschiedenheiten (s.u. 2.3.2.).

Grundlagen des Modells begründen: Das dem Modell zugrundeliegende politische Kräfteverhältnis wird unterschiedlich interpretiert. Die jeweiligen Begründungen sind mit Thesen der Korporatismustheorie und der labour movement theory verknüpft.

Interessant ist die theoretische Debatte, weil in der Geschichte des Schwedischen Modells beide Stoßrichtungen verfolgt wurden: In den 70er Jahren forderten die Gewerkschaften die Demokratisierung der Wirtschaft, in den 80er Jahren setzte die SAP auf die Dynamik der Privatwirtschaft. Beide Ansätze sind als Versuche zur Transformation des Schwedischen Modells zu verstehen, beide Ansätze scheiterten. Eine Auseinandersetzung mit den politischen Grundlagen des Modells kann sowohl Aufschluß über die Gründe für diese Vorstöße, als auch über die Ursachen ihrer Mißerfolge geben.

2.3.1. "Angebotsorientierte Lohnpolitik" versus "Demokratisierung der Wirtschaft"

Scharpf (1984; 1987) und Esping-Andersen (1985) stellen verschiedene Konzepte für eine erfolgreiche sozialdemokratische Politik vor. Beide gehen davon aus, daß die "traditionelle" sozialdemokratische Politik an Grenzen gestoßen ist, beide zielen auf ein hohes Beschäftigungsniveau.

Scharpf (1984, S. 268) verweist darauf, daß im Schweden der 70er Jahre die Beschäftigungszuwächse vom Wirtschaftswachstum entkoppelt wurden. Er erklärt dies mit "Sozialismus in einer Klasse". Für ihn sind die Beschäftigungszuwächse durch einen Reallohnverzicht abhängig Beschäftigter möglich geworden. "It surely is a tribute to the integrative capacity of the Swedish labour movement that it so far has managed to maintain a moral consensus on the need to finance full employment opportunities." (ebd.) Die traditionellen Instrumente sozialdemokratischer Politik sind für eine beschäftigungswirksame Wirtschaftspolitik ineffektiv geworden. Die Internationalisierung der Güter- und Kapitalmärkte schränkt die Spielräume der Geldpolitik ein, geld- und fiskalpolitische Instrumente eignen sich zudem nicht zur Beseitigung von Problemen auf der Angebotsseite. Scharpf schlägt vor, die Investitionsbereitschaft der Arbeitgeber durch verbesserte Gewinnaussichten zu fördern und die internationale Wettbewerbsfähigkeit durch neue Produktstrategien und Produktionsverfahren zu erhalten (ebd., S. 322ff). Das erfordert für ihn eine "angebotsorientierte Lohnpolitik". Das Zinsniveau auf den internationalen Kapitalmärkten gibt die Frontlinie in den Verteilungskämpfen zwischen Kapital und Arbeit vor, so daß die Hauptlast für die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit von den ArbeitnehmerInnen getragen werden muß: Einkommenverzicht soll den Solidarbeitrag für die Teilhabe aller Erwerbwilligen am Arbeitsmarkt leisten. Andernfalls sind die Folgen gravierend: "Wenn die vorläufige Niederlage im Verteilungskampf nicht akzeptiert wird, führt die Fortsetzung des Kampfes um alle Ziele zugleich nicht zu

'systemverändernden Reformen' oder zur Verwirklichung anderer Postulate einer antikapitalistischen Rhetorik, sondern zum Kampf aller gegen alle." (ebd., S. 335).¹⁴

Auch für Esping-Andersen (1985, S. 89 u. S. 285ff) müssen sozialdemokratische Parteien neue Wege beschreiten. Für die SAP gilt für ihn, daß ein Fortschreiten in der alten Richtung nicht mehr den ökonomischen Anforderungen entspricht und die Partei schwächt. Ihm geht es insbesondere um den Erhalt ihrer politischen Stärke. Im Einklang mit Scharpf hält er Investitionen für den Erhalt der internationalen Wettbewerbsfähigkeit für notwendig. Eine andere Meinung vertritt er hinsichtlich deren Finanzierung. Diese darf zwar nicht private Gewinne belasten, ansonsten verringert sich die private Investitionsbereitschaft und es kommt zur Kapitalflucht. Aber auch Lohnkürzungen sind problematisch: Allgemeine Lohnkürzungen führen zu politischen Konfrontationen zwischen der Regierung und den Gewerkschaften und sind gegenüber den starken Gewerkschaften kaum durchzusetzen. Selektive Kürzungen schwächen die Gewerkschaften und haben Instabilitäten aufgrund von intergewerkschaftlichen Lohnkonkurrenzen zur Folge.

Esping-Andersen (ebd.) benennt einen zweiten Problembereich sozialdemokratischer Politik: Der schwedische Wohlfahrtsstaat stößt an seine Grenzen. Während das universalistische und einkommensbezogene System Ungleichheiten reproduziert und somit der 'wohlfahrtsstaatlichen' Vereinigung von Interessen an der politischen Basis der Sozialdemokratie Grenzen gesetzt sind (vgl. 2.3.2.2.), senkt ein unter der Zielsetzung der Vollbeschäftigung ausgebauter Wohlfahrtsstaat die Produktivität und erhöht die Steuerlast. Damit ist er einerseits nicht mehr in der Lage, Probleme des freien Marktes zu kompensieren, andererseits widerspricht er dessen Effizienzkriterien. Der bisherige Wohlfahrtsstaat und der Markt sind deswegen nicht mehr miteinander zu vereinbaren. Darüberhinaus sind sozialdemokratische Parteien zunehmend gezwungen, Wählerstimmen in den neuen Mittelschichten zu gewinnen.

Für eine Lösung der drei Probleme setzt Esping-Andersen (ebd.) auf die Demokratisierung der Wirtschaft. Entscheidungen über Investitionen und über das Beschäftigungsniveau sollen nicht mehr hauptsächlich dem privatkapitalistischen Gewinnstreben überlassen werden. Das bietet auch die Möglichkeit, Arbeiter und Angestellte gemeinsam zu mobilisieren und somit die politische Basis sozialdemokratischer Politik zu stärken.¹⁵

Der Scharpfschen Behauptung (1984, S. 268), die Entkopplung von Wachstum und Beschäftigung im Schweden der 70er Jahre ist ohne eine antikapitalistische Politik möglich gewesen, ist entgegenzuhalten, daß der "moralische Konsens" und die "integrative Kraft" der Arbeiterbewegung mit gewerkschaftlichen Forderungen nach einer Demokratisierung der Wirtschaft zusammenfielen. Entgegen den Vorstellun-

¹⁴ Zur Kritik an dem Scharpfschen Ansatz siehe Altvater (1988).

¹⁵ Wie noch zu zeigen sein wird, birgt die gemeinsame Mobilisierung von Arbeitern und Angestellten in Schweden Probleme.

gen Esping-Andersens (1985) scheiterte dieser Vorstoß jedoch. Stattdessen schlug erst die SAP in den 80er Jahren einen Kurs ein, dessen Ziele dem Scharpschen Ansatz ähnelten. Wie noch zu zeigen sein wird, fiel dies mit einem Nachlassen der "integrativen Kraft" der Arbeiterbewegung zusammen. Auf der theoretischen kann die Plausibilität beider Transformationsansätze mit dem Schwedische Modell begründet werden. Es gibt zwei Interpretationen seiner politischen Grundlagen, Interessen- und Machtstrukturen sowie seiner Entwicklungsdynamik.

2.3.2. Korporatismustheorie versus labour movement theory

In den 80er Jahren konzentrierte sich die Diskussion um das Schwedische Modell weniger auf die Bestimmung seiner Merkmale, sondern die wesentlichen Konflikte betrafen unterschiedliche Interpretationen und Bestimmungen seiner politischen Grundlagen. In dieser Auseinandersetzung wird zum einen ein korporatistisches Arrangement mit einer "neo-liberal-konsensualen Aushandlungsstrategie" zum "Wesen" des Modells, eine Mischung von "zentraler Regierungsinitiative und freier gesellschaftlicher Kooperation" (vgl. v. Beyme 1992, S. 142).¹⁶ Für Lane (1991) handelt es sich um ein "praktisches Modell", das Konzepte und Ideen über die Qualitäten einer "guten" Regierung umfaßt und sich auf die Verbindung zwischen dem privaten und öffentlichen Sektor bezieht. Wichtig ist eine starke Partei mit einem konsensualen Politikstil, die die Konfrontation zwischen kapitalistischen und sozialistischen Werten durch eine pragmatische Politik umgeht (ebd., S. 1). Kompromißpolitik, sozialer Konsens und eine sozialwissenschaftlich angeleitete Gesellschaftspolitik mit Hilfe des öffentlichen Sektors sind die angestrebten Standards der politisch-parlamentarischen Kräfte. Neben dem politischen existiert ein sozialer Konsens zwischen den Arbeitsmarktparteien, gekennzeichnet durch die Bereitschaft, gemeinsam das Wirtschaftswachstum zu fördern und die Früchte des beiderseitigen Bemühens zu ernten (Lane 1993, S. 315). Dieses Modell existiert nicht mehr, da die neue Mittelschicht in der postindustriellen Gesellschaft nicht von einem Parteienspektrum rekrutiert werden kann, das an der industriellen Gesellschaft ausgerichtet ist. Die Wählermobilität nimmt zu, die Regierungspartei und mit ihr eine konsensorientierte Politik werden geschwächt. Zweitens hat ein Prozeß der Reideologisierung den politischen und sozialen Konsens zerstört,¹⁷ und drittens ist das Vertrauen in die Gestaltungskompetenz des öffentlichen Sektors geschwunden, die Bereitschaft zu dessen Finanzierung gesunken (vgl. Lane 1991 u. 1993).

¹⁶ Beyme (1992, S. 153) schreibt zum Ende des Modells, daß er als ideologisch verzerrtes Konstrukt primär ausländischer Beobachter betrachtet: "Alle Modelle sind historisch bedingt und behalten ihre Gültigkeit nur eine gewisse Zeitspanne. Der größte Erfolg eines Modells ist sein Tod. Die Werte des Modells haben sich mit Varianten überall ausgebreitet - es bedarf keiner Ideologisierung eines Modells mehr." Demgegenüber scheinen sich die Werte des Modells eher zu verflüchtigen als auszubreiten.

¹⁷ So betrachtet auch Lundberg (1985, S. 31) die Krise des Schwedischen Modells in erster Linie als politische Krise infolge zu ambitionierter Forderungen der Gewerkschaften und einer zu radikalen Politik der SAP.

Gegenüber der Betonung von Konsens, Harmonie und Sozialpartnerschaft betrachten Meidner/Hedborg (1984, S. 16ff; vgl. Meidner 1994 u. 1994a) das Schwedische Modell als Modell der Arbeiterbewegung. Vollbeschäftigung und Gleichheit sind die übergeordneten Ziele, Preisstabilität und eine ausgeglichene Leistungsbilanz lediglich wichtige Bedingungen der Wirtschaftspolitik. Das Modell wurde in seinen wesentlichen Eckpunkten von den in der LO zusammengeschlossenen Arbeitergewerkschaften zusammen mit der SAP entwickelt und durchgesetzt, während der Arbeitgeberverband SAF lediglich versuchte, Widerstand zu leisten. Nachdem die wirtschaftliche Entwicklung der Nachkriegszeit den Vorstellungen der Arbeiterbewegung entsprach, hat es in der Logik des Modells gelegen, die Wirtschaft zu demokratisieren, um die übergeordneten Ziele Vollbeschäftigung und Gleichheit weiter zu verfolgen (ebd., S. 100 u. S. 181). Während Meidner (1994) dies prinzipiell für möglich hält, wenn der gesellschaftliche Wille vorhanden ist und neue Instrumente geschaffen werden, geht er vom Scheitern der Modells aus: "Die Grundlage des Schwedischen Modells, die Vollbeschäftigung, ging Anfang der 90er Jahre verloren, und die Arbeitslosigkeit schnellte in kurzer Zeit auf Höhen, die an die Krise der 30er Jahre erinnerten. Die Modellvorstellungen der Arbeiterbewegung, die 1991 auch die politische Macht an die konservative Regierungskoalition verlor, waren damit vollends zerschlagen." (Meidner 1994a, S. 4)

Die ambivalente Einschätzung des Modells entspricht der Diskussion zwischen Korporatismustheoretikern und Vertretern der labour movement theory, die in den 80er Jahren die Diskussion über die historische Entwicklung Schwedens bestimmte.¹⁸ In den korporatismustheoretischen Ansätzen dominiert der Kapitalismus als Sachzwang oder Herrschaftsverhältnis. Die Effizienz der kapitalistischen Wirtschaft zu erhöhen und diese mit gesellschaftlichen Bedürfnissen zu verbinden (Schmitter 1973), die Abhängigkeit der Sozialdemokratie (Przeworski 1985) und der Gewerkschaften (Rothstein 1987) vom kapitalistischen Wachstum oder die Unterwerfung der Arbeiterbewegung unter Kapitalverwertungsinteressen (Panitch 1980 u. 1981) bilden den Ausgangspunkt oder Hintergrund der Analysen korporatistischer Strukturen. Begrenzt damit die kapitalistische Gesellschaft die Möglichkeiten reformistischer Politik, betonen dagegen die Vertreter der labour movement theory die Möglichkeiten, mit dem Staat und der Sozialpolitik Machtverhältnisse zugunsten abhängig Beschäftigter zu verändern, durch Reformen die kapitalistische Verwertungslogik zunächst zu begrenzen und perspektivisch sogar zu überwinden (Korpi 1978 u. 1983; Esping-Andersen 1985 u. 1990). Hervorgehoben werden auch die Handlungsspielräume politischer Gewerkschaften (Higgins 1985; Higgins/Apple 1983). Wird für die Vertreter korporatismustheoretischer Ansätze der "politische und soziale Konsens" für die Verbindung von Wachstum und Verteilung zum (in den eigenen Reihen politisch umstrittenen) zentralen Bezugspunkt, handelt es sich bei diesem für die Vertreter des zweiten Ansatzes um einen "historischen Kompromiß",

¹⁸ Für einen Überblick über die Auseinandersetzung und weitere Literaturverweise siehe Fulcher (1987), Pontusson (1984), Rothstein (1990).

den die Arbeiterbewegung auf dem Weg zur Transformation des Kapitalismus in Anerkennung aktueller Machtverhältnisse eingehen mußte.

2.3.2.1. Thesen der Korporatismustheorie

These A.1.: Korporatistische Strukturen sind wirtschaftlich effizient und im Interesse abhängig Beschäftigter

Schmitter (1973) betrachtet Schweden als eine Variante des "societal corporatism".¹⁹ Im Gegensatz zum autoritären "state corporatism", in dem der Staat Organisationen einseitig für seine Interessen funktionalisiert, stellt der "societal corporatism" in einem demokratischen politischen System mit freien Wahlen - als eine außerparlamentarische Kooperation von Gewerkschaften, Arbeitgebern und Staat - eine wichtige Komponente in einem postliberalen, entwickelten kapitalistischen und "organisiert demokratischen" Wohlfahrtsstaat dar (ebd., S. 105). Diese Form des Korporatismus hat sich aus den Bedürfnissen eines stabilen, *bürgerlich-dominierten* Regimes entwickelt, um unter den Bedingungen von wirtschaftlicher Konzentration, internationalem Wettbewerb und ausgeweiteten Aufgaben der Politik verschiedene Gesellschaftsgruppen mit dem Ziel einer Rationalisierung von Entscheidungsprozessen in den politischen Prozeß einzubeziehen.²⁰ Dies ist erforderlich, um die Effizienz der staatlichen Marktregulierung zu erhöhen. Der moderne keynesianische Staat muß als Garant der kapitalistischen Entwicklung die Kompetenz verschiedener gesellschaftlicher Gruppen nutzen (ebd., S. 107f, vgl. Lehbruch 1984, S. 63f).

In der von Schmitter repräsentierten Gruppe korporatismustheoretischer Ansätze gilt die "Ideologie" des Klassenkampfes als überwunden. Zwischen Kapital und Arbeit existiert eine sozialpartnerschaftliche Beziehung, um das Wirtschaftswachstum und die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu fördern, die Gesellschaft zu kontrollieren und das Wirtschaftsprodukt aufzuteilen. Diesbezüglich besteht an der Spitze der Interessenvertretungen ein Konsens. Auch Lehbruch (1984, S. 66) verweist auf den starken schwedischen Korporatismus. Gewerkschaften und Arbeitgeber sind an der Politikformulierung und Implementierung in Politikfeldern beteiligt, die für die makroökonomische Entwicklung von großer Bedeutung sind. Die Gewerkschaften tragen in der Einkommenspolitik dazu bei, die Inflation einzudämmen. Im Gegenzug profitieren sie von der Vollbeschäftigungspolitik und dem Wachstum (ebd., S. 68). Der schwedische Korporatismus ist durch eine nicht strikt hierarchische Struktur gekennzeichnet, innerhalb derer Räume für eigenständige

¹⁹ Korporatismus definiert er idealtypisch als "[...] a system of interest representation in which the constituent units are organized into a limited number of singular, compulsory, noncompetitive, hierarchically ordered and functionally differentiated categories, recognized or licensed (if not created) by the state and granted a deliberate representational monopoly within their respective categories in exchange for observing certain controls on their selection of leaders and articulation of demands and supports" (ebd., S. 93f).

²⁰ Lehbruch (1984, S. 60) distanziert sich von der These, daß der Korporatismus aus den Bedürfnissen der Modernen Gesellschaft entstanden ist und behauptet eine Kontingenz.

Verhandlungen auf unteren Ebenen existieren - mit stabilisierender Wirkung. Auf der horizontalen Ebene (zwischen den Interessengruppen und dem Staat) bleiben die Kontakte informell (ebd., S. 71f). Maßgeblich ist eine personelle Verflechtung von Gewerkschaften und Parteien ("korporatistische Netzwerke"). Die für die Stabilität des Korporatismus erforderlichen Tauschprozesse werden unter sozialdemokratischen Regierungen am besten abgesichert (ebd., S. 75).

Auf Basis der Schmitterschen Argumentationslinie arbeitet Schmidt (1987) in einer empirischen Untersuchung die positiven Auswirkungen des Korporatismus heraus. Die nationalen Leistungsprofile fallen demnach (gemessen an einem Index aus dem Wachstum, der Arbeitslosigkeit und der Inflation) unabhängig von der politischen Ausrichtung der Regierung besser aus als in Ländern ohne korporatistische Kooperation. Cameron (1984) gelangt zu dem Schluß, daß "ruhige" Gewerkschaften gegenüber kämpferischen erfolgreicher sind, wenn korporatistische Strukturen existieren und eine sozialdemokratische Partei regiert: "Ruhige" Gewerkschaften, die den Arbeitsfrieden wahren, kommen der Wirtschaft zugute und werden in diesem Fall mit einer niedrigen Arbeitslosigkeit und von Seiten des Staates mit einem hohen sozialen Lohn entschädigt.

Auch Scharpf (1987, S. 28f) erblickte in den korporatistischen Strukturen wichtige Ressourcen für eine erfolgreiche sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik. Im Gegenzug verwirft er den Ansatz der labour movement theory, die Strukturen als Machtressource der Arbeiterbewegung zu interpretieren. Damit könnten allenfalls verteilungspolitische Erfolge erklärt werden, nicht jedoch Wachstum, Vollbeschäftigung und die Geldwertstabilität. Er plädiert für Schmitters Ansatz, nachdem sich die Regierbarkeit des Systems erhöht, wenn Interessenorganisationen durch den Staat in die Pflicht genommen werden.

These A.2.: Die Abhängigkeit von einem reibungslosen Wirtschaftsablauf begrenzt die Möglichkeiten sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Politik

Nach Przeworski (1985) benötigen sozialdemokratische Regierungen eine effiziente Wirtschaft, und somit betreiben sie keine kapital- oder kapitalismusfeindliche Politik. Mit der Entscheidung für die parlamentarische Demokratie sind sie von der kapitalistischen Privatwirtschaft abhängig geworden. Wahlen in einer heterogenen Gesellschaft zwingen die Sozialdemokratie, ihren Status als Klassenorganisationen aufzugeben, um Stimmenmehrheiten zu erzielen und koalitionsfähig zu werden (ebd., S. 3 u. 29). Zum Problem (electoral dilemma) wird dann, die Einzelinteressen von Gruppen miteinander zu verbinden (ebd., S. 129). Für die Wählermobilisierung muß auf die kurzfristige Befriedigung materieller Interessen gesetzt werden (ebd., S. 145). Damit benötigt die Sozialdemokratie jedoch die Profite, Investitionen und Kooperationsbereitschaft der Privatwirtschaft, um ihrer Politik eine materielle Grundlage zu verschaffen. Eine radikale, kapitalfeindliche Politik hat kurz- oder mittelfristig negative Konsequenzen auf die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt, mit der Folge eines Verlustes an politischer Unterstützung.

In der "keynesianischen Revolution" sieht Przeworski die Legimationsgrundlage sozialdemokratischer Politik (s.o.), das Interesse abhängig Beschäftigter an einer materiellen Verbesserung ihres Lebensstandards hat einen "universalistischen" Charakter bekommen (ebd., S. 36f). Da der Kapitalismus über die Parlamentswahlen nicht abzuschaffen ist, hat sich die Sozialdemokratie dem zweitbesten Weg verschrieben und ihre Politik an den Zielen Vollbeschäftigung, Gleichheit und wirtschaftlicher Effizienz ausgerichtet (ebd., S. 244).²¹ Auf dieser Basis ist die Integration der Arbeiterbewegung in die Institutionen der kapitalistischen Demokratie als Ergebnis eines Klassenkompromisses möglich geworden (ebd., S. 241). Da Klassen sich jedoch nicht nur auf der Basis von Produktionsverhältnissen bilden, sondern durch ideologische und politische Strategien geformt werden, untergräbt die sozialdemokratische Politik ihre traditionelle Basis.

Auch für die gewerkschaftliche Seite wird ein "natürliches" Interesse an der Förderung des kapitalistischen Wachstums sowie an korporatistischen Institutionen angenommen. Rothstein (1987) argumentiert organisationspolitisch: Abhängig Beschäftigte sind gezwungen, sich für Verhandlungen mit der Kapitaleseite zu organisieren. Attraktiv zu sein und Mitglieder für die Gewerkschaften zu werben, erfordert unmittelbare Erfolge in der Verbesserung der sozialen Lage abhängig Beschäftigter. Um dies langfristig zu gewährleisten, muß die Leistungsfähigkeit der Unternehmen berücksichtigt werden. Nach und nach löst sich damit die revolutionäre Rhetorik zugunsten einer reformistischen Ideologie auf. Die neokorporatistischen Strukturen entwickeln sich einerseits aus dem Interesse der Gewerkschaften, von Seiten des Staates politisch unterstützt zu werden, und andererseits aus dem Anliegen staatlicher Akteure, Konfliktlösungswege zu institutionalisieren.

These A.3.: Die Arbeiterbewegung wird in korporatistischen Strukturen Kapitalverwertungsinteressen unterworfen

Für Panitch (1980, S. 174 u. 1981, S. 28f) dienen korporatistische Strukturen der Begrenzung gewerkschaftlicher Macht. Sie stellen eine Form kapitalistischer Herrschaft dar. Die Strukturen wurden durchgesetzt, nachdem die Gewerkschaften zu Zeiten der Vollbeschäftigung in den 50er und 60er Jahren hohe Lohnforderungen stellten. Panitch (1980, S. 173 u. 1981, S. 24) definiert Korporatismus "[...] as a political structure within advanced capitalism, which integrates organized socioeconomic producer groups through a system of representation and cooperativ mutual interaction at the leadership level and mobilization and social control at the mass level". Die Gewerkschaftsführung wird politisch aufgewertet, muß im

²¹ Przeworski (1985, S. 244f) gesteht der schwedischen Sozialdemokratie zu, in der Realisierung dieser Ziele weit gekommen zu sein. Nur können diese nicht mit dem Sozialismus gleichgesetzt werden: Die Arbeitsgesellschaft und eine entfremdete, entleerte Akkumulation widersprechen den Zielen der alten Arbeiterbewegung. Reformen, um den Kapitalismus in sozialer Hinsicht zu verbessern, sind wichtig, führen jedoch nicht zum Sozialismus - und in seiner Auffassung von Sozialismus geht Przeworski über die Abschaffung vom Privatbesitz an Produktionsmitteln hinaus: "Socialist democracy is not something to be found in parliaments, factories, or families: it is not simply a democratization of capitalist institutions. Freedom means de-institutionalization; it means individual autonomy." (ebd., S. 247)

Austausch für die politische Integration allerdings kapitalistische Wachstumskriterien in ihren Lohnforderungen berücksichtigen und dies gegenüber ihren Mitgliedern durchsetzen. In korporatistischen Strukturen ist die Arbeiterbewegung dem Kapital unterlegen, auch wenn das Machtgefälle variiert (ebd., S. 175). Die Arbeitgebervertreter verfügen über mehr Macht, und auch seitens des Staates existiert ein Interesse, Profite zu sichern, um die weitere Kapitalakkumulation zu ermöglichen. Die Einbindung der Gewerkschaftsspitzen kann an der Basis zu Protesten führen, aufgrund derer sich auch die Gewerkschaftsspitze radikalisiert und die korporatistische Integration in Frage stellen kann: Dies beruht auf den Widersprüchen der Einbindung (ebd., S. 175).

In Schweden erzwang die sozialdemokratische Regierung nach Panitch (1981, S. 34) seit den 30er Jahren eine moderate Lohnpolitik der Gewerkschaften, indem sie Eingriffe in die Lohnverhandlungen androhte. An der gewerkschaftlichen Lohnpolitik kritisiert er, daß sie sich auf die Umverteilung des Lohnpools beschränkt hat. Im Unterschied zu Scharpf bewertet er "Sozialismus in einer Klasse" negativ.

2.3.2.2. Thesen der labour movement theory

These B.1.: Der historische Kompromiß der 50er und 60er Jahre als Machtgleichgewicht von Arbeit und Kapital

Für Korpi (1978 u. 1983) kam es mit dem Regierungsantritt der SAP in den 30er Jahren zu einer Machtverschiebung zugunsten der Arbeiterbewegung. Die ökonomische Macht ist von der politischen getrennt worden. Wirtschaft und Politik sind unterschiedliche Arenen mit jeweils eigenen Ressourcen und Strategieoptionen. Während die Arbeiterbewegung in der ökonomischen Arena dem Kapital unterlegen ist, kann sie seit der Einführung des allgemeinen Wahlrechts in der politischen Arena dominieren und den Staat kontrollieren, wenn es ihr gelingt, sich kollektiv zu organisieren (Korpi 1989, S. 141). Der schwedische Arbeitsfrieden ist nicht auf eine Unterwerfung und Kontrolle der Arbeiterbewegung zurückzuführen, sondern basiert auf der staatlichen Umverteilungspolitik zugunsten der Arbeit. Dadurch werden auch erst die korporatistische Strukturen möglich. Das Einvernehmen, die Eigentumsverhältnisse beizubehalten, das Wachstum zu fördern und Verteilungsspielräume zu erhöhen, ist ein historischer Kompromiß, der auf der Machtverteilung in und zwischen den beiden Arenen beruht. Während die pragmatische Politik der SAP Koalitionen mit bürgerlichen Parteien ermöglicht und hierdurch den Einfluß der Arbeiterbewegung auf den Staat erweitert hat, kommt darin lediglich die Anerkennung der Machtverhältnisse, nicht jedoch eine Abkehr vom Ziel der Systemtransformation zum Ausdruck (Korpi 1978, S. 48 u. S. 321). Die Gewerkschaften sind nicht funktionalisiert worden, sondern die sozialdemokratische

Regierung ist ein "Transmissionsriemen" für gewerkschaftliche Forderungen (Korpi 1983, S. 51).²²

Die Aufkündigung des historischen Kompromisses durch die Gewerkschaftsbasis in den 70er Jahren resultierte für Korpi aus einer Unzufriedenheit mit den Arbeitsbedingungen. Aus seiner Analyse der Gesellschaftsstruktur kommt er (1983, S. 209) zu dem Ergebnis, daß die Macht der Arbeiterbewegung gewachsen ist und damit die Möglichkeit einer Demokratisierung der Wirtschaft besteht. Er betrachtet die Geschichte der Arbeiterbewegung als Stufenmodell, in dem auf der Basis der politischen Demokratie mit dem Ausbau des Wohlfahrtsstaates die soziale Demokratie erkämpft werden konnte. Die soziale Demokratie verändert die Struktur der Gesellschaft und schafft die politischen Machtverhältnisse für die Wirtschaftsdemokratie.

These B.2.: Der universalistische Wohlfahrtsstaat als Machtressource der Arbeiterbewegung

Esping-Andersen (1990) hat den Ansatz Korpis weiterentwickelt. Während Korpi die Macht der Arbeiterbewegung anhand der Entwicklung der Sozialstruktur bestimmt, begreift er (ebd., S. 18) diese als Ergebnis sozialer Beziehungen und nicht sozialer Kategorien. Als Bedingungen für die Mobilisierung von Macht benennt er a) die eigenen Machtressourcen einer Gruppe oder Klasse, b) die Machtressourcen konkurrierender Kräfte, c) die Dauer der Mobilisierung und d) Machtallianzen. Die "historischen Kräfte" resultieren aus der Interaktion von politischen Formationen, Klassenkoalitionen und "geerbten" Institutionen (ebd., S. 32).

Der Wohlfahrtsstaat entwickelt sich im Spannungsfeld der in den beiden Arenen zwischen Arbeit und Kapital verteilten Machtressourcen. Institutionen stellen, einmal durchgesetzt, "Strukturen der Befangenheit" dar. Der Wohlfahrtsstaat ist für Esping-Andersen (1985a, S. 245) nicht nur das Ergebnis politischer Machtmobilisierung, sondern seinerseits institutionalisierte Macht. Er verweist auf Diskussionen der schwedischen Sozialdemokratie in den 30er Jahren, in denen dem Wohlfahrtsstaat die Doppelfunktion zugesprochen wurde, die ökonomische Effizienz zu erhöhen und Möglichkeiten der Machtmobilisierung zu verbessern: "By eradicating poverty, unemployment, and complete wage depending, the welfare state increases political capacities and diminishes the social divisions that are barriers to political unity among workers." (Esping-Andersen 1990, S. 12). Wenn der Warencharakter der Arbeitskraft durch den Wohlfahrtsstaat abgefedert wird und der Wohlfahrtsstaat auf den Arbeitsmarkt zurückwirkt, indem er Vollbeschäftigung garantiert und qualitativ hochwertige Arbeitsplätze zur Verfügung stellt, wird die Konkurrenz unter den abhängig Beschäftigten gemildert und solidarisches Handeln ermöglicht.

²² Andererseits geht Korpi (1989, S. 143) von einer partiellen Eigenlogik und Eigenständigkeit der Politik aus.

Wie Przeworski sieht auch Esping-Andersen die sozialdemokratischen Parteien gezwungen, ihre politische Basis über die traditionellen Milieus hinaus auszudehnen. Durch den Wohlfahrtsstaat ist es jedoch möglich, die Klassenidentität zu stärken und den Riß zwischen Arbeitern und Angestellten zu überwinden: Der universalistische Wohlfahrtsstaat trägt dazu bei, gesellschaftliche Spaltungen zu überbrücken. Er bildet die Basis, gemeinsame Interessen zu befriedigen und - im Umkehrschluß - gemeinsam Interessen zu artikulieren. Ohne daß Esping-Andersen sich in seiner Arbeit auf Gramsci bezieht, läßt sich seine Arbeit nach Kemeny (1995, S. 94) als neo-gramscianischer Ansatz interpretieren. Danach gelang es der SAP mit ihrer Bündnispolitik, einen historischen Block zu formieren und zu einer hegemonialen Kraft zu werden.

These B.3.: Politische Gewerkschaften können sich in korporatistischen Strukturen durchsetzen

In der Kritik an Panitch und Przeworski verweisen Higgins/Apple (1983) und Higgins (1985) auf die unterschiedlichen Handlungszwänge von Parteien und Gewerkschaften. Den korporatistischen Theorien stellt Higgins (ebd., S. 350) das Konzept der politischen Gewerkschaften entgegen, "[...] by which I mean a tendency for some union movements to go beyond a narrow focus on wages and conditions, to generate goals that challenge the power of capital as it expresses itself in market outcomes and public policy, and to actively pursue these goals in their own right outside (as well inside) the industrial relation sphere, including state bodies." Um Erfolge zu erringen, müssen Gewerkschaften auf politischer Ebene aktiv werden, da sie in der Wirtschaftsarena unterlegen sind. Politische Aktivitäten setzen einen hohen Integrations- und Zentralisationsgrad voraus, der nur durch Aktivitäten an der Basis aufrecht erhalten werden kann. Die Basisaktivitäten verhindern eine einseitige Kontrolle der Gewerkschaften durch ihre Führung. Die Gewerkschaftsspitze muß sich außerdem fortlaufend gegenüber der Basis verantworten (Higgins 1985, S. 359ff). Desweiteren bedingt die Situation abhängig Beschäftigter eine permanente Kritik am Kapitalismus, und die politische Programmatik der Gewerkschaften ist im Gegensatz zu sozialdemokratischer Politik nicht von Parlamentswahlen abhängig. So können weitreichende Forderungen aufgestellt und gegebenenfalls gegenüber der Partei durchgesetzt werden (ebd., S. 360ff).

Die Verbindung von gewerkschaftlicher Produktionspolitik (Steigerung wirtschaftlicher Effizienz) mit dem egalitären Geist einer solidarischen Lohnpolitik (s.u.) hat mobilisierend gewirkt und die Kontrolle der Gewerkschaften über den Arbeitsmarkt erhöht (Higgins/Apple 1983, S. 614f). In korporatistischen Strukturen kann eine Gewerkschaft als "policy-maker" eigene Forderungen durchsetzen. Partiiell ist die LO zu einer außerparlamentarischen Partei geworden, und es ist ihr in Ansätzen gelungen, Allianzen mit den Angestelltengewerkschaften zu bilden. Als ökonomische Probleme auftraten, ist die LO mit den Demokratisierungsforderungen ihrer Rolle als "policy-maker" gerecht geworden (ebd., S. 626; Higgins, S. 370f).

2.3.2.3. Das Schwedische Modell als korporatistische Struktur mit einer starken Arbeiterbewegung in einem "interessengeleiteten Korporatismus"

Das Schwedische Modell wird nicht ausreichend beschrieben, wenn es entweder auf eine korporatistische Struktur oder auf ein "Modell der Arbeiterbewegung" reduziert wird. Vielmehr verbanden sich diese beiden Momente im Schwedischen Modell der "goldenen Jahre", und ihre Widersprüchlichkeit brach mit der Krise des Fordismus auf. Unter Rückgriff auf Kemeny (1992, S. 558f u. 1995, S. 91f) ist das Schwedische Modell als "korporatistische Struktur mit einer starken Arbeiterbewegung" anzusehen. Kemeny geht von einem interessengeleiteten Korporatismus aus, in dem in den verschiedenen Feldern gesellschaftlicher Auseinandersetzung die Machtverhältnisse variieren. Dabei ist es möglich, daß die Arbeiterbewegung ihre Interessen in einzelnen Feldern durchsetzt, d.h., sie sind nicht in allen Feldern dem Kapitalinteresse nachgeordnet. Damit können die Thesen der Korporatismustheorie und der labour movement theory, sich gegenseitig ergänzend, zusammengefaßt werden: Für eine reformistische Politik sind die Spielräume in der Wirtschaft begrenzt, in der Sozialpolitik und dem öffentlichen Sektor hingegen sind Konzepte durchzusetzen, die zugleich auf die politische Machtverteilung - auch auf dem Arbeitsmarkt - zurückwirken.

So läßt sich in Anlehnung an die korporatismustheoretischen Ansätze für das Modell der "goldenen Jahre" zeigen, daß sich sowohl die SAP als auch die LO für die Förderung des kapitalistischen Wachstums einsetzten und die Kapitalreproduktion sicherten. Die Interessen des Arbeitgeberlagers spiegelten sich in den Institutionen des Modells wider. Gleichfalls wird jedoch deutlich, daß es zu einer Machtverschiebung kam. Die SAP stärkte die Position der Gewerkschaften und verbreiterte ihre eigene politische Basis durch einen Ausbau des Wohlfahrtsstaates, der auch für Mittelschichten attraktiv war. Die Gewerkschaften waren in der Lage, sich als politische Gewerkschaften mit eigenen Forderungen und Ideologien in die Politik und die Arbeitsbeziehungen einzubringen. Damit stärkten sie ihre integrative Kraft und gewannen an Durchsetzungsfähigkeit. Es gelang der SAP und den Gewerkschaften, im Fordismus eine prokapitalistische Wirtschaftspolitik mit Normen zu verbinden, die einer antikapitalistischen Tradition entstammten und es erlaubten, die prokapitalistische Wirtschaftspolitik als Mittel zum Zweck zu sehen - zur unmittelbaren Befriedigung materieller Interessen auf dem Weg zum Fernziel einer "besseren Gesellschaft."

Mit der Krise des Fordismus brach dieses Arrangement auf. Seitens des Staates konnten die korporatistischen Strukturen nicht mehr durch einen politischen Tausch stabilisiert werden, es fehlte an ökonomischen Ressourcen und Instrumenten. Das Positiv-Summen-Spiel der vergangenen Jahrzehnte verwandelte sich in eine Auseinandersetzung um die Verteilung von Kosten. Die sozialdemokratische Arbeiterbewegung in Schweden besaß eine relativ starke Position. Die gewerkschaftliche Reaktion auf die ökonomischen Probleme entsprach dem Schwedischen Modell als "Modell der Arbeiterbewegung". Mit einem auf die

Gesellschaft ausgerichteten Konzept wollten die Gewerkschaften ihre Rolle als "policy-maker" und damit zugleich die integrative Kraft der Arbeiterbewegung erneuern. Das Verhalten der Gewerkschaften entsprach dem in der Vergangenheit häufig zu beobachtenden Wechselspiel zwischen ökonomischen und politischen "Zyklen" des Kampfes der Arbeiterbewegung. Unter günstigen ökonomischen Bedingungen konnte sie erfolgreich im engeren Sinn gewerkschaftspolitische Zielsetzungen (Lohnentwicklung, Arbeitsbedingungen, Beschäftigung) verfolgen, in ökonomischen Krisenphasen hingegen radikalisierte sich die politische Arbeiterbewegung oftmals mit dem Ziel einer "Umwälzung der politischen Herrschaftsordnung" (Deppe 1995, S. 343f). Dabei preschten die Gewerkschaften an den Sozialdemokraten vorbei.

Ihre politische Niederlage läßt sich mit Przeworski (s.o.) erklären. Die SAP wurde nicht zur Trägerin der radikalen Forderungen, sondern entschied sich an dem "Wegkreuz" für die Privatwirtschaft, weil die Forderungen der Gewerkschaften die Gesellschaft und die Basis der Sozialdemokraten polarisierten und zu schwächen drohten. Die politische Macht der SAP basiert auf zwei Säulen: Auf ihrem breiten Wählerklientel sowie auf ihrer engen Verbindung zu den Gewerkschaften (Buci-Glucksmann/Therborn 1982, S. 148). Diese doppelte Verankerung ist zum sozialdemokratischen Problem geworden. Um möglichst breit die Interessen gesellschaftlicher Gruppierungen zu befriedigen, hat die SAP auf die Revitalisierung der kapitalistischen Wachstumsdynamik gesetzt. Zu diesem Zweck versuchte sie, die Gewerkschaften einseitig und ohne einen direkten politischen Tausch für ihre Zielsetzungen zu gewinnen. Als sich die ökonomischen Voraussetzungen für die Rückkehr zum Konzept "Wachstum und Verteilung" nicht einstellten, kam es zu einer Überlastung der korporatistischen Integration, zu Konflikten innerhalb der SAP und zwischen der SAP und den Gewerkschaften.

Aus dem Arbeitgeberlager wurden die korporatistischen Strukturen und das Schwedische Modell als Ganzes attackiert, nachdem die Interessen von Kapital und Arbeit mit der Erosion des fordistischen Klassenkompromisses aufeinanderprallten, eine Kooperation erschwert wurde und die Strukturen im Sinne der labour movement theory Machtressourcen der SAP und der Gewerkschaftsbewegung darstellten. Glyn (1995, S. 20), der ähnlich wie Scharpf in der Analyse der ökonomischen Situation zu dem Ergebnis kommt, daß der gemeinsame Erhalt von Vollbeschäftigung, internationaler Wettbewerbsfähigkeit, Unternehmensgewinnen und einer ausgeglichenen Bilanz des Staatshaushaltes Lohn- und Konsumverzicht erfordert, problematisiert, daß die Vollbeschäftigung den Gewerkschaften eine politische Stärke gegeben hat, die sie für eine politische Kompensation von Reallohnverlusten bzw. direkt gegen diese einsetzen konnte. Aufgrund sinkender Unternehmensgewinne kam es zu einer Gegenoffensive des Kapitals, die darauf abzielte, die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie zu schwächen.

3. Das Schwedische Modell der "Goldenen Jahre"

Der Grundstein für das Schwedische Modell wurde 1932 mit dem Regierungsantritt der SAP gelegt, in den 60er Jahren waren seine Elemente entwickelt. Während Schweden in den 60er Jahren im Vergleich zu anderen entwickelten kapitalistischen Ländern weder aufgrund einer außergewöhnlichen wirtschaftlichen Entwicklung noch aufgrund des Umfangs seiner Sozialausgaben eine außergewöhnliche Stellung einnahm, stellten die Dominanz sozialdemokratischer Zielsetzungen, die politischen Bedingungen und die aktive Arbeitsmarktpolitik Besonderheiten dar (Lundberg 1985, S. 4). Deren Bedeutung und die Auswirkungen institutioneller Weichenstellungen auf die ökonomische Entwicklung sowie die Ressourcen sozialdemokratischer Politik traten mit den Krisen der 70er Jahre zutage.

3.1. Mixed economy, korporatistische Strukturen und die Politik der SAP

3.1.1. Die Wirtschaftspolitik: Zwischen Planungsambitionen und politischen Mehrheiten

Die 20er Jahre waren durch schwere ökonomische Rezessionen, eine hohe Arbeitslosigkeit und heftige Arbeitskämpfe gekennzeichnet. In ihren wirtschaftspolitischen Vorstellungen stand die SAP den sozialen Problemen der Wirtschaftskrisen hilflos gegenüber: Sie bewertete die Krisen als "Naturkatastrophen" und maß der Geldwertstabilität Priorität zu. Nachdem die Arbeitslosigkeit trotz Zahlungsbilanzüberschüssen bei über 10 % verharnte, ergriff die SAP 1930 unter dem Einfluß schwedischer Wirtschaftswissenschaftler der Stockholmer Schule²³ - deren Ansatz u.a. durch die frühen Schriften Keynes und die marxische Unterkonsumtionstheorie beeinflusst wurde - in der Großen Depression eine erste Initiative für eine expansive und defizitäre staatliche Haushaltspolitik und bekam damit ein eigenständiges wirtschaftspolitisches Profil. In den folgenden Jahren bekam die Initiative über die sozialdemokratische Partei hinaus parlamentarische Unterstützung und wurde unter einer sozialdemokratischen Regierung in staatliches Handeln umgesetzt. Es kam zu einer erheblichen Geldabwertung, Regierungsanleihen und dem Ausbau von Beschäftigungsprogrammen. In der Landwirtschaft wurde dem Preisverfall entgegengewirkt, die Systeme der sozialen Sicherheit wurden ausgebaut. Allerdings kündigten SAP-Repräsentanten an, mit einem Aufschwung der Konjunktur zu einer "konservativeren Wirtschaftspolitik" zurückzukehren (Galbraith 1995, S. 135). Lundberg (1985, S. 10) sieht das Verdienst der SAP in der Akzeptanz der kapitalistischen Dynamik, die sie nicht durch "sozialistische Experimente" behindert habe: "Liberal attitudes towards business [...] could be successfully combined with reformist changes in the work of the system."²⁴

²³ Lundberg (1987, S. 6) benennt Erik Lindahl, Gunnar Myrdal und Bertil Ohlin. Zu den Unterschieden zwischen den Theorien Keynes und denen der schwedischen Wirtschaftswissenschaftler s. ebd. .

²⁴ Mit ihrer Politik erregte die SAP internationales Aufsehen. Rückblickend schreibt Galbraith (1995, S. 136)

Neben der Profilierung mit einem eigenen wirtschaftspolitischen Profil begünstigte ein zweiter Faktor den politischen Aufstieg der SAP. Früh setzte sich in der schwedischen Sozialdemokratie mit einem evolutionären Marxismus ein reformistischer Kurs durch. 1928 hatte der sozialdemokratische Ministerpräsident mit dem Begriff des "Volksheims" das ideologische Leitmotiv der späteren schwedischen Wohlfahrtspolitik geprägt, marxistische Klassenkampfelemente, zuvor schon nicht sehr ausgeprägt, traten in der Ideologie der SAP hinter die Schlüsselbegriffe Volk, Zusammenarbeit und Gleichheit zurück.²⁵ Damit wurden die politischen Voraussetzungen für eine Kooperation mit den Bauern geschaffen, die 1933 zu einer Koalition mit der liberalen Partei der Bauern (Bondeförbundet; später: Zentrum / centern) führte. Der SAP gelang es auf diesem Weg, die Blockadepolitik der bürgerlichen Parteien zu durchbrechen und nach Minderheitsregierungen in den 20er Jahren erstmals über die Unterstützung der parlamentarischen Mehrheit zu verfügen (Buci-Glucksmann/Therborn 1982, S. 173ff; vgl. Tilton 1991, S. 15ff).

Es waren allerdings diese politischen Mehrheits- und die gesellschaftlichen Machtverhältnisse, die Verstaatlichungen und selektive Eingriffe in die Privatwirtschaft verhinderten. Die SAP betonte auf der programmatischen Ebene die Notwendigkeit einer weitreichenden Wirtschaftsplanung. Dabei hob sie hervor, keine Verstaatlichungen zu beabsichtigen. Die Parteiführung war zu dem Schluß gekommen, daß eine Kooperation mit den Vertretern des privaten Unternehmenssektors bessere Ausgangsbedingungen für soziale Reformen bot als eine Konfrontationsstrategie, die die wirtschaftliche Entwicklung zu gefährden drohte. Das Eigentum wurde als Bündel von Rechten betrachtet, die schrittweise "sozialisiert" werden konnten. Durch Planung sollte es im Sinne des Gemeinwohls Verwendung finden, ohne das Eigentumsverhältnis aufzulösen.²⁶ 1938 stellte die SAP ihre Planungsabsichten aufgrund politischer Konflikte zurück und versuchte, ihre Beziehungen gegenüber den Oppositionsparteien und dem Arbeitgeberlager auf eine kooperative Basis zu stellen (Pontusson 1992, S. 48f).²⁷ Dabei gewann die Unternehmensbesteuerung ihre für das spätere Schwedische Modell charakteristische Gestalt: Ein einheitlicher Steuersatz auf Unternehmensgewinne wurde durch abgestufte Steuersätze ersetzt, Abschreibungsmöglichkeiten wurden ausge-

in einem Vergleich der nationalstaatlichen Bemühungen, die Große Depression zu überwinden: "Die Erholung der schwedischen Wirtschaft beruhte nicht auf Rüstung und Krieg. [...] In einer gerechten Welt wird man sich nicht auf die keynesianische Revolution berufen, sondern auf die schwedische."

²⁵ Vor dem schwedischen Parlament sagte Hansson 1928: "In dem guten Heim herrscht Gleichberechtigung, Zusammenarbeit, Hilfsbereitschaft. Auf unsere ganze Gesellschaft übertragen würde das bedeuten, daß alle sozialen und wirtschaftlichen Schranken niedergerissen werden sollten, die zu einer Aufteilung unseres Volkes führen in Privilegierte und Zurückgesetzte, in Herrschende und Abhängige, in Reiche und Arme, in Plünderer und Ausgeplünderte." (zitiert nach Meidner/Hedborg 1984, S. 16) In der Rede trug Hansson auch Gedanken über die Zusammenhänge von politischer, sozialer und wirtschaftlicher Demokratie vor (ebd.).

²⁶ Bei diesem Ansatz ("funktionaler Sozialismus") war der Sozialdemokrat Ernst Wigforss (1881-1977) einer der führenden Köpfe (Tilton 1991, S. 60). Für Beyme (1992, S. 159) war der funktionale Sozialismus die übergreifende Ideologie, die dem Konsens des Schwedischen Modells zugrundelag und korporatistische bzw. kooperative Strukturen ermöglichte.

²⁷ Möglicherweise wurde die Konsensfindung dadurch erleichtert, daß Schweden 1938 gemessen am Pro-Kopf-Einkommen das zweitreichste Land Europas war (Therborn 1991, S. 239).

dehnt, Einlagen in unternehmenseigene Pensionsfonds und staatlich kontrollierte Investitionsfonds waren steuerfrei. Die Besteuerung der Unternehmen zielte zum einen auf die Investitionsförderung, zum zweiten sollte sie der Konjunktursteuerung dienen - für eine Umverteilung zwischen Arbeit und Kapital wurde nicht auf sie zurückgegriffen.²⁸

Während des Zweiten Weltkrieges verfestigten sich die kooperativen Beziehungen zwischen der SAP und dem Arbeitgeberlager in der Kriegswirtschaft. 1944 legten Vertreter der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie jedoch ein ambitioniertes Nachkriegsprogramm vor, das den konsensualen Rahmen sprengte.²⁹ In der Kriegswirtschaft waren weitreichende Planungselemente mit Vollbeschäftigung verbunden. Weil nach dem Kriegsende eine Depression erwartet wurde, wurden nun mit Verweis auf die Beschäftigungserfolge der vorangegangenen Jahre in dem Programm weitere Eingriffe in die Privatwirtschaft gefordert. Die wirtschaftliche Dynamik sollte auf dem Niveau einer Hochkonjunktur gehalten werden. Vorgeesehen waren eine strenge Kontrolle der Kapitalmärkte und eine direkte Einflußnahme auf unternehmerische Entscheidungen durch selektive Eingriffe auf der Angebotsseite der Gütermärkte. Verstaatlichungen bildeten weiterhin keine dominierende Zielsetzung. Ein Ausbau der Arbeitsmarktpolitik sollte die Mobilität von Arbeitskräften fördern und die Transparenz des Arbeitsmarktes erhöhen. Einkommensdifferenzen zu verringern wurde als weiteres Ziel genannt (Lundberg 1985, S.13ff; Meidner/Hedborg 1984, S. 116f; Pontusson 1992, S. 48f).

Aus zwei Gründen kam es nicht zu selektiven Eingriffen in die Privatwirtschaft. Erstens kam es zu keinem Wirtschaftseinbruch. Die schwedische Wirtschaft, von direkten Kriegsschäden verschont, geriet unerwartet in eine Boom-Phase mit Inflationsdruck. Damit wurde dem Programm die argumentative Grundlage entzogen. Darüber hinaus sah sich die SAP mit dem Vorwurf "sozialistischer Ambitionen" konfrontiert. Obgleich die Partei bemüht war, sich in den Wahlen von 1948 ein "moderates" Image zu geben, erlitt der sozialistische Block³⁰ erhebliche Stimmenverluste. Die SAP gab daraufhin große Teile des Nachkriegsprogrammes auf, bildete erneut eine Koalition mit dem Zentrum und reduzierte "Planungs"absichten auf langfristige Prognosen über die wirtschaftliche Entwicklung und den Ausbau sozialer Dienstleistungen im öffentlichen Sektor (Lundberg 1985, S. 16; Pontusson 1992, S. 51). Mit dem Wirtschaftsboom fand innerhalb der SAP die Auseinan-

²⁸ Zur Charakterisierung der Unternehmensbesteuerung nach dem Zweiten Weltkrieg schreibt Pontusson (1992, S. 70): "In fact, the Social Democrats approach distinguished between capitalists and their firms: whereas the former were to be taxed heavily on their income they receive as owners, the latter were to be encouraged to reinvest their profits through generous tax breaks." Vgl. hierzu auch Steinmo (1988, S. 406f), der zudem festhält, das Schweden noch 1980 unter den OECD-Ländern das höchste Steueraufkommen mit dem niedrigsten Anteil an Körperschaftssteuern aufwies.

²⁹ SAP/LO (1946): The Postwar Program of the Swedish Labour Movement; Stockholm (Arbetarrörelsens efterkrigsprogram 1944); wurde nicht als Literatur für diese Arbeit herangezogen

³⁰ Das schwedische Parteiensystem war lange Zeit durch zwei nahezu gleichgroße Blöcke gekennzeichnet: Auf der einen Seite waren die Kommunisten (Vänsterpartiet) und die SAP als der "sozialistische Block", diesem standen mehrere "bürgerliche" Parteien gegenüber (vgl. Bergström 1991).

dersetzung zwischen der dominierenden Fraktion der "evolutionären Marxisten" und der Fraktion der "nicht-evolutionären Marxisten" ihr Ende. Letztlich wandte sich die SAP 1960 auch von den revisionistischen Vorstellungen ab und orientierte sich am soziales legalitären Wohlfahrtsstaat. In dem Programm von 1961 dominierten die Ziele Wirtschaftswachstum, Kapitalakkumulation und internationale Wettbewerbsfähigkeit (Buci-Glucksmann/Therborn 1982, S. 177).

Damit wurde nach dem Zweiten Weltkrieg im wesentlichen am Vorkriegscharakter der Wirtschaftspolitik festgehalten. Das Investitionsfond-System wurde ausgedehnt und diente als Instrument zur antizyklischen Steuerung. Obgleich die Fonds selektive Eingriffe der Regierung ermöglichten, machte sie davon keinen Gebrauch. Bis 1959 wurden hauptsächlich kurzfristige Investitionen stimuliert. Dann wurden die Mittel auch zur Finanzierung langfristiger Investitionsvorhaben verwendet, um die Marktposition exportorientierter Unternehmen zu sichern. Dahinter stand die Annahme, daß deren Wettbewerbsposition gefährdet war - gegenüber europäischen Konkurrenten in Ländern der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, von denen erwartet wurde, daß sie besonders von der wachsenden Handelsverflechtungen innerhalb der EWG profitieren. Die schwedischen Unternehmen sollten für eine härtere Konkurrenz gerüstet werden (Pontusson 1992, S. 76).

3.1.2. Staat und Verbände: Die Aufwertung der Gewerkschaften

Begrenzte die Koalition mit der Bauernpartei in den 30er Jahren einerseits staatliche Regulierungen der Privatwirtschaft, kam sie andererseits über eine partielle Beschränkung der Marktdynamik zustande und führte zu einem Wandel in der Beziehung zwischen dem Staat und den Verbänden. Mit dem "Kuhhandel" (Pontusson 1992, S. 37) zwischen der SAP und dem Bondeförbundet von 1933 wurde einem Preisverfall für landwirtschaftliche Produkte entgegengewirkt. Insbesondere sinkende Milchpreise gefährdeten die Existenzgrundlage von Bauern. Im bürgerlichen Parteienlager fanden sich für eine Regulierung der Preise keine parlamentarischen Mehrheiten. Deswegen ging die Bauernpartei eine Koalition mit der SAP ein.³¹ Die Politik der Koalition lief darauf hinaus, dem Landwirtschaftsverband die Möglichkeit zu geben, die Preisentwicklung zu beeinflussen. Damit war neben einer sozialpolitisch erwünschten Beschränkung von Marktkräften in einzelnen Sektoren der Wirtschaft ein Schritt getan, Verbände in staatliches Handeln zu integrieren und ihnen Aufgaben zur Lösung gesellschaftlicher Probleme zu übertragen. Der SAP wurde es erleichtert, für die Einbindung von Gewerkschaften in staatliche Politik zu plädieren und sie gleichzeitig zu stärken (Rothstein 1992, S. 176ff).

³¹ Gleichzeitig waren die Barrieren für eine Koalition zwischen den beiden Parteien aufgrund des vorangegangenen, gemeinsamen Kampfes um das allgemeine Wahlrecht und die Wanderungsbewegungen von Arbeitskräften von der Landwirtschaft in die Industrie relativ gering (Rothstein 1992, Marklund 1988, S. 470ff).

Die SAP verbesserte die gewerkschaftliche Kontrolle des Arbeitsangebots. Dafür leitete sie auf dem Arbeitsmarkt institutionelle Veränderungen in die Wege. 1934 wurde mit dem Aufbau einer Arbeitslosenversicherung begonnen, deren Kassen die Gewerkschaften verwalteten. Das System wurde in den 30er Jahren schrittweise ausgebaut³² und die Gewerkschaften gewannen an Einfluß auf die Berechtigungsprüfungen für das Arbeitslosengeld. Sie bekamen auch die Möglichkeit, den Einsatz von Arbeitslosen als Streikbrecher zu unterbinden und zu verhindern, daß Arbeitssuchende unter ihrer Qualifikation beschäftigt werden (Rothstein 1990, S. 327).³³ Außerdem profitierten die Gewerkschaften von einem Umbau des zweiten Arbeitsmarktes. Bis 1933 existierten öffentlich finanzierte Beschäftigungsprogramme mit schlechten Arbeitsbedingungen und niedrigen Löhnen. Die dort Beschäftigten konnten in bestreikten Betrieben eingesetzt werden. Teilweise wurden reguläre Beschäftigungsverhältnisse durch die billigeren "Hilfsarbeiten" ersetzt. Unter der neuen Regierung wurden die Löhne auf dem zweiten Arbeitsmarkt angehoben und denen auf dem ersten angenähert. Ein Streikbruch wurde verhindert (Rothstein 1990, S. 331ff). In Wechselwirkung mit dem wachsenden Einfluß der Gewerkschaften erhöhte sich der Organisationsgrad unter ArbeiterInnen von 30 % (1930) auf 66 % (1940) (Pontusson 1992, S. 38).

Nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelte sich das korporatistische Gefüge. Mit dem Ausbau der aktiven Arbeitsmarktpolitik in den späten 50er Jahren entwickelte sich die Arbeitsmarktbehörde für viele Beobachter zum Vorzeigeobjekt des "societal corporatism". Auf allen Verwaltungsebenen standen Repräsentanten des Staates, der Arbeitgeberverbände und der Gewerkschaften an der Spitze der Behörde. Die Kooperation galt als Voraussetzung für eine erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik. Obwohl die Behörde aus der Perspektive sozialdemokratisch-gewerkschaftlicher Politik von besonderer Bedeutung war und sozialdemokratisch dominiert wurde, kam es zu keinen schwerwiegenden Konflikten zwischen Kapital und Arbeit (Delander 1991, S. 23; Meidner/Hedborg 1984, S. 127; Pontusson 1992, S. 68).³⁴

Die zentrale Arbeitsmarktbehörde besaß eine hervorgehobene Stellung.³⁵ Sie verfügte über einen großen Haushaltsetat³⁶, besaß eine gewisse Autonomie und

³² Mehrere Gewerkschaften lehnten das System als repressiv ab (siehe Fußnote 33) und beteiligten sich zunächst nicht an der Verwaltung der Arbeitslosenkassen (Rothstein 1990, S.327).

³³ Die bürgerlichen Parteien konnten durchsetzen, daß Nicht-Gewerkschaftsmitglieder Zugang zu der Versicherung hatten, die Leistungen ein niedriges Niveau besaßen und nicht durch Arbeitgeberabgaben finanziert wurden (Rothstein 1990, S. 329f).

³⁴ Rothstein (1990) bezeichnet die Behörde als "sozialdemokratische Kaderschmiede", durch die die Position der Gewerkschaften weiter gestärkt wurde. Für Ahrne/Clement (1994, S. 223) stellte der "administrative Korporatismus" in der Arbeitsmarktpolitik die Form eines "societal corporatism" dar, in der sich gewerkschaftliche Vorstellungen durchsetzten. In den Gremien waren die Gewerkschaften und die Arbeitgeberseite zumeist numerisch gleichstark vertreten. Allerdings saßen für die Arbeitgeberseite auch Vertreter des sozialdemokratisch dominierten öffentlichen Sektors am Tisch. Gleichzeitig waren die Mitarbeiter der Behörde als eigene Gruppe repräsentiert. Sie hatten ebenfalls oft einen gewerkschaftlichen oder sozialdemokratischen Hintergrund (vgl. ebd., S. 233).

³⁵ Die aktive Arbeitsmarktpolitik gilt einigen Autoren als das "Herz" des Schwedischen Modells (z. Bsp. Ahrne/Clement 1994, S. 223).

³⁶ 1960 umfaßten die arbeitsmarktpolitischen Ausgaben 3,7 % des Staatshaushaltes (0,9 % des BSP);

war damit ein wichtiges Machtzentrum. Ministerien verfügen in Schweden gegenüber den Behörden über keine direkte Weisungsbefugnis. Sie stellen lediglich Richtlinien auf. In den Behörden werden Entscheidungen über deren Umsetzung gefällt und Maßnahmen der Implementierung ergriffen.³⁷ Zu Anfang der 60er Jahre forderten die bürgerlichen Oppositionsparteien im Reichstag eine Untersuchung der Arbeitsmarktbehörde, da sie in dieser einen "Staat im Staate" sahen. Am Ende der Auseinandersetzung stimmten Vertreter der Arbeitsmarktparteien und der politischen Parteien darin überein, daß eine starke Behörde mit eigenständiger Entscheidungsbefugnis und ausreichenden finanziellen Mitteln erforderlich ist, um ohne Verzögerung auf Veränderungen am Arbeitsmarkt reagieren zu können. Damit wurde die Position der Verbände in den korporatistischen Strukturen gefestigt (Delander 1991, S. 21f; vgl. Ahrne/Clement 1994, S. 232, Meidner/Hedborg 1984, S. 126ff).³⁸

3.1.3. Die Sozialpolitik: Der Ausbau zum Mittelklassenwohlfahrtsstaat

In den 30er Jahren führten Reformen in der Wohnungsbau-, Landwirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zu erheblichen Veränderungen in der Rolle des Staates. Das Pensionssystem wurde ausgebaut (Esping-Andersen/Korpi 1987, S. 45ff). Im Wohnungsbau wurden die Ausgaben in den 30er Jahren verdoppelt, um den Lebensstandard zu verbessern und die Beschäftigung zu fördern. Verändert hatten sich die Argumentationsgrundlagen für die Sozialpolitik: Mit der Nachfrageförderung wurden sozialpolitische Zielsetzungen wirtschaftspolitisch begründet (Lundberg 1985, S. 11).

Der eigentliche Ausbau zum "universalistischen Wohlfahrtsstaat" (Esping-Andersen 1990, S. 25) oder "institutionellen Wohlfahrtsstaat" (Esping-Andersen/Korpi 1987, S. 40) erfolgte nach dem Zweiten Weltkrieg. Er fand in zwei Etappen statt. Zunächst wurde an einheitlichen Transferzahlungen festgehalten. Einheitliche Sozialsysteme waren auf die gesamte Bevölkerung ausgerichtet. Dies wurde durch die fortgesetzte Kooperation mit der Bauernpartei begünstigt. Bauern hätten von

1977/78 erreichten die Ausgaben mit 8,5 % der Staatsausgaben (3,1 % des BSP) einen vorläufigen Spitzenwert (Meidner/Hedborg 1984, S. 137). Dieser wurde 1992/93 mit 13,2 % der Staatsausgaben (5,2 % des BIP) übertroffen (Schwedisches Institut 1994, S. 3).

³⁷ Allerdings verfügt die Regierung gegenüber der Arbeitsmarktbehörde über eine direkte Weisungsbefugnis (Delander 1991, S. 21).

³⁸ Außer in der Arbeitsmarktbehörde waren die Repräsentanten der Arbeitgeberseite und von den Gewerkschaften in folgenden Gremien vertreten:

- Behörde für berufliche Sicherheit und Gesundheit (ASSI, Arbetarskyddsstryrelsen), gegründet 1978;
- Institut für berufliche Gesundheit (ALF, Arbetsmiljöinstitutet), gegründet 1987
- Arbeitslebensfond (ALF, Arbetstlivsfonden), gegründet 1990
- Sozialversicherungsbehörde (RFV, Riksförsäkringsverket)
- Behörde für Universitäten und Hochschulen (UHÄ, Universitets- och Högskolämbetet)
- Erziehungsbehörde (Sö, Skolöverstyrelsen), ab 1989 Skolverket

Über alle Behörden wurden auch arbeitsmarktpolitische Zielsetzungen verfolgt (Ahrne / Clement 1994, S. 236).

einkommensbezogenen Sozialversicherungssystemen für abhängig Beschäftigte nicht profitiert (Marklund 1988, S. 472). 1948 wurde das Pensionssystem reformiert, die Unfall- und Krankenversicherungen wurden in die öffentliche Hand überführt und zu Pflichtversicherungen. Das Arbeitslosengeld wurde an die Lohnentwicklung angebunden, und die Sozialhilfe verlor etwas von ihrem repressiven Charakter (Esping-Andersen/Korpi 1987, S. 48f).

Das System einheitlicher Sozialtransfers wies jedoch aus sozialdemokratischer Sicht Probleme auf. Den Leistungsbeziehern drohten Einkommensverluste, und für höhere Einkommensgruppen bestand damit ein Anreiz (und die Möglichkeit), sich dagegen privat auf dem Markt abzusichern. Das hätte gegen die universalistisch-egalitären Ziele der SAP verstoßen. Gleichzeitig wurde es mit dem Wandel der Wirtschaftsstruktur für die SAP wichtig, Wählerstimmen in den neuen Mittelschichten zu erschließen. Mit dem Wandel der Familienstrukturen war deren Bedürfnis an einer individuellen sozialstaatlichen Absicherung gestiegen. Damit wurde der Ausbau des Wohlfahrtsstaates zu einem mobilisierungsfähigen Aspekt sozialdemokratischer Politik (vgl. Marklund 1988, S. 474).

Aufgrund der Höhe ihres Einkommens hatten Angehörige der neuen Mittelschichten ein Interesse an einkommensbezogenen Sozialleistungen. In der zweiten Etappe der wohlfahrtsstaatlichen Entwicklung sollten deshalb die Transferzahlungen den Erhalt des jeweiligen Lebensstandards ermöglichen. Das 1960 eingeführte Zusatzrentensystem markiert diesen Wendepunkt: "The honored ideal of equal benefits to all gives way to the idea that citizens should be guaranteed against income loss, and that benefits should closely be related to accounted earnings or income, an idea which to some extent had already been realized in connection with reforms of sickness insurance." (Esping-Andersen/Korpi 1987, S. 53). Die Arbeitslosenversicherung wurde ebenfalls den neuen Zielsetzungen angepaßt. Das Niveau der sozialen Dienstleistungen wurde an den Ansprüchen gehobener Einkommensgruppen ausgerichtet. Der Wohlfahrtsstaat wandelte sich zu einem sozialdemokratischen "middle-class welfare state" (Bergström 1991, S. 19, Esping-Andersen 1990, S. 33).

Die bürgerlichen Parteien leisteten dem Ausbau des Wohlfahrtsstaates keinen entschlossenen Widerstand. In großen Teilen des Bürgertums dominierte eine paternalistisch-konservative Ideologie, staatliche Interventionen wurden nicht grundsätzlich abgelehnt. Mit den Reformen wurde die Erwerbsarbeitszentriertheit der Versicherungssysteme verstärkt. Die Anreize zur Aufnahme einer Erwerbsarbeit³⁹ und der wohlfahrtsstaatlich geförderte Arbeitsfrieden wurden von den Konservativen und Großindustriellen begrüßt (Marklund 1988, S. 476).

³⁹ Ein Mangel an Arbeitskräften war in den ersten Nachkriegsjahrzehnten in Schweden ein notorisches Problem.

3.2. Die Arbeitsmarktparteien und das Tarifverhandlungssystem

In den 30er Jahren veränderten sich unter der SAP-Regierung die Strategien der Tarifparteien. Nach den Arbeitskonflikten der 20er Jahre wurde Schweden nach 1933 zum "Land des Arbeitsfriedens" (Lundberg 1985, S. 11). Sowohl die Arbeitgeber als auch die Gewerkschaften befürchteten staatliche Eingriffe in die Arbeitskämpfe und wollten ihre "freedom of manoeuvre" (Kjellberg 1992, S. 95) erhalten. Im Dachverband der Arbeitgeberverbände SAF (Svenska Arbetsgivareföreningen) setzte sich die Auffassung durch, daß die SAP ihre Position als Regierungspartei lange behaupten würde. Damit bestanden keine Aussichten mehr, gewerkschaftliche Betätigungen über den Staat einzuschränken. Vielmehr bestand nach Einschätzung des Verbandes die Gefahr, daß die sozialdemokratische Regierung in Arbeitskämpfen, z.B. bei Massenaussperrungen, gegen die Arbeitgeber Stellung bezog. Deswegen zog sich die SAF als "politischer" Akteur aus der Öffentlichkeit zurück. Sie versuchte, die sozialdemokratische Regierung mit "Fachkompetenz" zu beeinflussen und pochte auf die Tarifautonomie (Kjellberg 1992, S. 96, Swenson 1993).⁴⁰

Der Weg zu Arbeitsmarktbeziehungen in Form der "autonomen Selbstregulierung" (Kjellberg 1992, S. 92ff) begann mit einem Arbeitskonflikt im Baugewerbe (1933). In der LO war der Streik umstritten und wurde insbesondere von der Gewerkschaft Metall kritisiert. Im Baugewerbe wurden nach dem Ersten Weltkrieg hohe Lohnzuwächse durchgesetzt. 1930 waren die Lohndifferenzen zwischen der Bauwirtschaft und dem metallverarbeitenden Gewerbe die Höchsten in Europa (Swenson 1991, S. 524). Durch die große Streikbereitschaft im Baugewerbe drohten sich die Lohndifferenzen auszuweiten, während die Metallgewerkschaft 1932 Lohnsenkungen zustimmte, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Schon 1922 wurde auf dem Kongreß der LO die Beziehung zwischen der Lohnbildung im Wettbewerbssektor (dem internationaler Konkurrenz ausgesetzten Sektor) und dem geschützten Sektor problematisiert. Für Unternehmen, die für den heimischen Markt produzierten, wurden größere Spielräume für Lohnerhöhungen angenommen als für Unternehmen der Exportindustrie. Im geschützten Sektor könnten Lohnerhöhungen auf die Preise aufgeschlagen werden. Im exponierten Sektor sei dies wegen des internationalen Wettbewerbs nicht im gleichen Umfang möglich. Es käme zu relativen Einkommensverlusten bei Beschäftigten der Exportindustrie, die die Preissteigerungen auf dem schwedischen Markt mitzutragen hätten, ohne kompensatorische Lohnzuwächse einfordern zu können. Den Einkommensdifferenzen wurde die Forderung nach Klassensolidarität entgegen-

⁴⁰ Für Panitch (1981, S. 32) wurden die Gewerkschaften von der Regierung mit der Drohung von Eingriffen in die Lohnverhandlungen in zentralisierte Tarifverhandlungsstrukturen gezwungen, wo ihnen eine moderate Tarifpolitik aufgezwungen wurde. Zweifellos lag es in der Absicht der SAP, den Arbeitsmarkt zu "befrieden" (vgl. Swenson 1993). Panitchs Position vernachlässigt jedoch, daß auch der Arbeitgeberverband gezwungen war, sich strategisch neu zu orientieren.

gestellt. Bereits auf dem LO-Kongreß 1926 wurden Anträge eingebracht, die Struktur der LO zu zentralisieren, um über die Einzelgewerkschaften hinweg die Entwicklung des Lohngefüges zu beeinflussen (Fregert 1994, S. 174).

Auch den Arbeitgebern - insbesondere im Exportsektor - waren hohe Lohndifferenzen zwischen den beiden Sektoren ein Dorn im Auge⁴¹: In der Exportindustrie herrschte ein Mangel an qualifizierten Arbeitskräften, u.a. bedingt durch die besseren Verdienstmöglichkeiten im geschützten Sektor. Steigende Preise im Baugewerbe belasteten die Exportunternehmen. Die steigenden Lebenshaltungskosten der Beschäftigten hatten höhere Lohnforderungen zur Folge und untergruben die Autorität der "kooperationsbereiten" Metall-Führung (Swenson 1989, S. 45; vgl. Fregert 1994, S. 180ff).

Es bildeten sich zwei Koalitionen heraus, um die Gewerkschaften im Bausektor "zu zähmen" (Swenson 1989, S. 44ff). Die erste Koalition bestand aus der LO, der SAP und dem Bondeförbundet. Dem Wohnungsbauprogramm wurde von den Gewerkschaften und der SAP als Beschäftigungsprogramm ein großes Gewicht beigegeben. Der Bondeförbundet drohte jedoch, dem Programm nicht zuzustimmen, wenn es durch den Streik zu weiteren Lohn- und Preissteigerungen im Bausektor käme (Swenson 1991, S. 531). Die zweite Koalition bildeten die Arbeitgeber und Gewerkschaften des exponierten Sektors. Unter diesem politischen Druck wurde der Bauarbeiterstreik beendet (Swenson 1989, S. 48).

Aus dieser Situation entwickelte sich die Kooperation der Spitzenverbände und es kam zur Zentralisierung der LO. 1935 hielt ein Bericht der Königlichen Kommission - entstanden unter der Mitarbeit von Vertretern der SAF und der LO - fest, daß die Wohlfahrt der schwedischen Gesellschaft gesteigert werden kann, wenn die Wettbewerbsfähigkeit der Exportindustrie gefördert und zentralisierte Beziehungen zwischen den Arbeitsmarktparteien aufgebaut werden. Dieser Bericht bildete die Grundlage des Abkommens von Saltsjöbaden (1938) zwischen der SAF und der LO. Das Abkommen legte die Regularien für Arbeitskämpfe fest. Die Gewerkschaften erklärten sich bereit, zum Arbeitsfrieden beizutragen und die Entscheidungsbefugnis des Managements in Investitionsentscheidungen, der Personalpolitik und der Arbeitsorganisation anzuerkennen. Den grundlegenden Konsens bildete die Überzeugung beider Parteien, daß eine Kooperation notwendig ist, um die ökonomische Expansion und Rationalisierungen zu fördern (Pontusson 1992, S. 39 u. S. 44f). Für Swenson (1989, S. 50) ist dieses Abkommen das Ergebnis einer "[...] cross class coalition against high-pay-workers in the sheltered sector [...]".⁴²

⁴¹ Bereits 1907 hatten Arbeitgeber aus Schweden, Norwegen und Dänemark vereinbart, die Löhne des Baugewerbes an die im exportorientierten Sektor anzubinden (Swenson 1991, S. 322).

⁴² Swenson (1991, S. 514) kritisiert Korpis "power-ressource-model", in dem lediglich die Machtverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit betrachtet werden, und stellt dieser Betrachtung das "cross-class-alliance-model" gegenüber.

Nicht alle LO-Einzelgewerkschaften unterzeichneten das Abkommen. Erst auf dem LO-Kongreß 1941 kam es zur Zentralisierung der Gewerkschaftsstrukturen⁴³: Dem Dachverband wurden Sanktionspotentiale zugestanden, die ihm eine Kontrolle der Tarifpolitik ermöglichten. Einzelgewerkschaften konnten nun ausgeschlossen und ihr Streikrecht eingeschränkt werden. Der LO wurden Eingriffe in laufende Tarifverhandlungen ermöglicht und sie bestimmte über die Verwendung von Streikgeldern. Veränderte Abstimmungsverfahren über die Akzeptanz von Verhandlungsergebnissen stärkten die Position der Gewerkschaftsführung (Swenson 1989, S. 51f).⁴⁴

Die Zentralisierung der Arbeitsmarktbeziehungen setzte sich in den 50er Jahren fort. Unter dem Inflationsdruck des unmittelbaren Nachkriegsbooms setzte sich die SAP gegenüber der LO mit ihren Forderungen nach Lohnzurückhaltungen durch. 1949/50 stellten die LO-Gewerkschaften keine Lohnforderungen - mit dem Ergebnis einer hohen Lohndrift, gefolgt von Lohnkonkurrenzen zwischen Beschäftigtengruppen und Gewerkschaften. 1951 beendete die LO die Phase des Lohnverzichts. 1952 verweigerten die der SAF angeschlossenen Arbeitgeberverbände den Gewerkschaften Einzelverhandlungen und zwangen die LO zu einem zentralen Abkommen. Die Zentralisierung der Tarifverhandlungen wurde von der SAF durchgesetzt, um die Mitglieder im Arbeitgeberlager zu disziplinieren und die Lohndrift aus der Konkurrenz um Arbeitskräfte zu beschränken (Kjellberg 1992, S. 96). Aus gewerkschaftlicher Perspektive kam es zu restriktiven Ergebnissen. Erst 1955 kam es auf Druck der SAP erneut zu zentralen Verhandlungen, die sich nun etablierten und bis in die 80er Jahre bestanden. Unter den LO-Gewerkschaften waren es insbesondere Niedriglohn-Gewerkschaften, die sich von dieser Verhandlungsstruktur Vorteile für die Umsetzung einer solidarischen Lohnpolitik versprachen. Die Metall sprach sich für die Zentralisierung aus, um die Machtposition der Gewerkschaften auszubauen und die Lohnentwicklung im geschützten Sektor zu kontrollieren (Swenson 1989, S.53ff).

⁴³ Der Arbeitgeberverband SAF besaß schon seit Anfang des Jahrhunderts eine zentralisierte Struktur, was Kjellberg (1992, S. 95) mit der Stärke der Gewerkschaften bzw. der Sozialdemokratie begründet.

⁴⁴ Zur Disziplinierung von Mitgliedsgewerkschaften durch den Dachverband merkt Swenson (1991, S. 523) an: "For employers interested in maintaining international competitiveness by keeping sheltered wagesetting under control, this was icing on the cake from a labor movement that was already offering itself as an ally against militant syndicalists and communists. Moreover, unions like the metalworkers' were providing increasingly pliant about rationalization and automation. With enemies like these, who needs friends?"

3.3. Das Rehn-Meidner-Modell und die solidarische Lohnpolitik

Das Rehn-Meidner-Modell und die solidarische Lohnpolitik (vgl. Meidner/Hedborg 1984, S. 77ff; Lundberg 1985, S. 17ff) waren in den 60er Jahren zentrale Bestandteile gewerkschaftlicher und sozialdemokratischer Politik.⁴⁵ Ihre Darstellung läßt mit einer idealtypischen Beschreibung des politisch-ökonomischen Kerns des Schwedischen Modells der 60er Jahre verbinden.

Während einerseits die Privatwirtschaft von der SAP gefördert wurde, der Erhalt der internationalen Wettbewerbsfähigkeit eine dominierende Rolle spielte, die zentralisierten Tarifverhandlungen von der SAF durchgesetzt wurden und die Gewerkschaften in Produktivitätssteigerungen die Voraussetzung für Lohnerhöhungen sahen, gelang es andererseits mit dem Rehn-Meidner-Modell und der solidarischen Lohnpolitik, diese Rahmenbedingungen gewerkschaftlicher Politik mit egalitären Zielen zu verbinden. Erst mit ihnen wurde das Schwedische Modell zu einem "[...] conscious 'power mobilization' model, attempting to ensure political strength and unity of labour through an equitable wage formation. It can be said that Sweden was universalizing the core of its labour market." (Ryner 1994, S. 268)⁴⁶

Aus gewerkschaftlicher Sicht benennen Meidner/Hedborg (1984, S. 25) die solidarische Lohnpolitik als Kernelement des Schwedischen Modells. Mit dieser wurden zwei Ziele verfolgt: Zum einen galt "gleicher Lohn für gleiche Arbeit" mit "gerechten" Lohndifferenzen bei unterschiedlichen Tätigkeiten. Zweitens wurde eine allgemeine Verringerung von Lohndifferenzen angestrebt. Diese egalitären Zielsetzungen verbanden sich mit wirtschaftlichen Motiven. Die Lohnforderungen orientierten sich an einem Betrieb mit mittlerer Ertragslage.⁴⁷ Betriebe mit einer hohen Produktivität und hohen Gewinnen profitierten davon: Ihre Lohnkosten blieben unter ihren Möglichkeiten. Betriebe mit einer niedrigen Produktivität hingegen wurden "bestraft" und mußten rationalisieren, um nicht vom Markt verdrängt zu werden. Die Profitabilitätsunterschiede wurden durch die Lohnpolitik verstärkt und die Kapitalrestrukturierung wurde beschleunigt. Während die Leistungskraft der

⁴⁵ Insbesondere bezüglich des Rehn-Meidner-Modells gehen die Meinungen der unter 2.3. zitierten Autoren stark auseinander. Für Lehbruch (1984, S. 68) ist das Modell ein Beispiel für den korporatistischen Tauschprozeß: Die Gewerkschaften tragen mit einer moderaten Lohnpolitik zum Wirtschaftswachstum und zur Preisstabilität bei, während sie andererseits vom Wachstum und der Vollbeschäftigung profitieren. Für Panitch (1981, S. 34f) ist das Modell ein weiterer Beweis für die Subordination der Gewerkschaften. Für Higgins (1985, S. 364) und Higgins/Apple (1983, S. 612) ergriffen die Gewerkschaften mit diesem Modell die politische Initiative und erweiterten die Handlungsspielräume gewerkschaftlicher Politik.

⁴⁶ Zwar hat Swenson (1989, S. 132) Recht, wenn er darauf hinweist, daß der Zentralisierung der Tarifpolitik nicht egalitäre Zielsetzungen zugrundelagen, sondern daß eine Kontrolle der Lohnentwicklung, die wirtschaftliche Stabilität und der Erhalt des Arbeitsfriedens die entscheidenden Motive bildeten. Für Swenson (ebd.) ist die solidarische Lohnpolitik jedoch lediglich ein Zugeständnis an Niedriglohngewerkschaften, um Lohnkonkurrenz zu vermeiden und sie in zentralisierte Strukturen mit einer insgesamt zurückhaltenden Lohnpolitik integrieren zu können. Damit unterschätzt er die mobilisierende Wirkung der ideologischen Orientierung an egalitären Zielen.

⁴⁷ Nach Scharpf (1987, S. 121) orientieren sich die Lohnforderungen sogar an Betrieben mit überdurchschnittlich hohen Erträgen, um außertariflichen Lohnsteigerungen den Boden zu entziehen.

Wirtschaft sich erhöhte, wurden unproduktive Arbeitsplätze durch produktivere mit höheren Löhnen ersetzt.⁴⁸

Zwei Maßnahmen förderten die Akzeptanz der "Verlierer" unter den abhängig Beschäftigten: a) Der Staat kontrollierte die Verwendung eines Teils der zusätzlichen Gewinne der Unternehmen und stellte sicher, daß diese für Investitionen verwendet wurden. Diese kamen abhängig Beschäftigten zugute, womit ein relativer Lohnverzicht der Beschäftigten in überdurchschnittlich leistungsfähigen Betrieben gerechtfertigt wurde. b) Individuelle Nachteile des Strukturwandels, z.B. durch einen Arbeitsplatzverlust, wurden durch eine staatliche Vollbeschäftigungs"garantie" ausgeglichen: Eine aktive Arbeitsmarktpolitik erhöhte die Mobilität der Arbeitskräfte durch Umzugshilfen und Qualifizierungsmaßnahmen. Darüberhinaus kompensierten die Lohnersatzleistungen zeitlich befristete Einkommensverluste (vgl. Meidner/Hedborg 1984, S. 78).

Das Rehn-Meidner-Modell ist auf die Verbindung von Vollbeschäftigung und Preisstabilität gerichtet. Ihm liegt die Annahme zugrunde, daß von der Vollbeschäftigung ein inflationärer Druck ausgeht: Eine unbefriedigte Nachfrage nach Arbeit und die starke Verhandlungsposition der Gewerkschaften könnten zu inflationstreibenden Lohnzuwächsen führen. Rehn und Meidner legten 1952 ihr Modell unter dem Eindruck vor, daß weder der Staat noch die Gewerkschaften die Lohnentwicklung gegen die Dynamik des Arbeitsmarktes beeinflussen konnten (Meidner/ Hedborg 1984, S. 70 u. S. 118ff).

Nachdem das Modell sich bis zum Ende der 50er Jahre zum Leitmotiv der sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik entwickelt hatte, setzte die Regierung zur Bekämpfung der Inflation gemäß den Vorstellungen Rehns und Meidners nicht mehr wie zum Anfang der 50er Jahre auf eine stabilitätsorientierte Lohnpolitik der Gewerkschaften, sondern sie wirkte dem Inflationsdruck mit einer restriktiven Geld- und Fiskalpolitik, insbesondere mit einer hohen Besteuerung des Konsums, entgegen. Der Staat hielt die ökonomischen Aktivitäten leicht unterhalb des Gleichgewichtszustandes, um eine überhitzte Nachfrage nach Arbeitskräften zu verhindern. Gleichzeitig hatte die Arbeitsmarktpolitik die Aufgabe, die Stabilitätspolitik zu unterstützen, in dem sie ein Überangebot an Arbeit auf einem Teilarbeitsmarkt auf einen anderen Teilarbeitsmarkt mit einer unbefriedigten Nachfrage überführte, um damit inflationäre Tendenzen in einzelnen Sektoren der Wirtschaft zu unterbinden. Ferner drückte die restriktive Politik die Unternehmensgewinne und reduzierte somit den Spielraum für eine Lohndrift. Mit diesem Arrangement erhöhte sich die Kontrolle der Arbeitsmarktparteien über die Lohnentwicklung. Lohn-Lohn-Spiralen konnten vermieden werden und die solidarische Lohnpolitik wurde unterstützt.⁴⁹

⁴⁸ Die SAF widersetzte sich zunächst der solidarischen Lohnpolitik, erst in den 60er Jahren konnte die LO Erfolge verbuchen. 1960 akzeptierte die SAF Festgeldvereinbarungen, 1964 wurden diese durch Zuschläge für Niedriglohngruppen ergänzt. 1966 wurden Kompensationsklauseln für jene Gruppen eingeführt, die nicht direkt von der Lohndrift profitierten (Swenson 1989, S. 58).

⁴⁹ Der restriktiven Politik waren jedoch Grenzen gesetzt: Im Gegensatz zu einer expansiven

Dem durch die gedämpfte Nachfrage drohenden Anstieg der Arbeitslosigkeit wirkte ebenfalls die aktive Arbeitsmarktpolitik entgegen. Diese wies als wichtiger Bestandteil der wirtschaftspolitischen Konzeption mehrere Motive auf:

- a) das soziale Motiv: die Vollbeschäftigung zu sichern und schwache Gruppen auf dem Arbeitsmarkt zu stärken;
- b) das funktionserleichternde Motiv: auf dem Arbeitsmarkt gütermarktähnliche Bedingungen zu schaffen, d.h. die Transparenz und die Mobilität zu verbessern;
- c) das konjunkturpolitische Motiv: eine stabile wirtschaftliche Entwicklung zu unterstützen;
- d) das strukturpolitische Motiv: Wachstum zu fördern;
- e) als selektive Arbeitsmarktpolitik die solidarische Lohnpolitik zu unterstützen und die Lohndrift auf Teilarbeitsmärkten zu vermeiden (Meidner/Hedborg 1984, S. 104ff).

Der Staat erzielte durch seine restriktive Fiskalpolitik Haushaltsüberschüsse. Sie wurden über regulierte Kreditmärkte den Unternehmen in Form billiger Investitionskredite zur Verfügung gestellt. Damit wurde ein Ausgleich für die geschmälernten Unternehmensgewinne geschaffen. Die Überschüsse dienten auch der Finanzierung wohlfahrtsstaatlicher Ausgaben. Die Kreditvergabe und die Investitionsfonds waren Instrumente einer antizyklischen Konjunkturpolitik. Die Unternehmensbesteuerung und die solidarische Lohnpolitik kamen insbesondere expandierenden, leistungsfähigen Unternehmen zugute, leistungsschwache Unternehmen wurden diskriminiert. Je stärker ein Unternehmen expandierte und je mehr es investierte, desto größer war die steuerliche Begünstigung. Große Unternehmen profitierten von diesem System stärker als kleine.

Die Tarifpolitik richtete sich am Wettbewerbssektor aus, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit der schwedischen Produkte zu sichern und Einkommensdifferenzen zwischen dem exponierten und dem geschützten Sektor zu verhindern. Um die Tarifführerschaft des exponierten Sektors zu sichern, wurde das Rehn-Meidner-Modell zum Ende der 60er Jahre durch das EFO-Modell ergänzt. Dessen Annahmen ähneln den Überlegungen der gewerkschaftlichen Debatte in den frühen 30er Jahren (s.o.). Die schwedische Wirtschaft ist demnach in zwei Sektoren unterteilt. Der eine Sektor ist internationaler Konkurrenz ausgesetzt (exponiert), der andere nicht (geschützt). Angenommen wurde, daß "im exponierten Sektor die Preise (bei festen Wechselkursen) vom Weltmarkt diktiert werden" (Scharpf 1987, S. 126), während im geschützten Sektor die Lohnkosten auf die Preisbildung einwirken: "Weiterhin wurde unterstellt, daß die Lohnentwicklung in beiden Sektoren genau gleich verlaufe. Unter diesen Modellannahmen konnte die internationale Wirtschaft nur dann verteidigt werden, wenn die Lohnführerschaft beim

Wirtschaftspolitik in Phasen mit einer gedämpften Konjunktur waren restriktive Maßnahmen in Boom-Phasen politisch schwer durchzusetzen (Meidner/Hedborg 1984, S. 84f).

exponierten Sektor lag und wenn dort der Anstieg der Nominallöhne nicht über die Summe von Weltmarktinflation und Produktivitätszuwachs stieg." (ebd.)⁵⁰

Die politisch-ökonomische Strategie der 60er Jahre "paßte" zum schwedisch-fordistischen Akkumulationsregime (vgl. Pontusson 1992a u. 1995; Ryner 1994; Mjøset 1987). Der Aufschwung in der Produktion dauerhafter Konsumgüter bildete die Basis für den Klassenkompromiß zwischen Arbeit und Kapital. Die schwedische Industrie bestand vor dem Zweiten Weltkrieg aus a) der exportorientierten Rohstoffindustrie, b) dem exportorientierten, arbeitsintensiven Maschinenbau und c) der binnenmarktorientierten, arbeitsintensiven Konsumgüterindustrie. Die "neuen" fordistischen Unternehmen hatten eine niedrigere Kapitalintensität als die Rohstoffindustrie, gegenüber dem Maschinenbau mit hochqualifizierten Arbeitskräften waren die Arbeitskosten für angelernte Arbeitskräfte niedriger und letztlich, insbesondere gegenüber der "alten" Konsumgüterindustrie, waren die Produktivitätsreserven größer. Aufgrund ihrer Leistungsfähigkeit profitierten diese Unternehmen von der solidarischen Lohnpolitik und der Investitionspolitik bzw. Unternehmensbesteuerung. Die Arbeitsmarktpolitik befriedigte die Nachfrage nach Arbeitskräften, der Wohlfahrtsstaat erhöhte die Nachfrage nach Gütern (Pontusson 1992a, S. 320; vgl. Steinmo 1988, S. 407). Während Korpi (1978 u. 1981) und Olson (1994) die politisch-ökonomische Basis des Klassenkompromisses in einer Allianz von Sozialdemokratie, Gewerkschaften und primär auf dem schwedischen Markt operierenden Kapitalfraktionen sehen und Swenson (1989 u. 1991) demgegenüber von einer Allianz mit den exportorientierten Kapitalfraktionen ausgeht, schließen sich diese Annahmen nicht aus. Vielmehr kam das Schwedische Modell den Interessen beider Kapitalfraktionen nach, wobei sich die fordistische Massenproduktion in der Schnittmenge befand (Pontusson 1992a, S. 319f).⁵¹

Die Bedeutung des Binnenmarktes, dessen Erschließung typisch für das fordistische Akkumulationsregime war, wird aus der Außenhandelsverflechtung Schwedens deutlich: Erst in den 60er Jahren erreichte die Summe der Ex- und Importe mit einem Volumen von 35 % der industriellen Produktion (zu konstanten Preisen) den Stand der 20er Jahre. Nachdem es während des Zweiten Weltkriegs zu einem deutlichen Einbruch kam (1945: ca. 15 %), verweist der starke Anstieg in der Nachkriegszeit neben der Bedeutung des Binnenmarktes auf die Dynamik des Außenhandels und seine Auswirkungen auf die schwedische Wirtschaftsstruktur (vgl. Pontusson 1995, S. 41). Ab den 60er Jahren trug die solidarische Lohnpolitik in zweifacher Hinsicht zum Anstieg des Außenhandels bei: Erstens fielen die Lohnkosten der produktiven exportorientierten Unternehmen niedrig aus, sie förderten deren Wettbewerbsfähigkeit. Zweitens wurde der Trend zur internationalen

⁵⁰ Lundberg (1985, S.22f) sieht zwischen der solidarischen Lohnpolitik und dem EFO-Modell einen Widerspruch: "Wages are, in principle, market determined in EFO; in contrast, wage policy is active and is partly applied as a fight against market forces in Rehns model (solidaristic wage policy). Potential and actual conflict between these models is an element in the process of erosion of the Swedish Model."

⁵¹ "It is no accident that Volvo emerged in this period as the principal representative of the 'class collaborator' wing of the business community." (Pontusson 1992, S.319)

Arbeitsteilung verstärkt, in dem die Produktion in Sektoren mit niedriger Produktivität und hohen Arbeitskosten durch Importe ersetzt wurde (Lundberg 1987, S. 19).

Für Schweden mit seiner relativ "kleinen" Wirtschaft waren die Einbindung in den Weltmarkt und ein erfolgreicher Exportsektor - trotz der vorübergehend gesunkenen Außenhandelsverflechtung - wichtig. Das Land hat eine lange Tradition des Freihandels. Nachdem im 19. Jahrhundert Holz, Pappe und Papier exportiert wurden, konnten Eisen- und weitere Metallvorkommen für den Industrialisierungsprozeß genutzt werden, der in die Produktion von dauerhaften Konsumgütern wie Autos u.a., den Maschinenbau, Schiffsbau und in den 60er Jahren verstärkt auch in die Elektroindustrie mündete (Mjøset 1987, S. 415).⁵² Der intraindustrielle Handel innerhalb Schwedens blieb jedoch gering und der Exportsektor gewann eine für Schweden wichtige Bedeutung: "The Nordic countries, [...], differ from the larger countries by still specialising in a few dominant export sectors, which originate in natural competitive advantages. Despite the diversification of the sixties, these dominant export sectors still play an essential role: they earn foreign exchange to balance the country's external accounts, that is, they pay for importing advanced means of production and consumer goods that bolster 'the American way of life'." (Mjøset 1987, S. 410; vgl. Ryner 1994, S. 267) Die wachsende Bedeutung der Weltmarktintegration stellte hohe Anforderungen an den strukturellen Wandel der schwedischen Wirtschaft, der durch das politisch-ökonomische Konzept des Schwedischen Modells gefördert wurde.

3.4. Zusammenfassung

Der wirtschaftspolitische Kern des Schwedischen Modells beschleunigte den Strukturwandel der Wirtschaft, trug zum Wirtschaftswachstum bei und verband dies mit den Zielen Vollbeschäftigung und Gleichheit. Während das Zusammenwirken der Elemente des Modells den ökonomischen Anforderungen des fordistischen Akkumulationsregimes entsprach, entwickelten die einzelnen Bestandteile sich auf der Basis verschiedener Konflikt-, Macht- und Interessenkonstellationen.

Die SAP übernahm in den 30er Jahren die Regierung. Es gelang ihr, parlamentarische Mehrheiten durch eine Koalition mit der Bauernpartei abzusichern. Die SAP paßte ihre Politik an die politischen und gesellschaftlichen Machtverhältnisse an, stellte Eingriffe in die Privatwirtschaft zurück, wendete von ihren ursprünglichen programmatischen Orientierungen ab und setzte auf das privatwirtschaftliche Wachstum sowie den Ausbau des Wohlfahrtsstaates. Sie tastete den Privatbesitz an Produktionsmitteln nicht an und verzichtete gegenüber privaten Unternehmen weitgehend auf selektive Eingriffe.

⁵² Bis 1960 dominierten allerdings unter den Exporten Rohstoffe und unmittelbar aus diesen hergestellte Produkte (Holz-Produkte, Papier, Pappe, Eisen, Stahl), bevor Produkte des verarbeitenden Gewerbes überwogen (Thebom 1991, S. 230).

Die Partei stärkte die Position der Gewerkschaften auf dem Arbeitsmarkt und damit deren Verhandlungsmacht. In korporatistischen Strukturen wurden die Gewerkschaften und die Arbeitgeberseite in staatliche Strukturen integriert. Die Arbeitsmarktpolitik war aus Sicht der Gewerkschaften ein wichtiges Politikfeld und für ihr wirtschaftspolitisches Konzept zentral. Es gelang ihnen mit dem Rehn-Meidner-Modell, Einfluß auf die sozialdemokratische Politik zu nehmen.

Der Wohlfahrtsstaat wurde ausgebaut. Sozial- und beschäftigungspolitische Zielsetzungen verbanden sich mit wirtschaftspolitischen. Hatten die Sozialtransfers zunächst ein einheitliches Niveau, wurden sie mit dem Umbau zum Mittelklassenwohlfahrtsstaat Einkommensverlusten angepaßt. In diesem Punkt traten egalitäre Zielsetzungen in den Hintergrund. Ein wichtiger Grund für die Reform lag in dem Bemühen der SAP, Wähler in den neuen Mittelschichten zu finden.

Die Arbeitsmarktbeziehungen veränderten sich. Mit dem Abkommen von Saltsjöbaden kamen Arbeitgeber und Gewerkschaften überein, das privatwirtschaftliche Wachstum zu fördern. Damit verknüpfte sich insbesondere auch das Ziel, die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu verteidigen. Die Zentralisierung der Gewerkschaftsstrukturen basiert auf Konflikten zwischen Gewerkschaften des exponierten und des geschützten Sektors. Sie hatte zum Ziel, Einkommensdifferenzen zu verringern und dabei die Interessen der Beschäftigten des exponierten Sektors zu wahren.

Die Zentralisierung der Arbeitsmarktbeziehungen ist auf das Bemühen der Arbeitgeberseite zurückzuführen, Lohnzuwächse einzudämmen. Gleichzeitig bildet sie die Voraussetzung für die solidarische Lohnpolitik der Gewerkschaften. Mit der solidarischen Lohnpolitik und dem Rehn-Meidner-Modell brachten die Gewerkschaften ein eigenes "Projekt" in das Schwedische Modell ein und konnten dies als zentralen Bestandteil sozialdemokratischer Politik etablieren.

Die Arbeitgeber profitierten - insofern ihre Unternehmen expandierten - in diesem Arrangement von der solidarischen Lohnpolitik, der aktiven Arbeitsmarktpolitik und der Investitions- und Steuerpolitik. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit war lohnpolitisch durch die Kooperation mit den Gewerkschaften abgesichert.

4. Der Wandel des Schwedischen Modells

Nachdem im vorangegangenen Kapitel das Schwedische Modell der "Goldenen Jahre" mit seinen Konflikten und Konfliktlösungen skizziert wurde, wird in diesem Kapitel der Wandel des Schwedischen Modells in den 70er und 80er Jahren beschrieben. Die Krise des Fordismus hatte ökonomische und politische Konsequenzen. Es war nicht mehr möglich, die heterogenen Interessen, die dem Modell der 60er Jahre unterlagen, miteinander zu vereinbaren. Anhand der Entwicklung der Wirtschaft und ihrer Struktur, der Beschäftigung sowie der Staats- und Sozialausgaben werden zunächst die Veränderungen der ökonomischen Rahmenbedingungen beschrieben, unter denen das Schwedische Modell sich wandelte.⁵³ Anhand der Politik von der LO und der SAF wird die Erosion des fordistischen Klassenkompromisses dargestellt. Die ökonomischen und politischen Veränderungen wirkten auf das Tarifverhandlungssystem. Nach einem Überblick über die Entwicklung des schwedischen Parlaments, die Regierungsbildungen, Veränderungen des Wählerverhaltens und den Wandel der politischen Basis der SAP steht letztlich die Regierungspolitik im Mittelpunkt der Betrachtung.

4.1. Die wirtschaftliche Entwicklung Schwedens

4.1.1. Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und Einkommensentwicklung

Mit der Krise des Fordismus fielen die schwedischen Wirtschafts- und Produktivitätszuwächse deutlich (und im internationalen Vergleich überdurchschnittlich stark) ab, die Inflation war hingegen hoch (Tab.1). Auffällig sind die niedrigen Produktivitätszuwächse (BIP pro Beschäftigtem) des großen Dienstleistungssektors. Während sie im industriellen Sektor deutlich über denen der BR Deutschland lagen, fielen die Gesamt-Produktivitätszuwächse in Schweden aufgrund der Größe des öffentlichen Sektors niedriger aus (Tab 2). Dieser Vergleich ist allerdings problematisch, da die OECD-Statistik den Berechnungen der Produktivitätszuwächse die Gesamtanzahl der Beschäftigten zugrunde legt und der hohe Anteil der Teilzeitarbeit im öffentlichen Sektor den schwedischen Wert drückt. Insbesondere in den 70er Jahren hat sich die Expansion der Teilzeitarbeit negativ auf den schwedischen Wert niedergeschlagen.

Im Gegensatz zu den anderen europäischen OECD-Ländern stieg die Anzahl der Erwerbspersonen in Schweden an (Tab.2). 1970 waren 3,9 Mio. Personen erwerbstätig, bis 1980 erhöhte sich die Anzahl der Erwerbstätigen durch die Erwerbsbeteiligung von Frauen um 405.000 (Meidner/Hedborg 1984, S. 166). Der Strukturwandel der schwedischen Wirtschaft ist überdurchschnittlich stark von der Tertiari-

⁵³ Diese Größen sind (selbstverständlich) in Abhängigkeit von der historischen Perspektive sowohl als Bedingung als auch als Ergebnis der Politik zu betrachten.

Tab.1: Veränderungen von Wachstum, Produktivität und Inflation (von Jahr zu Jahr in %); Zinsen (% im Jahr) und der Außenhandelsverflechtung (in % des BIP); (1960-1990)

	Ø 1960-68	Ø 1968-73	Ø 1973-79	Ø 1979-90
BIP Schweden	4,4	3,7	1,8	1,9
OECD-Europa	4,7	4,9	2,5	2,3
B.R.Deutschl.	4,0	4,9	2,3	2,0
Produktivität Schweden**	3,9	2,9	0,5	1,2
OECD-Europa	4,4	4,2	2,3	1,4
B.R. Deutschl.	4,1	4,0	2,7	1,4
Konsumentenpreise Schweden	4,0	6,0	10,4	8,5
OECD-Europa*	3,2	5,8	9,9	6,8
B.R. Deutschl.	2,7	4,5	4,6	3,0
reale Zinsen bei kurzer Laufzeit Schweden (BRD)	0,4 (0,9)	0,3 (1,7)	- 3,0 (0,9)	3,4 (3,7)
reale Zinsen bei langer Laufzeit Schweden (BRD)	1,2 (2,9)	1,7 (2,1)	-1,1 (3,0)	3,7 (4,5)
Exporte Schweden	21,8	23,9	28,8	32,7
Importe Schweden	21,9	23,2	29,5	31,8

* ohne Island und die Türkei

** BIP pro Beschäftigten

Quelle: OECD (1992)

sierung geprägt, Beschäftigungszuwächse sind zu einem großen Teil auf eine "female based social service explosion" (Esping-Andersen 1990, S. 233) im staatlichen Sektor zurückzuführen. Zwischen 1970 und 1980 wurden im privaten Sektor 100.000 Arbeitsplätze abgebaut, im öffentlichen kamen 478.000 hinzu. Die Anzahl der dort beschäftigten Frauen erhöhte sich um 383.000 auf 922.000 (bei 1,2 Mio. Beschäftigten insgesamt) (Meidner/Hedborg 1984, S. 168).

Die Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit ging mit einer Ausweitung der Teilzeitarbeit einher. 1980 waren 1,1 Mio. Frauen unter 34 Stunden in der Woche beschäftigt, 312.000 mehr als zehn Jahre zuvor. In den 80er Jahren sank der Anteil der teilzeitbeschäftigten Frauen unter den weiblichen Beschäftigten von 46,2 % (1980) auf 37,7 % (1990) (Sundström 1993, S.141). Mit 23,2 % wies Schweden 1990 unter den OECD-Ländern die dritthöchste Teilzeitquote aus (Merkel 1993, S. 212). Während die Anzahl der Beschäftigten in den 80er Jahren erneut um 350.000 zunahm, blieb der Beschäftigungsanteil des öffentlichen Sektors relativ konstant bei 31,7 % (OECD 1994, S. 143). Im Gegensatz zu den 70er Jahren waren auch im privaten Sektor Beschäftigungszuwächse zu verzeichnen (Tab.3). Mitte der 80er Jahre waren neben den ca. 30 % Beschäftigten im öffentlichen Sektor 20 % der

Tab. 2: Beschäftigungsentwicklung und Wirtschaftsstruktur (1960-1990)

	Ø 1960-67	Ø 1968-73	Ø 1974-79	Ø 1980-90
Erwerbsquote (15-64 Jahre) Schweden	73,5	74,5	78,9	81,8
OECD-Europa	68,8	67,4	66,9	66,1
B.R. Deutschl.	70,4	69,3	68,4	68,2
Frauen-erwerbsquote (15-64 Jahre) Schweden	53,5	59,9	69,2	77,9
OECD-Europa	44,0	44,5	47,6	50,5
B.R. Deutschl.	48,9	48,6	51,3	53,9
Arbeitslosigkeit Schweden	1,6	2,2	1,9	2,4
OECD-Europa	1,7	2,1	3,5	7,2
B.R. Deutschl.	0,9	0,8	2,9	6,0
landwirtschaftlicher Sektor Schweden*	12,6 (6,1) [10,2]	8,0 (4,2) [4,8]	6,2 (4,0) [0,4]	4,6 (3,2) [7,0]
OECD-Europa*	22,6 (8,4) [5,3]	18,0 (6,3) [4,2]	15,3 (5,3) [4,3]	12,6 (4,0) [3,0]
B.R. Deutschl.*	11,9 (4,8) [8,4]	8,5 (3,4) [7,9]	8,2 (2,6) [5,4]	4,5 (1,9) [6,1]
industrieller Sektor Schweden*	41,3 (39,9) [4,3]	38,5 (36,1) [5,4]	34,8 (34,5) [1,5]	30,1 (30,3) [2,2]
OECD-Europa*	38,3 (42,2) [4,6]	38,7 (40,2) [4,7]	36,9 (38,2) [2,4]	32,7 (34,7) [2,3]
B.R. Deutschl.*	47,7 (52,7) [4,2]	48,0 (48,1) [4,0]	45,0 (44,3) [3,0]	41,2 (40,5) [1,3]
Dienstleistungssektor Schweden*	46,1 (53,9) [2,0]	53,4 (59,7) [0,7]	59,0 (61,5) [-0,3]	65,2 (66,5) [0,4]
OECD-Europa*	39,0 (49,3) [2,9]	43,3 (53,6) [3,0]	47,8 (56,5) [1,5]	54,7 (61,3) [0,6]
B.R. Deutschl.*	40,4 (42,5) [2,8]	43,5 (47,9) [2,9]	48,8 (52,6) [1,7]	54,3 (55,6) [1,1]
staatlicher Sektor Schweden*	14,6	21,2	27,3	31,7
OECD-Europa*	11,8	13,9	16,4	18,3
B.R. Deutschl.*	9,4	11,5	14,0	15,3

* Beschäftigungsanteil an der Gesamtbeschäftigung; (Beitrag zum BIP); [BIP pro Beschäftigtem, durchschnittliche Veränderung von Jahr zu Jahr]
Quelle: OECD (1992)

Beschäftigten im exponierten und 50 % im privaten geschützten Sektor tätig (Mesch 1992, S. 510). Damit steht die ökonomische Bedeutung des exponierten Sektors in einem Mißverhältnis zu seinem Beschäftigungsanteil (Rehn/Viklund 1990, S. 302).

Tab. 3: Beschäftigungszuwächse im öffentlichen und privaten Sektor

	Anteil d. öffentlichen Beschäftigung an der Gesamtbeschäftigung 1973	öffentliche Beschäftigung (1973 = 100)		private Beschäftigung (1973=100)	
		1980	1990	1980	1990
Schweden	26,4	138,7	153,3	98,8	107,0
EG	18,1	116,0	128,9	99,9	103,5
OECD	17,3	118,6	133,0	108,1	124,7

Quelle: OECD (1992a, S. 64)

Lag das Pro-Kopf-Einkommen in Schweden 1970 noch 30 % über dem der Europäischen Gemeinschaft, betrug die Differenz 1992 nur noch 20 % (Kommission 1992, S. 9). Der durchschnittliche reale Stundenverdienst lag nach der Besteuerung 1990 auf dem Niveau von 1980, während sich das durchschnittliche Einkommen der Haushalte aufgrund des Beschäftigungsanstiegs in diesem Zeitraum um 13 % erhöhte (Kjellberg 1992, S. 106). Obgleich die Einkommensdifferenzen in den 80er Jahren zunahm, nachdem sie sich in den 70er Jahren verringert hatten,⁵⁴ wies Schweden zu Beginn der 90er Jahre im internationalen Vergleich relativ "geringe" Einkommensdifferenzen auf. Unter den abhängig Beschäftigten stiegen die Löhne weiblicher Beschäftigter bis zum Anfang der 80er Jahre gemessen an denen männlicher von 70 % (1960) auf 92 % (1981). Zwischen den Tarifgebieten verringerten sich die Differenzen der Durchschnittslöhne von 29,6 % (1960) auf 12,7 % (1982), auch innerhalb der Tarifgebiete reduzierten sie sich (Meidner/Hedborg 1984, S. 69ff; vgl. Gustafsson/Tasiran 1994). Im internationalen Vergleich verfügt das Bevölkerungsfünftel mit den niedrigsten Einkommen über einen größeren, das Bevölkerungsfünftel mit den höchsten Einkommen über einen kleineren Anteil am Gesamteinkommen. Auch ist die umverteilende Wirkung von Steuern und Transferzahlungen ausgeprägter (Tab.6).⁵⁵

Im produzierenden Gewerbe lagen die Brutto-Löhne Schwedens hinter denen Dänemarks und der BRD, die Netto-Löhne hinter Dänemark, der BRD, Luxemburg und Großbritannien (Tab. 4). In hochqualifizierten Berufen fallen die Einkommen gegenüber Dänemark, Deutschland, Frankreich und Großbritannien deutlich geringer aus (Tab. 5).

⁵⁴ Zwischen 1972 und 1982 verringerte sich die Lohnstreuung im Verhandlungsbereich der LO um 31 %, bevor sie sich bis 1990 wieder um 20 % erhöhte (Mesch 1992, S. 505). Unter den Angestellten nahmen die Gehaltsunterschiede ebenfalls zu (Gustafsson/Tasiran 1994).

⁵⁵ Von der Progressivität der Einkommenssteuer sind Spitzenverdiener jedoch nicht betroffen: In der Bevölkerungsgruppe mit den höchsten Einkommen liegt der Einkommenssteuersatz unter dem mittleren Einkommen (Steinmo 1988, S. 407f).

Tab. 4: Lohndifferenzen im produzierenden Gewerbe zwischen Schweden und der EG 1989 (Schweden = 100)

	Brutto	Netto
Dänemark	121	103
Deutschland	105	108
Luxemburg	92	108
Niederlande	90	93
Großbritannien	87	101
Belgien	83	86
Italien	75	87
Irland	72	76
Frankreich	69	84
Spanien	59	77
Griechenland	38	49
Portugal	21	28

Quelle: Johansson (1994, S.207) (dieser bezieht sich auf Angaben der SAF)

Tab. 5: Einkommensdifferenzen zwischen hochqualifizierten Berufsgruppen in Schweden, Dänemark, Deutschland, Frankreich und Großbritannien 1987 (Schweden = 100)

	Brutto	Netto
Dänemark	130	117
Deutschland	129	164
Frankreich	112	167
Großbritannien	103	124

Quelle: Johansson (1994, S. 207) (dieser bezieht sich auf Angaben der SAF)

Tab.6: Einkommensdifferenzen und Redistribution im internationalen Vergleich

	Primäreinkommen		Primäreinkommen einschließlich Transfers		verfügbares Einkommen nach der Besteuerung	
	A*	B**	A*	B**	A*	B**
Schweden	6,5	33,2	13,7	27,1	16,4	24,2
Kanada	5,4	36,0	9,5	33,2	10,8	31,4
USA	4,2	38,8	7,5	35,9	9,0	32,0
GB	4,0	36,3	10,9	31,9	12,4	30,6
BRD	2,3	44,7	10,7	38,2	13,1	36,2
Norwegen	4,4	34,9	12,0	30,3	14,7	27,2
Israel	4,9	43,2	9,3	39,8	12,0	35,0

* Anteil des Bevölkerungsfünftels mit den niedrigsten Einkommen am Gesamtvolumen.

** Anteil des Bevölkerungsfünftels mit den höchsten Einkommen am Gesamtvolumen

Quelle: OECD (1990, S. 74)

4.1.2. Staatshaushalt und Sozialausgaben

Die Staatsausgaben entsprachen in den 60er Jahren den durchschnittlichen Aufwendungen in den europäischen OECD-Ländern. Erst gegen Ende des Jahrzehnts begannen sie wesentlich stärker anzusteigen. Zurückzuführen ist dies u.a. auf den Beschäftigungsanstieg im öffentlichen Sektor mit den daraus resultierenden, im

internationalen Vergleich überdurchschnittlich hohen Ausgaben für den staatlichen Verbrauch. Während dieser sich in den 80er Jahren in geringerem Ausmaß erhöhte, wuchs der Anteil an den Transferzahlungen weiter an. Darin unterscheidet sich Schweden jedoch nicht von den OECD-Ländern Europas. Schuldzinszahlungen und Subventionen schlugen sich in Schweden stark auf die laufenden Ausgaben nieder (Tab.7). Auf der Einnahmenseite fällt das hohe Steueraufkommen auf. Gleichzeitig sind im skandinavischen Vergleich die Sozialabgaben hoch. Die Aufwendungen für soziale Transfers lagen etwas über denen anderer Länder (Tab.8). Schweden zeichnete sich in der Sozialpolitik im internationalen Vergleich weniger durch eine herausragende Stellung in einzelnen Bereichen aus, sondern dadurch, daß es in den meisten Feldern zur Spitzengruppe gehörte und alle Ziele gleichermaßen ambitioniert verfolgte (Tab. 9).

Tab. 7: Staatsausgaben und Einnahmen in Schweden (OECD-Europa) [B.R. Deutschland] in % des BIP 1960-1993

	Ø 1960-67	Ø 1968-73	Ø1974-79	Ø1980-90	1993*****
staatlicher Verbrauch	17,5 (14,2) [14,9]	22,0 (15,3) [16,5]	26,2 (17,4) [19,8]	27,7 (18,5) [19,9]	28,0 [20]
Sozialversicherungstransfers*	8,8 (10,4) [12,4]	11,8 (12,1) [13,2]	15,9 (15,2) [16,7]	18,5 (17,3) [16,4]	20 [18]
laufende Ausgaben**	29,4 (28,6) [30,2]	38,1 (32,0) [34,1]	49,5 (39,0) [42,2]	59,1 (44,4) [43,7]	
Gesamtausgaben***	34,8 (33,3) [35,7]	44,3 (36,7) [39,8]	54,4 (43,4) [47,5]	62,7 (48,2) [47,7]	72 [49]
Einnahmen****	37,3 (32,4) [36,1]	47,6 (35,9) [39,5]	54,4 (39,6) [44,0]	60,2 (43,3) [44,9]	58 [46] darunter an Steuern: 51 [43]
Netto-Kreditvergabe des Staates	3,3 (-) [0,8]	4,4 (0,3) [0,2]	1,3 (-3,3) [-3,0]	-1,1 (-4,1) [-2,1]	

* Transfers für Sozialversicherungen (Krankenversicherung, Rente, Familienbeihilfe etc.), Sozialhilfe und Zahlungen an abhängig Beschäftigte aus nicht zweckgebundenen Mitteln

** Ausgaben für den staatlichen Verbrauch, Schuldzinszahlungen, Subventionen und Sozialversicherungstransfers

*** laufende Ausgaben plus Brutto-Kapitalbildung und Erwerb von Land und immateriellen Vermögenswerten

**** direkte und indirekte Steuern sowie Sozialversicherungsbeiträge von Arbeitgebern und -nehmern

Quelle: OECD (1992); außer *****: OECD (1995, S. 42)

Der schwedische Staatshaushalt wies 1977 seit den 50er Jahren erstmals wieder ein Defizit auf. Zwischen 1978 und 1986 verdoppelte sich die Brutto-Staatsverschuldung (von 34,5 % des BIP auf 67,1 %), bevor sie bis 1990 auf 44,4 % sank - um dann in den folgenden Jahren sprunghaft in die Höhe zu schnellen (OECD

1995a, A36).⁵⁶ Ebenfalls 1977 wurde Schweden gegenüber dem Ausland von einem Gläubiger- zu einem Schuldnerland (Mesch 1992, S. 474).

Tab. 8: Staatseinnahmen (Steueraufkommen in % des BIP, Aufschlüsselung als Anteil an allen Steuern einschließlich Sozialbeiträgen) und Staatsausgaben 1990 (in % des BIP)

	Schweden	A*	B*
Staatseinnahmen:			
Steueraufkommen	55,3	35,8	48,2
Einkommen und Gewinne	43,9	37,3	46,6
davon: persönliches Einkommen	38,8	27,0	41,0
Sozialabgaben	28,5	29,5	16,2
Vermögen	3,1	7,7	3,5
Waren- und Dienstleistungen	24,2	24,8	33,3
andere	0,3	0,7	0,4
Staatsausgaben			
insgesamt	59,9	38,6	54,5
staatlicher Verbrauch	26,0	17,0	23,6
Transferzahlungen	31,6	18,4	28,0
darunter: soziale Sicherheit	16,4	13,4	15,4
Zinszahlungen	5,7	3,4	5,3
Investitionen	2,4	2,5	2,9

* Ø von sieben Ländern (USA, Japan, BRD, Frankreich, Großbritannien, Italien, Kanada)

** Ø der skandinavischen Länder (Dänemark, Finnland, Norwegen, Schweden)

Quelle: OECD (1990, S. 61 u. S.63)

Tab. 9: Sozialausgaben im internationalen Vergleich

wohlfahrtsstaatliche Leistungen	Schweden	Ø für 8 OECD-Länder*	Schwedens Rang
erbrachte Leistungen	12,9	11,1	2
Erziehung	5,4	5,1	3
Gesundheit	6,8	5,0	2
Wohnungsbau u.a.	0,7	1,0	3
Einkommenstransfers	26,2	16,0	1
Rente	11,4	8,4	2
Krankheit	4,4	0,8	1
Familienbeihilfe	1,2	1,4	5
Arbeitslosengeld	0,5	1,2	9
andere	0,1	0,8	8
Verwaltungsausgaben	4,9	2,1	2
andere Transferleistungen	3,6	1,4	1

* Australien, Österreich, Dänemark, Finnland, Deutschland, Japan, Großbritannien, USA

Quelle: OECD (1994, S. 81)

4.1.3. Der private Unternehmenssektor und die Internationalisierung der schwedischen Wirtschaft

Die vertikale und horizontale Unternehmenskonzentration ist stark ausgeprägt, die Unternehmensstruktur ist durch eine hohe Anzahl größerer Unternehmen gekennzeichnet. Über 70 % der Beschäftigten arbeiten in Unternehmen mit mehr als 100,

⁵⁶ Die Netto-Verschuldung fällt erheblich geringer aus: Diese erreichte 1985 mit 15,6 % ihren Höchstwert (OECD 1995a, A37).

ca. 38 % in Unternehmen mit über 500 Beschäftigten.⁵⁷ Durch Zusammenschlüsse und Aufkäufe entstanden große Konzerne. 17 der 500 größten Konzerne der Welt sind schwedischen Ursprungs. Umgerechnet auf das BIP sind das im Vergleich zu Japan doppelt so viele Unternehmen, im Vergleich zu den USA viermal so viele (OECD 1992, a, S. 70ff; Olsen 1994, S. 200ff). Unter den 100 größten Konzernen in Europa sind mit ABB (ca. 190.000 Beschäftigte), Elektrolux (ca. 150.000 Beschäftigte), Volvo (ca. 80.000 Beschäftigte) und Ericsson LM (70.000 Beschäftigte) vier "schwedische" Konzerne vertreten (Marginson/Sisson 1994, S. 19ff).⁵⁸

Die Weltmarktintegration hat sich deutlich verstärkt.⁵⁹ Schweden ist unter den OECD-Ländern überdurchschnittlich stark auf den Außenhandel angewiesen (Tab.1). Die Exportindustrie hat einen hohen Bedarf an importierten Vorprodukten und Halbfabrikaten, die mit 43 % (1994) den größten Importanteil stellen. 16 % des Importvolumens entfielen auf Investitionsgüter (Gallwitz 1995). Anfang der 90er Jahre entfielen 55 % des Außenhandelsvolumens auf Länder der EG, 18 % auf Länder der EFTA.⁶⁰ Im Handel mit der EU entfielen 1993 16 % des schwedischen Exportvolumens auf Papier und Pappe, 16 % auf Maschinen, 13,2 % auf Fahrzeuge und Zubehör und 6 % auf Elektromotoren. Im Gegenzug wurden Maschinen (18,5 %), Elektromotoren (10,5 %), Fahrzeuge und Zubehör (9,5 %) sowie Kunststoffe (4,6 %) importiert (Kommission 1993, S. 11f). Schwedische Güter aus der industriellen Produktion wurden verstärkt auf dem Weltmarkt abgesetzt. 1965 wurden 25 % der Güter exportiert, 1975 waren es 38 %. In den folgenden sieben Jahren stieg der Anteil um die gleiche Rate. Der Exportanteil der schwedischen multinationalen Konzerne lag 1965 bei 52 %, 1978 betrug er bereits 70 % (Olsen 1994, S. 204f).

In den 60er Jahren kam es insbesondere wegen der EG-Integration zu einem Schub in der Internationalisierung schwedischer Unternehmensstrukturen. In der zweiten Hälfte der 80er Jahre waren in den 17 größten schwedischen Konzernen mit 323.000 Auslandsbeschäftigten gegenüber 268.000 Beschäftigten in Schweden mehr Personen außerhalb Schwedens als innerhalb des Landes beschäftigt (Olsen 1994, S. 194; Clement 1994, S. 382, Kjellberg 1992, S. 92). Die Auslands-

⁵⁷ Werden nur Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten berücksichtigt, weisen Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten in dieser Gruppe einen Beschäftigungsanteil von 55,6% auf. Zum Vergleich: Frankreich (50 %); BRD (60,1 %); Italien (37,7 %); Niederlande (35,6 %); Spanien (30,8 %) (OECD 1992a, S. 73).

⁵⁸ ABB ist allerdings ein Zusammenschluß eines schwedischen und eines schweizerischen Unternehmens (Asea und Brown-Boveri) mit der Unternehmenszentrale in der Schweiz (ebd.). Beachtenswert ist, daß diese vier Unternehmen alleine 490.000 Beschäftigte aufweisen - was im Vergleich zum schwedischen Arbeitsmarkt mehr als 10% der Gesamtbeschäftigung und mehr als einem Drittel der im industriellen Sektor Beschäftigten entspricht.

⁵⁹ Im Vergleich zu anderen kleineren europäischen Ökonomien, z.B. den Niederlanden oder Belgien, ist die Weltmarktintegration jedoch erheblich geringer und Schweden besaß einen größeren Manövrierraum: Die Außenhandelsverflechtungen sind niedriger, zum größten Teil haben die ansässigen multinationalen Konzerne ihren Stammsitz in Schweden. Ausländische Konzerne sind hingegen unterrepräsentiert. Letztlich war das Land in kein Währungssystem eingebunden (Therborn 1991, S. 232f).

⁶⁰ Diese Handelsverflechtung sprach für das schwedische EU-Beitrittsgesuch.

produktion erhöhte sich schneller als das Exportvolumen. Inzwischen werden 50 % der von schwedischen Unternehmen außerhalb Schwedens abgesetzten Produkte im Ausland produziert (Kjellberg 1992, S. 92). Die Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten fanden 1986 zu 50 % außerhalb Schwedens statt (Johansson 1994, S. 214). Im Schatten des EG-Binnenmarktes kam es Ende der 80er Jahre zu einer erneuten "Übernahme- und Internationalisierungswelle" (Kuntze 1995, S. 38). Der Anteil der Direktinvestitionen im Ausland stieg 1990 auf 46,6 % des gesamten Investitionsvolumens. Davon entfielen 1989 70 % auf EG-Länder (1986 waren es lediglich 30 %). 1990 überstiegen die direkten Auslandsinvestitionen schwedischer Unternehmen die Direktinvestitionen von ausländischen Unternehmen in Schweden um das fünffache.⁶¹

4.1.4. Die Finanzmärkte

Die schwedischen Finanzmärkte wuchsen an und wurden zunehmend in den Weltmarkt integriert. Seit 1970 verdoppelte sich das Finanzvermögen alle fünf Jahre, während der Preisanstieg lediglich halb so hoch ausfiel. 1970 überstiegen die finanziellen Vermögenswerte die gesamte Produktion um das 3,4fache, 1985 um das 4,6fache. Grenzüberschreitende finanzielle Transfers nahmen zwischen 1970 und 1987 in einer Höhe von 45 % des BIP zu (OECD 1987, S. 45).

Bis in die 80er Jahre gehörten die schwedischen Kreditmärkte innerhalb der OECD zu den am stärksten regulierten. Die Kreditvergabe war rationiert und wurde in einzelne Sektoren gelenkt, z.B. in den Wohnungsbau oder den öffentlichen Sektor. Devisenkontrollen ermöglichten ein niedriges Zinsniveau (Tab.1), das von der Reichsbank nach konjunktur- und beschäftigungspolitischen Erwägungen festgesetzt wurde und die Investitionstätigkeit der Unternehmen beeinflussen sollte (OECD 1987, S. 38). Die Reichsbank handelte nicht autonom, sondern ihre Entscheidungen waren den Weisungen des Finanzministeriums untergeordnet (Notermans 1992, S. 138f).

In den 70er Jahren begannen die Inflationsrate, die Zinsen und die Wechselkurse stärker zu schwanken als zuvor. Die Finanzmärkte wurden instabiler, die Finanzströme größer. Das Investitionsverhalten der Unternehmen veränderte sich: Das Interesse an Eigenkapital stieg, fremdfinanzierte Investitionen verloren ihre Attraktivität. Dies hatte mehrere Ursachen. Zum einen riefen die Unternehmen eigene Finanzabteilungen ins Leben, um ihre Kontrolle in der unsicheren Umgebung zu erhöhen und sich an Finanzgeschäften zu betätigen. Zweitens führten fremdfinanzierte Investitionen noch in der ersten Hälfte der 70er Jahre zu hohen Renditen, die jedoch in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts sanken und 1981 sogar unter dem

⁶¹ Nach 1990 sind letztere jedoch angestiegen: Belief sich das Investitionsvolumen z.B. deutscher Unternehmen zwischen 1982 und 1989 auf 911 Mio. Kronen, lag der Betrag zwischen 1990 und 1995 bei 11 Mrd. Kronen. "Der Grund für das gestiegene ausländische Interesse wird unter anderem darin gesehen, daß der Erwerb von Objekten relativ billig ist. Die schwedischen Unternehmen gelten auch als gut geführt, und die Arbeitskosten sind heute vielfach niedriger als in anderen europäischen Ländern." (Gallwitz 1995).

Zinsniveau lagen. Drittens stiegen die Ausgaben für Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen. Das erhöhte Risiko dieser Investitionen war mit einem Anstieg des Eigenkapitalanteils verbunden. Und letztlich erhöhten sich für die multinationalen schwedischen Konzerne die Soliditätsanforderungen gegenüber ausländischen Kreditgebern (OECD 1987, S. 41 u. S. 50; Pontusson 1992a, S. 322). Die Investitionstätigkeit der Unternehmen ging in der zweiten Hälfte der 70er Jahre zurück. Gewinne wurden zum Entschulden und Sparen verwendet (Mjøset 1987, S. 439). Das in der Bilanz von Unternehmen des produktiven Gewerbes ausgewiesene Finanzvermögen erhöhte sich von 22 % (1970) auf 36 % (1985) (OECD 1987, S. 53).

Mit dem Anwachsen der Finanzmärkte vergrößerte sich der Marktanteil von Kundenkreditbanken, die - im Gegensatz zu den Geschäftsbanken - keiner staatlichen Regulierung unterworfen waren. Zusammen mit den finanziellen Operationen der Unternehmen wurden damit große Teile des Geldmarktes der staatlichen Regulierung entzogen. Die Zinsen auf den "Grauen Märkten" lagen über den "offiziellen". Das veranlaßte auch die Geschäftsbanken, eigene Kundenkreditbanken zu eröffnen. Die "Zusatzgeschäfte" gewannen für die Geschäftsbanken an Attraktivität, nachdem sie im Zuge der Staatsverschuldung in wachsendem Umfang verpflichtet wurden, langfristige Staatsanleihen zu niedrigen Zinsen aufzunehmen. Der Devisenhandel weitete sich mit dem Volumen des Außenhandels, der Verschuldung gegenüber dem Ausland und der Internationalisierung der schwedischen Unternehmen aus (ebd.).

4.2. Die Erosion des fordistischen Klassenkompromisses

4.2.1. "Demokratisierung der Wirtschaft": Der Vorstoß der Landsorganisation (LO)

In Schweden legte die LO 1966 unter dem Motto "Arbeit für alle" ein Programm vor,⁶² in dem das Vollbeschäftigungsziel "ambitionierter und inklusiver" definiert wurde als zuvor (Hinrichs 1988, S. 576). "Ungenutzte Arbeitskraftpotentiale" (Meidner/Hedborg 1984, S.48), insbesondere verheiratete Frauen, aber auch Personengruppen, die zuvor vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen waren oder ausgeschlossen zu werden drohten, sollten in diesen integriert werden. Weitere Programmpunkte waren, Unterbeschäftigung abzubauen und die Arbeitszufriedenheit zu erhöhen. Dieses Programm fiel mit dem Beginn des Beschäftigungsrückgangs im industriellen Sektor zusammen (zwischen 1968 und 1973: Ø -1,5 % pro Jahr; OECD 1992). Gleichzeitig äußerte die Gewerkschaftsbasis zwischen 1969 und 1971 ihre Unzufriedenheit mit der Politik der Gewerkschaftsführung in wilden

⁶² LO (1966): Fackföreningsrörelsen och den tekniska utvecklingen; Stockholm; in englischer Sprache: Anderman, S.D. (1967): Trade Unions and technological change; London; wurde für die Arbeit nicht herangezogen

wilden Streiks. Der Protest speiste sich aus verschiedenen Quellen. Zum einen wurde er von Beschäftigtengruppen getragen, die im Zuge der solidarischen Lohnpolitik relative Einkommensverluste hinzunehmen hatten. Zusammen mit der "ungerechten" Einkommensentwicklung wurden die Statusunterschiede von Arbeitern und Angestellten⁶³, bzw. die Arbeitsbedingungen kritisiert. Diese verschlechterten sich durch einen beschleunigten Strukturwandel und die tayloristische Rationalisierung. Gefördert wurde der Protest durch den "antiautoritären Geist der 60er Jahre", der sich nicht nur gegen das Management, sondern auch gegen die zentralisierten Gewerkschaftsstrukturen richtete (vgl. Pontusson 1992, S. 165f; Swenson 1989, S. 148).

Die Gewerkschaftsführung reagierte auf dem LO-Kongreß 1971 auf den Unmut an der Basis mit einem Positionswandel in Fragen der betrieblichen Mitbestimmung. In den 60er Jahren hatten sich die Forderungen der LO-Gewerkschaften auf der betrieblichen Ebene auf Informationsrechte beschränkt. Betriebliche Mitbestimmungsrechte galten mit einer betriebsübergreifenden gewerkschaftlichen Interessenvertretung als unvereinbar. Der Widerspruch zwischen einer betrieblichen und überbetrieblichen Interessenvertretung sollte nun durch eine gewerkschaftliche Vertretung im Aufsichtsrat und kollektive Verhandlungen zwischen der lokalen Gewerkschaftsvertretung und der Arbeitgeberseite überwunden werden. Über Fragen der Personalpolitik hinaus wurde beabsichtigt, die Arbeitsorganisation sowie Investitionsentscheidungen in die Verhandlungen miteinzubeziehen. Angestrebt wurde auch die "Demokratie am Arbeitsplatz" (Pontusson 1992, S. 164f).

Mit diesen Forderungen kündigten die Gewerkschaften das Abkommen von Saltsjöbaden auf und versuchten, in die Entscheidungsbefugnisse des Managements einzugreifen. Das stieß auf den Widerstand der SAF.⁶⁴ Als die Arbeitgeberseite Verhandlungen ablehnte, trieben die Gewerkschaften ihre Forderungen mittels der Legislative voran. Die politischen Voraussetzungen waren günstig. Im Gegensatz zu lohnpolitischen Fragestellungen fiel in der Auseinandersetzung um die betriebliche Mitbestimmung eine Koordination mit den im Dachverband TCO (Tjänstemännens Centralorganisation) zusammengeschlossenen Angestelltengewerkschaften leichter. Die Angestellten bildeten zu einem großen Teil die Wählerbasis der Liberalen Partei, um die auch das Zentrum konkurrierte. Im Parlament sprachen sich beide Parteien für eine betriebliche Mitbestimmung aus und bildeten gemeinsam mit der sozialdemokratischen Minderheitsregierung in dieser Frage eine parlamentarische Mehrheit (Pontusson 1992, S. 166). Ein Rahmengesetz zur betrieblichen Mitbestimmung wurde erlassen.⁶⁵ Den Gewerk-

⁶³ Die in der TCO (Tjänstemännens Centralorganisation) zusammengeschlossenen Angestelltengewerkschaften waren nicht in die solidarische Lohnpolitik der LO einbezogen (s.u.).

⁶⁴ In der SAF-Satzung war festgelegt, daß nur Unternehmen, in denen die Entscheidungsvorrechte des Managements gewahrt wurden, die Mitgliedschaft in den Einzelverbänden der SAF gewährt wurde (Pontusson 1992, S. 161).

⁶⁵ Das Gesetz war durch Verhandlungen zwischen den Tarifparteien auf vertraglicher Ebene auszufüllen. Die SAF widersetzte sich den Verhandlungen, und erst 1982 kam es zu einem Abkommen zwischen der

schaften wurden zwei Vertreter im Vorstand von Unternehmen mit mehr als 25 Beschäftigten zugestanden. Weitere Gesetze bezogen sich auf die Beschäftigungssicherheit bzw. den Kündigungsschutz, ermöglichten gewerkschaftliche Aktivitäten während der Arbeitszeit und gaben den Gewerkschaften Einfluß auf den Arbeits- und Gesundheitsschutz.⁶⁶ Desweiteren wurden die Unternehmer verpflichtet, Arbeitsplatzangebote dem Arbeitsamt zu melden. Ein Bildungsurlaub wurde eingeführt (Rehn/Viklund 1990, S. 306f).

Die Gesetzgebung hatte positive Auswirkungen für die Gewerkschaften, die sich "als gigantisches Imperium" und als "Organisationspyramide" mit wenig Platz für eine Arbeiterbasisdemokratie (Buci-Glucksmann/ Therborn 1982, S. 171) von ihrer Basis entfernt hatten. Die erweiterten lokalen Einflußmöglichkeiten stärkten ihre Position "vor Ort". Auch durch neue Managementkonzepte bekamen die abhängig Beschäftigten und die Gewerkschaften die Möglichkeit, Einfluß auf die Planung von Produktions- und Arbeitsabläufen sowie Qualifizierungsmaßnahmen zu nehmen.⁶⁷ Der Einfluß gewerkschaftlicher "Mitbestimmung" auf strategische Unternehmens- und Investitionsentscheidungen war jedoch nach wie vor gering. Die Informations- und Mitbestimmungsrechte⁶⁸ galten lediglich gegenüber dem unmittelbaren Arbeitgeber, auf der Konzernebene war die Vertretung gesetzlich nicht gesichert. Zudem waren die Informationsrechte nicht abgesichert: Gewerkschaftsvertreter besaßen kein Veto-Recht gegen Entscheidungen des Managements, von denen sie nicht rechtzeitig in Kenntnis gesetzt wurden (Pontusson 1992, S. 168f).⁶⁹

Ein zweiter Demokratisierungsvorstoß bezog sich auf die Industriepolitik und den staatlichen Unternehmenssektor. Auf dem SAP-Kongreß 1968 setzte sich im Anschluß an das LO-Beschäftigungsprogramm von 1966 die Auffassung durch, daß beide unter regional- und strukturpolitischen Gesichtspunkten ausgedehnt werden müßten, um die makroökonomische Effizienz der Wirtschaft zu verbessern und mit sozialen Bedürfnissen zu verbinden. Die selektive Industriepolitik wurde als erweiterte Form der aktiven Arbeitsmarktpolitik verstanden, mit der einer

der LO und dem Verhandlungskartell im Angestelltenbereich (Pontusson 1992, S. 168f).

⁶⁶ Demnach können gewählte Arbeits- und Umweltschutzbeauftragte Produktionsanlagen ggf. bis zu einer Verträglichkeitsprüfung stilllegen (Rehn/Viklund 1990, S. 307).

⁶⁷ Lehbruch (1984) sieht in der erfolgreichen Kombination zentraler und dezentraler Verhandlungsoptionen der Gewerkschaften eine Ursache ihres hohen Organisationsgrades. Zur "Mitbestimmung" bei Volvo siehe Pontusson (1992, S. 174ff).

1985 richtete die Regierung sogenannte "Erneuerungsfonds" ein, deren Mittel von den Unternehmen zur Deckung von Forschungs- und Entwicklungsausgaben oder Qualifizierungskosten verwendet werden konnten. Hierbei besaßen die Gewerkschaften ein Veto-Recht (Pontusson 1992, S. 180ff).

⁶⁸ In vielen Fällen war das Management lediglich verpflichtet, die Gewerkschaftsvertreter vor Entscheidungen in Beratungsgesprächen anzuhören: "According to some cynical Swedes, this legislation meant employers now had to hunk the horn before they ran over workers." (Olsen 1994, S. 195)

⁶⁹ Für Panitch (1981, S. 37) ist die betriebliche Mitbestimmung eine neue Form der Integration und Kollaboration, nachdem die Einbindung in zentralistische Strukturen versagte: "These reforms were progressive, but they further enmeshed the trade unions in the legal apparatus of the state and institutionalized and juridified conflict on the shop floor." Vgl. auch Fulcher (1987, S. 247). Aber auch hier läßt sich mit Higgins/Apple (1983) festhalten, daß zunächst neue Spielräume eröffnet werden, deren Ausnutzung von der politischen Macht der Gewerkschaften abhängt.

Entvölkerung ländlicher Gebiete entgegenzuwirken war.⁷⁰ Staatliche Unternehmen sollten nach Auffassung der Gewerkschaften in der betrieblichen Demokratie eine Vorbildfunktion übernehmen (Pontusson 1992, S. 129ff).

In den 70er Jahren verlor die selektive Industriepolitik jedoch ihren offensiven Charakter. Unter der bürgerlichen Koalitionsregierung entfielen zwischen 1976 und 1980 mehr als 40 % der Ausgaben auf Subventionen für den Erhalt von konkursbedrohten Betrieben (1971 bis 1976: ca. 11 %).⁷¹ Diese defensive Industriepolitik kann als partielle Fortsetzung des Klassenkompromisses gelten, als eine Koalition von Arbeit und Kapital in Krisensektoren. Aber: "In contrast to the compromise implicit in labor's postwar strategy there was no trade-off between the growth of advanced sectors and the phase-out of declining ones." (Pontusson 1992, S. 141).

Mit dem Meidner-Plan, vorgestellt auf dem LO-Kongreß 1976, erreichte die "Offensive von Links"⁷² ihren Höhepunkt. Ohne vorherige Absprache mit der SAP forderte die LO mit den sogenannten "Arbeitnehmerfonds" den kollektiven Besitz an Produktionsmitteln. Vorgesehen war, 20 % der Gewinne von Unternehmen mit mehr als 50 Beschäftigten in der Form von Unternehmensanteilen zusammen mit einer Lohnsummensteuer in von Gewerkschaften verwaltete Fonds zu überführen. Mit der Rendite sollten zusätzliche Unternehmensanteile gekauft, aber auch gewerkschaftliche Bildungsarbeit finanziert werden. Nach einer Modellrechnung Meidners wären auf dem vorgeschlagenen Weg innerhalb von 45 Jahren 49 % der Unternehmensaktien "kollektiv" von den Gewerkschaften verwaltet worden. Den Arbeitnehmerfonds lagen verschiedene Motive zugrunde. Sie sollten die Akzeptanz für Einkommensverluste (entstanden entweder durch die solidarische Lohnpolitik oder durch eine stabilitätsorientierte Lohnpolitik) fördern. Gleichzeitig wurde ein Einfluß auf Investitionsentscheidungen angestrebt, um der erschlaffenden Investitionstätigkeit entgegenzuwirken.⁷³ Drittens war der Meidner-Plan gegen die Konzentration von privatem Vermögen und Produktionsmitteln gerichtet, die zuvor durch die Wirtschaftspolitik des Schwedischen Modells in den 50er und 60er Jahren gefördert wurde (Pontusson 1992, S. 186f; Olsen 1994, S. 198; Esping-Andersen 1985, S. 297ff; Swenson 1989, S. 142ff).⁷⁴

Auch dieser Vorstoß war wenig erfolgreich. In diversen Verhandlungsrunden zwischen der LO und der SAP veränderte sich der Charakter der Fonds. Die Investitionsförderung trat in den Vordergrund, nicht mehr mit der "Demokratisierung der

⁷⁰ Bis dahin stand die Mobilitätsförderung der Arbeitskräfte aus diesen Regionen heraus im Vordergrund.

⁷¹ Insgesamt verstaatlichte die bürgerliche Regierung mehr Unternehmen als die SAP in den vorangegangenen 44 Jahren (Pontusson 1992, S. 140).

⁷² Pontusson (1992) und Swenson (1989) betrachten die Forderung nach den Fonds nicht als Offensive der Gewerkschaften im Sinne Korpis, sondern als eine aus der Not ökonomischer und organisationspolitischer Notwendigkeiten geborene Flucht nach vorn. Für Ross (1981, S. 148) sind die Fonds hingegen Ausdruck einer "Keynes-Plus"-Strategie der progressiven Gewerkschaftsbewegung.

⁷³ Das Bruttoanlagekapital erhöhte sich zwischen 1960 und 1968 um durchschnittlich 5,4 % im Jahr, zwischen 1968 und 1973 waren es 2,7 %, zwischen 1973 und 1979 nur noch 0,6 % (OECD 1992).

⁷⁴ Zur Vermögenskonzentration siehe Olsen (1994).

Wirtschaft", sondern mit der Bereitstellung von Kapital wurden sie legitimiert (Pontusson 1992, S. 190ff). Letztlich wurden sie 1983 in einer stark verwässerten Form errichtet. Lediglich "exzessiv" hohe Gewinne von Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten wurden besteuert, desweiteren wurde den Unternehmen eine Lohnsummensteuer von 0,2 % auferlegt. Die Aufbauphase der Fonds wurde auf eine kurze Zeitspanne (bis 1990) begrenzt (Pontusson 1992, S. 130)

Auch hier scheiterte der Versuch, Einfluß auf Investitionsentscheidungen der Unternehmen zu bekommen. Es wurden fünf Regionalfonds eingerichtet, die jeweils bis zu 8 % der Unternehmensaktien besitzen durften. Damit war eine konzentrierte Einflußnahme erschwert, selbst mit einer Koordination konnten Abstimmungen nicht allein mit den Fondanteilen dominiert werden. Darüberhinaus waren die Fonds institutionell von der Industriepolitik und der betrieblichen Mitbestimmung getrennt (Pontusson 1992, S. 187). 1990 wiesen sie ein Volumen auf, das lediglich der Hälfte der flüssigen Vermögenswerte Volvos oder 3,5 % der schwedischen Aktienwerte entsprach (Pontusson 1995, S. 31).

4.2.2. Die Gegenoffensive der Svenska Arbetsgivareföreningen (SAF)

Nach dem Linksruck der Gewerkschaften wandelte sich in der zweiten Hälfte der 70er Jahre auch die Politik des Arbeitgeberlagers. 1976 vollzog sich in der SAF ein Führungswechsel. Repräsentanten des Exportsektors dominierten nun den Verband, unter Curt Nicolin (Wallenberg-Imperium; ASEA) fand ein moderater Kurs, der sich in der Verhandlungsbereitschaft gegenüber der SAP und den Gewerkschaften ausdrückte, ein Ende. Der Verband attackierte nun das Schwedische Modell, betrachtete sich selbst als "Motor des Systemwandels" (Clement 1994, S. 380) und reorganisierte seine Strukturen für die Auseinandersetzung mit der Arbeiterbewegung. Angriffsziele waren der öffentliche Sektor, die Steuerbelastung, die solidarische Lohnpolitik und Regelungen zur Beschäftigungssicherung. Später trat der Verband vehement für einen Beitritt zur EG ein. Die Kritik an den Arbeitnehmerfonds wurde zum zentralen Vehikel für eine Repolitisierung der SAF, die sich zu einer "Partei außerhalb des Parlaments" entwickelte und wesentlich zu der Entwicklung eines "gegenhegemonialen Projekts" und zum "Regimewandel" beitrug (Clement 1994, S. 375). 1977 veranstaltete die SAF einen Kongreß (den ersten in ihrer Geschichte), um auf den Aufbau einer Protesbewegung hinzuwirken. Mit Veranstaltungen, Werbe- und Medienkampagnen, der Ausbildung von 20 000 Geschäftsleuten zur "Aufklärung" in den Betrieben und von Taxifahrern, Friseuren und anderen Multiplikatoren der "öffentlichen Meinungsbildung", mobilisierte die SAF gegen die Fonds. Im Wahljahr 1982 gab sie für Werbekampagnen mehr Geld aus, als die fünf großen Parteien zusammen (Olsen 1994, S. 212f, Ahrne/Clement 1994, S. 238). 1983 fand die Kampagne mit einer Demonstration von ca. 75.000 Personen ihren Höhepunkt: "Der Tag dieser konservativen Erhebung symbolisierte auch für Sozialdemokraten und Gewerkschaften den Verlust der "ideologischen Hegemonie der Linken." (Scharpf 1987, S. 146).

1980 setzte die SAF in Arbeitskämpfen auf eine harte Linie und griff auf Massenaussperrungen zurück. Bei diesem Vorgehen handelte es sich um einen Testballon. Die SAF prüfte, ob sich die politische Situation und die Handlungsbedingungen des Verbandes unter einer bürgerlichen Regierung verändert hätten. Der Ballon platzte: Die Regierung war an einer Stabilisierung der politischen und ökonomischen Situation interessiert und bezog unter dem Druck der öffentlichen Meinung gegen die SAF Stellung. Hierauf änderte der Verband seine Strategien und zog sich schrittweise aus den Institutionen des Schwedischen Modells zurück (Olsen 1994, S. 212f).

4.3. Die Entwicklung des Tarifverhandlungssystems "zentralisierter Selbstregulierung"

Im Spannungsfeld zwischen dem Wandel der Wirtschaft und politischen Konflikten kam es zum Wandel des Tarifverhandlungssystems. Bereits in den 70er Jahren setzte ein Prozeß ein, in dem die Tarifparteien (und die Regierung) schrittweise die Kontrolle über die Lohnentwicklung, wie sie nach dem Rehn-Meidner-Modell vorgesehen war, verloren. Weder die solidarische Lohnpolitik, noch die Tarifführerschaft des exponierten Sektors konnten beibehalten werden. Darüberhinaus waren die Gewerkschaften nicht in der Lage, die stabilitätspolitischen Bemühungen der Regierung zu unterstützen. Selbst wenn die stabilitätspolitischen Aufgaben nach dem Rehn-Meidner-Modell primär beim Staat lagen, galt die Preisstabilität als wichtiges Ziel. Die Gewerkschaften hatten sich bemüht, mit ihrer Lohnpolitik dazu beizutragen.

Während die Lohnentwicklung im exponierten Sektor zwischen 1965 und 1986 dem EFO-Modell folgte und gegenüber der Arbeitslosenquote eine hohe Elastizität aufwies, folgte sie im geschützten Sektor der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. Schlug sich die gesunkene Inflationsrate in der ersten Hälfte der 80er Jahre im exponierten Sektor auf die Lohnsteigerungen nieder, war dies im geschützten Sektor nicht der Fall. Ende der 80er Jahre stiegen die Löhne im Wettbewerbssektor aufgrund der angespannten Situation auf dem Arbeitsmarkt stark an, im geschützten Sektor aufgrund eines Nachfrageüberhangs (Mesch 1992, S. 484f; OECD 1989, S. 93ff).

Für den Kontrollverlust in der Lohnpolitik sind verschiedene Faktoren verantwortlich. Durch den Wandel der Beschäftigungsstruktur verloren die LO - bzw. die Beschäftigten im privaten Sektor - unter den gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten an Gewicht, wodurch die Position der LO als Trägerin der solidarischen Lohnpolitik und die Tarifführerschaft des Wettbewerbssektors in Frage gestellt wurden (Tab. 12).⁷⁵ In den 80er Jahren leitete der Arbeitgeberverband SAF die Dezentralisierung der

⁷⁵ Für Mahon (1994a, S. 352) liegt ein Schwachpunkt des Schwedischen Modells darin, daß die Mobilisierung

Tab. 10: Inflation, nominale und reale Lohnentwicklung (prozentualer Wandel von Jahr zu Jahr)

	Konsumentenpreise*	Löhne und Gehälter der Beschäftigten im Unternehmenssektor*	nominale Stundenlöhne im verarbeitenden Gewerbe**	reale Stundenlöhne im verarbeitenden Gewerbe**
1977	11,4	-	6,7	- 4,3
1978	10,0	11,4	8,7	- 1,1
1979	7,2	8,3	7,8	0,5
1980	13,7	14,7	8,8	- 4,3
1981	12,1	10,5	10,8	- 1,4
1982	8,6	5,5	8,7	0,1
1983	8,9	8,0	7,1	- 1,7
1984	8,0	9,8	9,5	1,4
1985	7,4	8,4	7,5	0,2
1986	4,2	8,3	7,4	3,0
1987	4,2	7,4	6,5	2,2
1988	5,8	8,1	8,0	2,1
1989	6,4	12,2	9,9	3,3
1990	10,5	9,8	9,4	- 1,0
1991	9,3	6,3		
1992	2,3	3,6		
1993	4,6	7,4		
1994***		4,3		
1995***		3,7		
1996***		3,5		

* Quelle: OECD (1994a)

** Quelle: OECD (1992)

*** Schätzwert

Tarifverhandlungen in die Wege. Zum Dritten kam es, begünstigt durch hohe Unternehmensgewinne in den 80er Jahren, zu einer hohen Lohndrift, in der sich der Arbeitskräftemangel sowie neue Managementstrategien niederschlugen (Tab.11). Verstärkt wurden die Tendenzen durch niedrige Reallohnanstiege bzw. -verluste, die Verteilungskonflikte provozierten (Tab.10).⁷⁶ Diese wiesen im wesentlichen zwei Konfliktlinien auf: Die erste verlief entlang der schwedischen Gewerkschaftsstruktur zwischen Arbeitern und Angestellten bzw. zwischen den Gewerkschaften der LO und der TCO. Die zweite verlief zwischen dem privaten (insbesondere dem exponierten) Sektor und dem geschützten (insbesondere dem öffentlichen) Sektor: In Anbetracht der Reallohnentwicklung beäugten die Beschäftigten des privaten Sektors die Lohnentwicklung im öffentlichen Sektor in den 80er Jahren kritisch und führten gegen diese ins Feld, daß sie diese entweder durch relative Einkommensverluste finanzieren müßten oder die Wettbewerbs-

für die sozialdemokratische Politik primär in der Verteilungssphäre über den Wohlfahrtsstaat erfolgt, während in der Lohnpolitik Arbeiter und Angestellte getrennt organisiert sind. Umgekehrt läßt sich jedoch auch behaupten, daß die solidarische Lohnpolitik der LO durch diese Trennung ermöglicht wurde (Beyme 1992, S.149).

⁷⁶ Nach Glyn (1995, S.18) und der OECD (1995, S.57) hat die hohe Inflation in Schweden die Hinnahme von Reallohnverlusten begünstigt, in dem diese durch Nominallohnsteigerungen verschleiert wurden. Glyn (ebd.) wirft die Frage auf, ob das Schwedische Modell zur Verteidigung der Vollbeschäftigung, für die er Reallohnverluste als erforderlich ansieht, einer relativ hohen Inflationsrate bedarf. Die OECD (ebd.) geht davon aus, daß die niedrige Inflationsrate Mitte der 90er Jahre die Durchsetzung von als erforderlich angenommenen Reallohnverlusten erschweren.

fähigkeit des exponierten Sektors aufgrund von Lohnkostenerhöhungen geschwächt wird.

Tab. 11: Tarifliche Lohnsteigerungen und Lohndrift für Arbeiter und Angestellte im verarbeitenden Gewerbe

	tarifliche Lohnsteigerung für Arbeiter	Lohndrift für Arbeiter	gesamte Lohnsteigerung für Arbeiter	tarifliche Gehaltserhöhung für Angestellte	"Gehaltsdrift" für Angestellte	gesamte Gehaltserhöhung für Angestellte
1975	10,5	7,5	18,0	14,3	2,2	16,5
1976	7,9	5,4	13,3	11,2	2,5	13,7
1977	3,7	3,5	7,2	7,1	1,8	8,9
1978	4,8	3,2	8,0	5,6	2,2	7,8
1979	4,4	3,8	8,2	5,9	1,9	7,8
1980	6,1	3,2	9,3	6,3	2,4	8,7
1981	5,9	4,2	10,1	4,5	2,9	7,4
1982	4,1	3,5	7,6	3,5	2,9	6,4
1983	3,8	2,9	6,7	3,3	3,5	6,8
1984	6,2	4,1	10,3	3,7	5,8	9,5
1985	3,8	3,7	7,5	2,6	3,9	6,5
1986	3,9	3,5	7,4	4,3	3,3	7,6
1987	-	-	6,4	2,0	4,1	6,1
1988	3,4	5,0	8,4	2,3	4,8	7,1
1989	4,5	5,6	10,1	4,1	6,3	10,4
1990	2,8	6,7	9,5	3,0	6,4	9,4
1991	2,3	3,1	5,4	-	-	-

Quelle: Kjellberg (1992, S. 106)

Zwischen 1955 und 1965 hatten die LO und die SAF die Tarifführerschaft und richteten die Verhandlungen an der Wettbewerbsfähigkeit des internationalen Sektors aus. Von da an verloren diese Verhandlungen ihre dominante Stellung. 1966 bekamen die Bediensteten des öffentlichen Sektors das Streikrecht, und ab 1969 begannen die Angestelltengewerkschaften, sich zu koordinieren. 1973 schlossen sich der Dachverband der Angestelltengewerkschaften TCO und der Dachverband der "Akademikergewerkschaften" SACO im privaten Sektor zu dem Kartell PTK zusammen. Mit den Tarifverhandlungen im öffentlichen Sektor, die getrennt für die zentralstaatliche, die regierungsbezirkliche und die kommunale Ebene geführt wurden, entstanden in den 70er Jahren fünf Verhandlungssegmente (Mesch 1992, S. 488; Kjellberg 1992, S. 102)⁷⁷, die die Bedeutung der LO-Verhandlungen im privaten Sektor unterminierten.

⁷⁷ Akteure auf dem schwedischen Arbeitsmarkt sind:

- die LO (Landsorganisation), gegründet 1898, mit 19 Arbeitergewerkschaften und 1,8 Mio. Mitgliedern. Der Organisationsgrad liegt bei ca. 90 %. Die größte Gewerkschaft ist die der Stadtarbeiter (Kommunal) mit 640.000 Mitgliedern, gefolgt von Metall mit 462.000 Mitgliedern;
- die TCO (Tjänstemännens Centralorganisation), gegründet 1944, mit 20 Angestelltengewerkschaften und 1,1 Mio. Mitgliedern. Der Organisationsgrad liegt bei 75 %. Die größte Gewerkschaft ist SIF (kaufmännische Angestellte und Techniker) mit 300.000 Mitgliedern, gefolgt von den Stadtangestellten mit 185.000 Mitgliedern;
- die SACO (Sveriges Akademikers Centralorganisation), gegründet 1947, mit 25 Gewerkschaften und 333.000 Mitgliedern;

Tab. 12: Mitgliedschaft in wichtigen Gewerkschaftsdachverbänden und Verhandlungskartellen

	privater Sektor	privater Sektor	staatl. Sektor	staatl. Sektor	komm. Sektor	komm. Sektor
	LO	PTK	SF*	TCO	Kommunal *	KTK*
1970	1,15 Mio.	-	145 000	176 000	231 000	-
1975	1,23 Mio.	423 000	149 000	237 000	340 000	183 000
1980	1,15 Mio.	495 000	157 000	265 000	514 000	237 000
1985	1,18 Mio.	516 000	160 000	266 000	633 000	298 000
1990	1,16 Mio.	555 000	150 000	251 000	637 000	325 000

* LO-Vertretung

** TCO-Vertretung

Quelle: nach Kjellberg (1992, S. 103)

Während die LO-Gewerkschaften traditionell eng mit der SAP verbunden sind und sich als politische Gewerkschaften mit einer gesamtwirtschaftlichen Verantwortung sehen, konzentrieren sich die TCO- und SACO-Gewerkschaften auf die unmittelbaren Interessen ihrer Mitglieder ("ideologiefreie Kollektive"; Meidner 1994a): Sie bemühten sich um deren Stuserhalt gegenüber anderen Beschäftigtengruppen und den Erhalt feiner Gehaltshierarchien und haben nicht die solidarische Lohnpolitik der LO verfolgt (Mahon 1994a, S. 354; Hinrichs 1988, S. 384). Zwischen der LO und der TCO gab es in den 70er Jahren Ansätze zur Koordination. Der Versuch der LO, die solidarische Lohnpolitik auf die TCO-Segmente auszudehnen, scheiterte allerdings. Im öffentlichen Sektor bilden die TCO und die SACO gemeinsame Verhandlungskartelle (Kjellberg 1992, S. 102f).

Aufgrund des Kontrollverlusts über die Lohnentwicklung verlor das Management der Exportunternehmen das Interesse an zentralen Lohnverhandlungen im privaten Sektor. Diese erwiesen sich aus ihrer Sicht als nachteilig, da mit der Tertiarisierung Vertreter des geschützten Sektors zu Beginn der 70er Jahre ihre Machtposition ausbauen konnten und die Ergebnisse der Verhandlungen auf die Kritik des Arbeitgeberverbandes VF stießen, in dem Unternehmen wie Volvo, Saab, Elektrolux etc. dominierten. 1976 schlug die neue Führung der SAF gegenüber den Gewerkschaften einen Konfrontationskurs ein (s.o.). 1982 setzte die VF eine Statusänderung der SAF durch, die Branchenverhandlungen ermöglichte. Die Gewerkschaft Metall ließ sich 1983 erstmals auf eigenständige Branchenverhandlungen mit der VF ein, da die Gewerkschaft vorteilhaftere Verhandlungsergebnisse erwartete und Mitglieder an die Angestelltengewerkschaft SIF verloren hatte: Aufgrund der solidarischen Lohnpolitik hatten die Mitglieder der Metall sich

- die SAF (Svenska Arbetsgivareföreningen), gegründet 1902, mit 35 Mitgliedsverbänden, in denen 45.000 Unternehmen mit 1,3 Mio. Beschäftigten organisiert sind;
- die SAV (Statens Arbetsgivaverk) als Vertretung des Staates als Arbeitgeber gegenüber 400.000 Beschäftigten, seit 1985 dem Finanzministerium angegliedert;
- der Landstingsförbundet als Verhandlungsführer der Regierungsbezirke gegenüber 440.000 Beschäftigten;
- der Svenska Kommunförbundet als Verhandlungsführer der Kommunen gegenüber 690.000 Beschäftigten (Ahme/Clement 1994, S. 227f).

mit moderaten Lohnzuwächsen zufrieden gegeben und gegenüber den Angestellten relativ an Einkommen verloren. Gleichzeitig entstanden durch neue Tätigkeitsbilder, die auf den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien und neue Formen der Arbeitsorganisation zurückzuführen waren, Grauzonen zwischen den Klassifizierungen "Arbeiter" und "Angestellter", die einigen Mitgliedsgruppen der Metall einen Wechsel zur Angestelltengewerkschaft SIF ermöglichten.⁷⁸ U.a. die Mitgliederverluste führten dazu, daß die Gewerkschaft die solidarische Lohnpolitik der LO zugunsten einer Verringerung der Einkommensdifferenzen gegenüber den Angestellten zurückstellte (Mesch 1992, S. 492; Kjellberg 1992, S. 107; Mahon 1994a, S. 356). Innerhalb der SAF und der LO war die Dezentralisierung umstritten. In den 80er Jahren verliefen die Verhandlungen in einem "Zickzackkurs" zwischen Zentralisierung und Dezentralisierung (Kjellberg 1992, S. 109). Schließlich kündigte die SAF 1990 an, keine Lohnverhandlungen zu führen und schloß ihre Tarif-abteilung (Mesch 1992, S. 498).

Die multinationalen Konzerne zielten darauf ab, über eine Dezentralisierung auf die Branchenebene hinauszugehen und die betriebliche Ebene in den Vordergrund zu rücken. Die Gewerkschaften sollten auf den beiden übergeordneten Ebenen geschwächt werden, über die Verhandlungen auf der betrieblichen Ebene wurde beabsichtigt, die Loyalität der einzelnen Beschäftigten sowie der lokalen Gewerkschaftsvertretung gegenüber dem Betrieb oder Unternehmen zu erhöhen. Gleichzeitig richtete sich der Vorstoß gegen die solidarische Lohnpolitik: Lohndifferenzen zu reaktanzieren, um individuelle Leistungsanreize zu verstärken, war das zweite Motiv. Teilweise ist die Lohndrift - neben einer starken Nachfrage nach Arbeitskräften - auf arbeitsergebnisbezogene Prämien und Varianten des "profit sharing" zurückzuführen (Kjellberg 1992, S.107).

Die Trends der 80er Jahre haben sich verschärft. Zu Beginn der 90er Jahre erschwerte die SAF eine koordinierte Lohnpolitik der Gewerkschaften, in dem nicht mehr wie zuvor detaillierte Daten über die Lohnentwicklung in den Betrieben zur Verfügung gestellt wurden. Der Arbeitgeberverband reorganisierte seine Strukturen, die Anzahl der Mitgliederverbände wurde reduziert. In der Beziehung zwischen dem Einzelverband und seinen Mitgliedern wurden die Strukturen zur Bewältigung einzelbetrieblicher Konflikte reorganisiert. Dieser Umbau ist die Antwort auf den verbandsinternen Widerstand gegen die Dezentralisierung: Insbesondere die Arbeitgeber kleiner Unternehmen sahen sich alleine nicht in der Lage, ihre Interessen gegenüber den Gewerkschaften auf der betrieblichen Ebene durchzusetzen (Kjellberg 1992, S. 116f). Auf der betrieblichen Ebene wandelt sich die Unternehmenspolitik, die Unterschiede zwischen Arbeitern und Angestellten werden nicht mehr wie zuvor akzentuiert. Statt einzelne Gruppen gegeneinander auszuspielen, richten sich die Bemühungen nun auf ihr Verschmelzen, um im

⁷⁸ In den 80er Jahren kam es zwischen Gewerkschaften noch zu weiteren Konflikten über ihre Organisationsbereiche. Siehe hierzu Rehn/Viklund (1990, S. 316ff).

Rahmen neuer Managementkonzepte mit einer Neubewertung der Unternehmenskultur die Loyalität des Individuums gegenüber einer betriebszentrierten Kollektivität zu erhöhen und tradierte Gruppenidentitäten aufzulösen (vgl. Mahon 1994 u. 1994a). Die Gewerkschaften stellen dem das Konzept "solidarische Arbeit für solidarische Bezahlung" entgegen: Ein solidarisches Miteinander in und zwischen Arbeitsgruppen mit "job rotation", Führungspositionen eingeschlossen, soll eine kollektive Identität als abhängig Beschäftigter erhalten. Einer Ausweitung von Lohndifferenzen stimmen die LO-Gewerkschaften inzwischen zu, wenn sie mit unterschiedlichen Tätigkeiten und nicht mit der individuellen Leistung begründet werden. Die Kooperationsbemühungen zwischen der LO und der TCO haben zugenommen, 1993 verweigerten die Gewerkschaften betriebliche Verhandlungen und erzwangen Branchenverhandlungen (Mahon 1994a, S. 363).

4.4. Probleme der sozialdemokratischen Wählermobilisierung

Zwischen 1932 und 1991 bekam die SAP deutlich über 40 % der Wählerstimmen und war die bei weitem stärkste politische Kraft. Mit Unterstützung der kommunistischen Vänsterpartiet hatte der linke Parteienblock oftmals über 50 % der Stimmen (Tab.14). Diesem Block stand ein zersplittertes bürgerliches Parteienlager gegenüber, dessen Wählerbasis nicht den Stabilitätsgrad der SAP-Basis und eine höhere Wählerfluktuation aufwies. Die politischen Konfliktlinien verliefen bis in die 70er Jahre hauptsächlich entlang der rechts-links-Achse, überlagert wurden sie lediglich durch Auseinandersetzungen, die auf den spezifischen Interessen der Stadt- und Landbevölkerung beruhten. Bis in die 80er Jahre zeichnete sich das Parteiensystem durch seine Stabilität aus (Bergström 1991, S. 8ff).

Doch bereits in den 70er Jahren verliefen einige Konfliktlinien quer zu den etablierten Blöcken. Ökologische Themen und Fragen der Energiepolitik (insbesondere die Nutzung der Atomenergie), in den 80er Jahren verstärkt auch moralische Debatten um Kriminalität, Drogen und Familie, sowie die Einwanderungspolitik und die Diskussion um den EU-Beitritt führten zu Lagerbildungen, die sich nicht eindeutig dem "sozialistischen" oder dem "bürgerlichen" Lager zuordnen ließen. Ab der zweiten Hälfte der 80er Jahre gelang drei neuen Parteien der Einzug in das Parlament: Den Grünen mit ökologischen Themen, der Christlichen Sammlungspartei mit Fragen der Moral, und der rechts-populistischen Ny Demokratia, die sich gegen den Wohlfahrtsstaat und gegen die Einwanderungspolitik aussprach.⁷⁹ (Bergström 1991, S. 26; Wörlund 1992, S. 136).

Die SAP verlor 1976 ihren Status als "natürliche" Regierungspartei in Schweden. Mit einer knappen Mehrheit gelang es den bürgerlichen Parteien (den konservativen Moderaten und den beiden liberalen Parteien Liberale und Zentrum), eine

⁷⁹ Darüberhinaus forderte die Ny Demokratia schlicht, daß das Leben in Schweden mehr Spaß machen müsse (Wörlund 1992, S.136).

Koalitionsregierung zu bilden. Diese wurde 1982 von einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung abgelöst. Für ihre Politik suchte die SAP die Unterstützung der Liberalen, obgleich der "sozialistische Block" bis 1988 eine parlamentarische Mehrheit hatte. Allerdings fanden die Sozialdemokraten bei der Kommunistischen Partei für ihre Politik keine Unterstützung (s.u.). 1991 kam es erneut zu einer bürgerlichen Koalitionsregierung, die diesmal aus vier Parteien bestand (den Moderaten, den beiden liberalen Parteien sowie der Christlichen Sammlungspartei), aber trotzdem eine Minderheitsregierung war: Für parlamentarische Mehrheiten war entweder die Zustimmung der SAP oder die der Ny Demokratia erforderlich (Pierre/Widfeldt 1993, S. 544). Die Durchsetzungsfähigkeit der Regierungen, gemessen an den parlamentarischen Mehrheiten und der Parteienfragmentierung, nahm ab.

Mit dem Wahlverhalten der Bevölkerung veränderten sich die Mobilisierungsbedingungen der Parteien. Auch in Schweden sank das Vertrauen der Wähler gegenüber Parteien, Politikern und Großorganisationen. Identifizierten sich 1968 noch 65 % der Befragten mit einer Partei, waren dies 1988 nur noch 51 %. Die Erklärungskraft der Klassenzugehörigkeit als Determinante für Wahlentscheidungen sank, die Stimmenabgabe erfolgte in wachsendem Ausmaß themenorientiert (Bergström 1991, S.13). Unter den Parteien blieb die Identifikation der SAP-Wähler mit der Partei jedoch überdurchschnittlich hoch (1968: 77 %; 1988: 69 %). Auch gelang es den Sozialdemokraten und der kommunistischen Partei Schwedens in der Vergangenheit, Wähler unter den Angestellten bzw. in den neuen Mittelschichten zu gewinnen. Durch den Strukturwandel der Gesellschaft verschoben sich die Anteile von Arbeitern und Angestellten, so daß der Anteil der Mittelschichtswähler unter den SAP-Wählern stärker anstieg, als es in der Tabelle 15 zum Ausdruck kommt (Sainsbury 1991, S. 47ff). Dies ist jedoch ein "problematischer Erfolg": "So zählen für die anteilmäßig stark gewachsenen Neuen Mittelschichten kollektiv bereitgestellte Güter weniger als die Erhöhung ihrer disponiblen Einkommen und 'Freiheit' mehr als 'Gerechtigkeit' und 'Sicherheit'." (Hinrichs 1988, S. 584). Hieraus ergeben sich neue Anforderungen für eine programmatische Attraktivität sozialdemokratischer Politik. Zum Anwachsen der Mittelschicht tritt eine weitere Veränderung hinzu: "During the past decades the working class, broadly defined, comprised a majority of the electorate. Since the early 1980s this has no longer been the case, and electoral majorities in the 1990s must increasingly rely on attracting non-working-class voters." (Sainsbury 1991, S. 52)

Die Wahlerfolge der SAP beruhten in den 60er und 70er Jahren u.a. auf dem Ausbau des Wohlfahrtsstaates, durch den die Interessen von Arbeitern und Angestellten verknüpft wurden: Der Wohlfahrtsstaat war für die neuen Mittelschichten attraktiv, was sich in den zeitlich mit seinem Umbau zum Mittelklassenwohlfahrtsstaat zusammenfallenden Stimmengewinnen der SAP andeutet (Tab.16). In den 80er Jahren sank die Zustimmung zum Wohlfahrtsstaat. Während der Arbeitgeberverband und die bürgerlichen Parteien begannen, gegen diesen zu

mobilisieren, gewann die SAP 1982 zwar als Verteidigerin des Wohlfahrtsstaates die Wahlen (Olsson 1987, S. 77). Innerhalb der Koalition der Wohlfahrtsstaatsverteidiger kam es jedoch zu Verschiebungen. Zum einen wurde aufgrund des stagnierenden Realeinkommens die Steuerbelastung verstärkt kritisiert (Ferner 1994, S. 64f). Zweitens geriet der universalistische, einkommensbezogene Wohlfahrtsstaat mit wachsenden Einkommensdifferenzen in die Kritik (vgl. Marklund 1988, S. 477ff). Auf dem Gewerkschaftskongreß der LO 1986 setzte sich die Auffassung durch, daß der schwedische Wohlfahrtsstaat an seine Grenzen gekommen sei: Nicht ein weiterer Ausbau, sondern die "Feinabstimmung von Sozialleistungen" sollte verfolgt werden (Huber/Stephens 1993, S. 3). Demgegenüber erwiesen sich die Beschäftigten des öffentlichen Sektors als Befürworter des Wohlfahrtsstaates. Von ihnen wählen 70 % Parteien des "sozialistischen Blocks" (Lane 1993, S. 318). Auch beziehen zwei Drittel der Wähler mehr als die Hälfte ihres Einkommens aus öffentlichen Mitteln; als staatliche oder kommunale Beschäftigte, als Rentner, Arbeitslose oder als Empfänger anderer Sozialversicherungsleistungen. Von diesen wählten 1994 70 % die SAP, die VP oder die Grünen (Swensson 1994, S. 7). Die breite Zustimmung zum universalistischen Wohlfahrtsstaat droht in eine Lagerbildung zu zerfallen, in der die direkten "Profiteure" zu den Verteidigern werden und der andere Teil der Bevölkerung die Kosten beklagt. Die politische Basis der SAP droht sich in die traditionelle Basis (der männlichen Facharbeiter in der Privatindustrie) und die "neue" Basis (insbesondere weibliche Beschäftigte im öffentlichen Sektor) zu spalten. Der geschlechtsspezifisch hochgradig fragmentierte Arbeitsmarkt kann sich in dieser Hinsicht negativ auswirken: "[...] the system is severely gender-segmented along the public-private sector axis. It is of course not preordained that such gender-ghettoization will result in a conflict axis, but if we recall the Achilles' heel of the system (Lohnzurückhaltungen bzw. -konkurrenzen; K.M.), the likelihood of a serious gender/sector-based conflict is high." (Esping-Andersen 1990, S. 227)

Die Repräsentanz von Vertretern der LO in der SAP nahm ab. Traditionell bestand zwischen den beiden Organisationen eine enge "horizontale Vernetzung" (Lehmbruch 1984, S. 375). Die LO-Führung war personell in den SAP-Regierungen vertreten, eine kollektive Mitgliedschaft in der SAP war auf der lokalen Ebene angesiedelt.⁸⁰ Die Gewerkschaften stützten die SAP finanziell und organisatorisch. Obgleich 75 % der SAP-Mitglieder in LO-Gewerkschaften organisiert sind, waren auf den Parteikongressen der 80er Jahre nur 50 % der Delegierten LO-Mitglieder (1948 : 70 %). Die Repräsentanz von LO-Mitgliedern sinkt mit der Hierarchiestufe der Partei: 1983 waren in den Parteigremien auf der lokalen Ebene 60 % der Delegierten LO-Mitglieder, auf der regierungsbezirklichen Ebene 43 %, im Parlament 40 %. Die SAP definiert dies als ein Problem der

⁸⁰ 1990 wurde die kollektive Mitgliedschaft aufgrund des Protests der bürgerlichen Parteien, aber auch aus den Reihen der LO-Gewerkschaften, beendet (Sainsbury 1991, S. 40).

Repräsentanz von abhängig Beschäftigten, nicht von Arbeitern (Sainsbury 1991, S. 39ff).

Die Niederlage der LO in der Auseinandersetzung um die Arbeitnehmerfonds markiert einen doppelten Wendepunkt in der politischen Entwicklung Schwedens: Das politische Koordinatenkreuz verschob sich nach rechts, und die LO verlor an Einfluß über die SAP. Die LO entschied sich 1976 ohne Absprache mit der SAP für die Arbeitnehmerfonds, mit ihrer Niederlage verlor sie gegenüber der SAP an ideologischer Ausstrahlungskraft. Ebenfalls 1976 eröffnete die Partei nach ihrer Wahlniederlage eine eigene Forschungsabteilung, nachdem sie zuvor LO-Kapazitäten nutzte. Das Personal für die Abteilung wurde aus den Ministerien rekrutiert, hatte keinen gewerkschaftlichen Hintergrund und lehnte die Fonds ab (Pontusson 1995, S. 34). In den folgenden Jahren sank die Unterstützung für die Arbeitnehmerfonds auch unter den SAP-Wählern (Tab.13).⁸¹

In den 80er Jahren kam es zu (wirtschafts-) politischen Differenzen zwischen der LO und der SAP, und zu Beginn der 90er Jahre zeichnete sich eine regelrechte Repräsentationskrise der sozialdemokratischen Linken ab (Mahon 1994, S. 301ff). Der politische Konflikt um die Fonds wirkte sich nicht nur gegenüber der SAP negativ auf die Position der LO aus. Hielten sich 1976 bei einer Umfrage, ob die Gewerkschaften zu machtvoll oder zu machtlos sind, die Meinungen der Befragten in der Waage, waren 1984 ca. 70 % der Auffassung, daß die Gewerkschaften zuviel Macht besitzen (Pontusson 1995, S. 39).

Neben dem strukturellen Wandel veränderten sich auch die politischen Selbsteinschätzungen der Wähler. In den 80er Jahren kam es zu einer allgemeinen Rechtsverschiebung, die sich auch auf die SAP-Wähler auswirkte: Mitte des Jahrzehnts ordneten sich mehr Wähler als zuvor dem rechten Flügel der Partei zu (Sainsbury 1991, S. 49). In einer Fallstudie über die Selbsteinschätzung von SAP-Wählern in einer sozialdemokratischen Hochburg betrachteten diese sich zumeist als Angehörige der Mittelschicht ohne politische Macht. In einer ähnlichen Befragung in den 50er Jahren schätzte sich die Mehrheit der sozialdemokratischen Wähler als Angehörige der Arbeiterklasse mit politischer Macht ein (Bergström 1991, S. 13).

⁸¹ Pontusson (1992, S. 229ff) führt die niedrige Unterstützung für die Fonds auf die starke Gegenmobilisierung des Arbeitgeberverbandes zurück. Darüberhinaus sei es der LO nicht gelungen, die angestrebten Veränderungen zu konkretisieren und darzulegen, inwiefern sich unternehmerische Entscheidungen unter dem Einfluß kollektiven Kapitalbesitzes verändern würden. Drittens hätten die TCO-Gewerkschaften die Fonds abgelehnt, ihnen fehle die "sozialistische" Orientierung. Und letztendlich hätten die Beschäftigten des öffentlichen Sektors keinen direkten Nutzen von dieser Forderung gehabt und deswegen nicht mobilisiert werden können.

Tab. 13: Wählermeinungen zu den Arbeitnehmerfonds

	dafür	dagegen	unentschlossen
alle Wähler			
1976	33 %	43 %	24 %
1979	32 %	45 %	23 %
1982	22 %	61 %	17 %
SAP-Wähler			
1976	55 %	18 %	27 %
1979	58 %	15 %	27 %
1982	43 %	29 %	28 %

Quelle: Pontusson (1992, S. 196)

Tab. 14: Wahlergebnisse, Regierungsparteien

	SAP	VPK	MOD	LIB	BF/ CP	Grün.	KS	ND
1920	29,7*	6,4	27,8	21,8*	14,2			
1921	36,2*	7,8	25,8	18,7	11,0			
1924	41,1	5,1	26,1	16,9	10,8			
1928	37,0	6,4	29,4	15,9	11,2			
1932	41,7*	8,3	23,5	11,8	14,1			
1936	45,9*	7,7	17,6	12,9	14,4*			
1940	53,8*	3,5	18,0	12,0	12,0			
1944	46,5*	10,3	15,8	12,9	13,6			
1948	46,1*	6,3	12,3	22,7	12,4			
1952	46,0*	4,3	14,4	24,4	10,7*			
1956	44,6*	5,0	17,1	23,8	9,5*			
1958	46,2*	3,4	19,5	18,2	12,7			
1960	47,8*	4,5	16,6	17,5	13,6			
1964	47,3*	5,2	14,7	17,5	13,5			
1968	50,1*	3,0	13,7	15,3	16,5			
1970	45,3*	4,8	11,5	16,2	19,9			
1973	43,6*	5,3	14,3	9,4	25,1			
1976	42,7	4,8	15,6*	11,1*	24,1*			
1979	43,2	5,6	20,3*	10,6*	18,1*			
1982	45,6*	5,6	23,6	5,9	15,5			
1985	44,7*	5,4	21,3	14,2	9,9			
1988	43,2*	5,8	18,3	12,2	11,3	5,5	2,9	
1991	37,6	4,5	21,9*	9,1*	8,5*	3,4	7,1*	6,7
1994	45,4*	6,2	22,2	7,2	7,7	5,0	4,1	1,2

* Regierungsparteien

SAP: Socialdemokraterna

VPK: Vänsterpartiet (Kommunistische Partei)

CP: Centerpartiet (früher: Bondeförbundet; Bauernpartei, zählt zum liberalen Spektrum)

FP Folkpartiet Liberalerna (liberal)

MOD: Moderata Samlingspartiet (konservativ)

KS: Kristdemokratiska Samhällspartiet (christliche Sammlungspartei)

ND: Ny Demokratia (populistische Rechte)

Grün.: Miljöpartiet de Grönna (Grüne)

Quelle: Ersson (1991, S. 198); Wörlund (1992); FAZ (20. Sept. 1994)

Eine wichtige Ursache für die wachsende Wählerfluktuation und Wählerunzufriedenheit lag in dem Mangel an einem erfolgreichen ökonomischen Konzept. Weder die bürgerliche Parteienkoalition in den 70er Jahren noch die SAP in den 80er Jahren waren in der Lage, hier erfolgreich zu agieren. Die SAP versuchte, liberale Akzente zu setzen, und suchte die politische Unterstützung bei den liberalen Parteien. Der neue Kurs sorgte in der eigenen Partei für ideologische Verwirrung und Spannungen: "Thus the strategic dilemmas of the Social democratic party leadership have been compounded. Class loyalty to party is weaker than it used to be, and support has become more conditioned on practical politics. But no practical policy can please everybody in this mass party." (Bergström 1991, S. 17) Die Mitgliederzahlen der SAP gingen in den 80er Jahren zurück (1980 waren es 1,2 Mio.; Ende des Jahrzehnts 1,0 Mio.), insbesondere Jugendliche und Frauen kehrten der Partei den Rücken zu. In den Wahlen der 80er Jahre verlor die Partei kontinuierlich an Stimmen.

Tab. 15: Linkswähler unter Arbeitern und in der Mittelschicht 1956-1988 (in %)

	'56	'60	'64	'68	'70	'73	'76	'79	'82	'85	'88
Arbeiter	75	80	78	76	70	73	69	71	72	69	70
Mittelschicht	24	28	31	35	32	30	32	33	35	35	39

Quelle: Sainsbury (1991, S. 48)

Tab. 16: Sozialdemokratische Wähler unter Angestellten 1956 und 1968

	untere Angestellte	mittlere Angestellte	hohe Angestellte
1956	29	43	5
1968	54	47	23

Quelle: Bergström (1991, S. 19)

4.5. Wandel der Regierungspolitik

Zunächst reagierten die parlamentarisch-politischen Akteure auf die Krise des Fordismus mit den alten Rezepten. An der antizyklischen Konjunkturpolitik wurde festgehalten, Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung wurden ausgeweitet. Ende der 70er Jahre setzte eine Phase des "fumbings" (Mjøset 1987, S. 412) ein, in der partiell von den vorangegangenen Strategien abgewichen wurde, ohne daß ein neues Konzept das alte ersetzte. Während die Gewerkschaften das Schwedische Modell von links in Frage stellten und unter der Führung der SAF das Modell von rechts attackiert wurde, konnte sich keine Seite umfassend mit ihren Vorstellungen durchsetzen: "Hence, we view the situation as a stalemate within the Swedish Model in the early 1980s: The labour movement has not been weakened to the extend many other countries have experienced but it is unable to make significant process. [...] The right wing is strengthened, but not enough to enable a real offen-

sive against the labour movement." (Mjøset 1987, S. 448) Die bürgerlichen Koalitionsregierungen (1976 bis 1982) wichen aus zwei Gründen nicht von den wohlfahrtsstaatlichen Vorstellungen und den Beschäftigungszielen des Schwedischen Modells ab: Zum einen existierten innerhalb der Koalition Konflikte über den einzuschlagenden Weg. Die Moderaten strebten in eine neo-liberale Richtung, während die Liberalen und das Zentrum an einer keynesianischen Politik und der Expansion des Wohlfahrtsstaates festhielten. Daneben waren die Parteien nach der langen und erfolgreichen Regierungszeit der SAP einem besonderen Legitimationsdruck ausgesetzt. Der Erhalt eines hohen Beschäftigungsniveaus wurde aufgrund des in der öffentlichen Meinung hoch bewerteten und fest verankerten Vollbeschäftigungsziels zum Maßstab des Erfolges der Regierung (Therborn 1991, S. 256ff).⁸²

Für die SAP war die Oppositionsrolle von Vorteil. Ihre Politik vor 1976 hatte sich als ungeeignet erwiesen, die neuen Anforderungen zu lösen. Das Vertrauen in die alten Konzepte sank und ein neues stand nicht zur Verfügung. Darüberhinaus fiel der Antritt der bürgerlichen Regierung mit einer schweren ökonomischen Rezession zusammen. Die SAP wurde politisch entlastet und konnte sich zu Beginn der 80er Jahre, während die bürgerlichen Parteien versuchten, eine Austeritätspolitik einzuleiten, als Retterin in der Not und Verteidigerin des Wohlfahrtsstaates präsentieren (Esping-Andersen 1985, S. 285). Die Sozialdemokraten traten mit einem neuen wirtschaftspolitischen Konzept an: Mit dem "Dritten Weg" wendete sich die SAP vom Rehn-Meidner-Modell ab und bewegte sich in eine neo-liberale Richtung. Auch der "Dritte Weg" läßt sich als Patt interpretieren, diesmal jedoch, nach der Auseinandersetzung um die Arbeitnehmerfonds, zwischen der LO und der SAP: "The Third Road can [...] be viewed as the manifestation of a stalemate within Swedish social democracy in the 1980s: while LO remained able to insist on full employment as the overriding goal of Social Democracy policy, it lost the ability to define the Social Democratic approach to inflation, productivity, and competitiveness." (Pontusson 1992a, S. 317).

4.5.1. Die Überbrückungsstrategie (1974-1982)

Die Weltwirtschaftskrise von 1974 wirkte sich zunächst nur gering auf Schweden aus: Insbesondere die Unternehmen der Holz- und Metallindustrie profitierten zwischen 1972 und 1974 von einem Anstieg der Rohstoffpreise und realisierten hohe Gewinne, während die Gewerkschaften eine moderate Lohnpolitik betrieben. Nachdem die sozialdemokratische Minderheitsregierung zu Beginn der 70er Jahre einen außergewöhnlich strengen restriktiven Kurs verfolgt hatte, leitete sie 1974 in Anbetracht der Weltwirtschaftskrise mit der Unterstützung der anderen Parteien eine Überbrückungsstrategie ein. Steuern wurden gesenkt und Transferzahlungen

⁸² Die SAP verlor die Wahlen 1976 nicht aufgrund eines Wählervotums für einen wirtschafts- oder sozialpolitischen Richtungsentscheid, sondern die Debatte um die Zukunft der Atomenergie war ein entscheidender Grund für den Ausgang der Wahlen (Therborn 1991, S. 256)

angehoben. Als die Krise jedoch an Schweden vorbeizuziehen schien, stellten die Gewerkschaften angesichts der Unternehmensgewinne (und gemäß dem Rehn-Meidner-Modell) in Verhandlungen über einen Tarifvertrag von zweijähriger Dauer 1975 hohe Lohnforderungen und wurden darin von der Regierung in den sogenannten "Haga-Runden" (informellen Beratungsgesprächen zwischen den Tarifparteien und der Regierung) unterstützt. Die Folge waren außerordentlich hohe (Real-)Lohnsteigerungen (vgl. Tab. 11), die zusammen mit einer Erhöhung der Arbeitgeber-Sozialabgaben zu einem starken Anstieg der Lohnstückkosten führten (Tab.17). Gleichzeitig wurde trotz der hohen Inflation an niedrigen Zinsen festgehalten. Währenddessen stieg der Wechselkurs der Schwedischen Krone zusammen mit dem der DM an. Seit 1973 war die Krone an den "DM-Block der europäischen Hartwährungsländer" (Scharpf 1987, S. 129) angebunden. Mit einer hohen Inflation, starken Lohnkostensteigerungen und einem Anstieg des Wechselkurses geriet Schweden 1976 in die "schwerste ökonomische Krise im OECD-Raum" (Mjøset 1987, S. 406), das Wirtschaftswachstum sank, deutliche Leistungsbilanzdefizite traten auf. Hinzu kamen strukturelle Probleme im Schiffsbau (Schweden hatte sich auf den Bau von Öltankern spezialisiert) sowie in der Rohstoff- und Stahlproduktion (Scharpf 1987, S.127ff; Mjøset 1987, S.424ff; Mesch 1992, S.473). Die Kapitalrendite und die Profitquote sanken (Tab. 17), die Investitionstätigkeit ließ nach (OECD 1992).

Mit Beginn der Krise übernahmen die bürgerlichen Parteien die Regierung, hielten an der Vollbeschäftigung fest⁸³, wichen aber an anderen Stellen deutlich von den Routinen der 60er Jahre ab. Die Krone wurde von der Europäischen Währungsschlange abgekoppelt und mehrmals abgewertet, um die Wettbewerbsfähigkeit schwedischer Unternehmen zu verbessern. Um die Beschäftigung zu sichern, erhöhte die Regierung die Subventionszahlungen an die Industrie erheblich. Sie verstaatlichte mehr (konkursbedrohte) Unternehmen als die SAP in den vorangegangenen Jahrzehnten. Die Industriepolitik trug einen defensiven Charakter, der strukturpolitische Impetus des Rehn-Meidner-Modells war verschwunden.

Die Inflationsrate blieb hoch und 1977 wurde die bis dahin positive Bilanz des Staatshaushalts negativ. 1979 versuchte eine neue bürgerliche Koalitionsregierung, eine Konsolidierungsstrategie einzuleiten. Diese Bemühungen fielen mit der zweiten Weltwirtschaftskrise zusammen und trafen zudem auf den entschiedenen Widerstand der Gewerkschaften, der sich 1980 in heftigen Arbeitskämpfen äußerte. Die Regierung war nicht in der Lage, Einsparungen im Staatshaushalt durchzusetzen. Allerdings wurde die Expansion der öffentlichen Beschäftigung gebremst. Daraufhin stieg die offene Arbeitslosigkeit auf den bis dahin für Schweden ungewöhnlich hohen Wert von 3,5 % (1983) (Scharpf 1987, S. 130ff; Mjøset 1987, S. 432). Ein Ab- oder Umbau des Wohlfahrtsstaates wurde hingegen

⁸³ Im Hinblick auf den Wohlfahrtsstaat sah das Programm der Koalitionsregierung leichte Steuersenkungen vor. Ansonsten sollte an dem Bewährten festgehalten und die Nachfrage stimuliert werden (Therborn 1991, S. 256)

nicht beabsichtigt, lediglich der Ausgabenanstieg sollte gebremst werden (Theborn 1991, S. 258).

Tab. 17: Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Schweden 1973-1982

		'73	'74	'75	'76	'77	'78	'79	'80	'81	'82
Wachstum BIP*	Ø 70-77: 1,8						1,8	3,8	-0,5	1,8	-2,2
Leistungsbilanz**						-2,6	0,0	-2,2	-3,5	-2,6	-3,6
Konsumentenpreise*	Ø 70-74: 7,5			9,8	10,2	11,4	10,0	7,2	13,7	12,1	8,6
Lohnstückkosten		4,6	12,9	19,3	16,7	11,1	8,7	4,7	14,2	10,3	3,7
Kapitalrendite	Ø 70-77: 11,2						8,1	9,2	8,8	8,4	9,5
Profitquote	Ø 70-77: 28,8						24,7	27,4	26,4	25,9	29,6
Arbeitslosenquote***		2,5	1,9	1,6	1,6	1,8	2,2	2,1	2,0	2,5	3,2
aktive Arbeitsmarktpolitik (in % d. Beschäftigten)*		3,3	3,0	2,7	3,0	3,8	4,1	4,1	3,4		
Staatshaushalt**							-0,5	-2,9	-4,0	-5,3	-7,0
Staatsverschuldung**							34,5	39,6	44,3	52,1	61,7

* Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %

** in % des BIP

Quelle: OECD (1995a); außer ***: Meidner/Hedborg (1984, S. 136)

Als die SAP 1982 in die Regierung zurückkehrte, konnten die bürgerlichen Parteien auf beschäftigungspolitische Erfolge verweisen. Hinsichtlich des Wirtschaftswachstums, der Produktivität und der Inflation fiel ihre Bilanz dagegen negativ aus. Die reale Wertschöpfung in der Industrie war gegenüber 1975 um 0,9 % gesunken, der Effektivverdienst in der verarbeitenden Industrie lag 10,9 % unter dem von 1976. Somit verbanden sich positive Anreize ("pull-Effekte") zur Aufnahme einer Erwerbsarbeit (insbesondere für verheiratete Frauen), hervorgerufen durch ein Arbeitsplatzangebot im öffentlichen Sektor, Steueranreize und eine verbesserte Kinderbetreuung, durch die Einkommensverluste mit einem gewissen Zwang ("push-Effekt"). Für den Erhalt des Lebensstandards wurde es für Familienhaushalte notwendig, ein zweites Erwerbseinkommen zu erzielen (vgl. Hinrichs/Merkel 1987, S. 33f). Das Budgetdefizit des Staatshaushaltes lag 1982 bei -7 % des BIP, die Brutto-Staatsverschuldung hatte sich auf 61,7 % des BIP erhöht. Gegenüber dem Ausland war Schweden in einer Höhe von 21,7 % des BIP verschuldet (Scharpf 1987, S. 137; Mesch 1992, S. 474).

4.5.2. Der "Dritte Weg" (1982-1990)

Die SAP führte den Wahlkampf als Verteidigerin des Wohlfahrtsstaates (Therborn 1991, S. 259).⁸⁴ Gleichzeitig konnte ihr der Konsolidierungsbedarf im Nachlaß der Koalitionsregierung als "[...] politische Legitimation für eine in Schweden bis dahin kaum konsensfähige Strategie zur Förderung des privatwirtschaftlichen Wachstums [...]" dienen (Scharpf 1987, S. 140).⁸⁵ Die SAP leitete mit dem "Dritten Weg" eine exportorientierte Wachstumsstrategie ein. Der Weg sollte nicht mehr zwischen Kapitalismus und Sozialismus, sondern zwischen der expansiven Politik unter Mitterand und der Depression unter Thatcher verlaufen (Bergström 1991, S. 14). Das Motto lautete "first growth and then redistribution", Unternehmensgewinne galten als "Motor des Wachstums" (Pontusson 1992a, S. 314). Als Zündung diente eine erneute, starke Abwertung der Krone von 16 %, als Schmiermittel die Lohnforderungen der Gewerkschaften: Diese nahmen nach Beratungen mit der SAP (zunächst) Reallohnverluste hin und forderten keine Kompensation für den abwertungsbedingten Preisanstieg von Konsumgütern. Damit sollte auch die Inflation gedämpft werden. Da die Unternehmen die Abwertung kaum zur Verbilligung ihrer Exportpreise auf dem Weltmarkt nutzten, stiegen ihre Gewinne erheblich an, nachdem sich die Weltmarktkonjunktur belebte. Der "Dritte Weg" stellte im Kern eine "angebotsökonomische Wende" dar (Scharpf 1987, S. 143), dessen "Erfolg" sich in erhöhten Kapitalrenditen und Profitquoten ablesen läßt (Tab.17 u. 18). Der Kurs widersprach den Vorstellungen der LO, die 1982 auf ihrem Kongreß Abwertungen ablehnte und eine selektive Nachfragestimulierung durch öffentliche Investitionen im Transportwesen und der Infrastruktur forderte.

Auch in weiteren Punkten zeigte sich eine Abkehr von der früheren sozialdemokratischen Politik. Darin offenbarte sich mehr als ein verändertes wirtschaftspolitisches Konzept: Es handelte sich um eine Abkehr von der wirtschaftspolitischen und wohlfahrtsstaatlichen Philosophie der 60er Jahre. Tilton (1991) hebt die Bedeutung der schwedisch-sozialdemokratischen Ideologie hervor. Sie war ein grundlegendes Element für den Erfolg ihrer Politik und hinterließ ihre Spuren im Wirtschaftswachstum, in der Verwaltung, in den Wahlerfolgen, der Arbeitsorganisation sowie im Staat. Auch dem Kapitalinteresse drückte sie ihren Stempel auf. Sie hatte Auswirkungen auf die Vollbeschäftigung, die universalistische Sozialpolitik, die industrielle Demokratie, die solidarische Lohnpolitik, die kollektive Kapitalformation und die Einwanderungspolitik (ebd., S. 280). Die Situations-

⁸⁴ Wesentliche Wahlversprechen waren die vollständige Anpassung der Renten an die Preisentwicklung, die Blockade der von der bürgerlichen Regierung angekündigten Karenztage im Krankheitsfall, eine Aufhebung von Restriktionen in der Arbeitslosenversicherung und das Verhindern von Mittelkürzungen in der Kindertagesbetreuung (Therborn 1991, S. 259).

⁸⁵ "The Swedish Social Democrats, drawing upon previously accumulated capital of trade union and popular confidence, could have it both ways. They got into office as denouncers of the unsocial and unfair bourgeois. They brought about massive redistribution of income and wealth to capital and assetholders, at the expense of ordinary wage and salary earners, having their backs covered by the trade unions and the Social Democratic Pensioners' Organisation, not without crumbings true." (Therborn 1991, S. 260).

interpretationen der Akteure waren für politische Entscheidungen wichtig, konnten mit einer pragmatischen Politik verbunden werden und sicherten in Phasen des "muddling through" die Orientierung. Das politische Koordinatenkreuz wurde nach links verschoben, bürgerliche Ideologien wurden zurückgedrängt (ebd., S. v ff u. S. 7f u. S. 257).

Tilton (ebd., S. 258ff) benennt einen Kern von Werten, die in der Vergangenheit die Ideologie der schwedischen Sozialdemokratie charakterisierten. Sie gruppierten sich um fünf Themen:

- integrative Demokratie: kein Teil des Lebens soll von einer Beurteilung im Hinblick auf seine soziale Nützlichkeit ausgeklammert werden;
- das Volksheim: Demokratische Entscheidungsprozesse sollen sich am Konsens aller orientieren, Solidarität und Gleichheit sind wichtige Werte;
- die Verbindung von Gleichheit und ökonomischer Effizienz ist möglich;
- die Marktwirtschaft kann kontrolliert werden;
- die Ausdehnung des öffentlichen Sektors sichert die Wahlfreiheit der Bürgerkonsumenten.

In den 80er Jahren manifestierte sich in der SAP-Politik in mehreren Punkten eine Abkehr von diesen Werten.

4.5.2.1. Staat und Markt

Nachdem die Industriepolitik in den 70er Jahren ihren defensiven Charakter angenommen hatte, setzte die SAP-Regierung die staatlichen Unternehmen einem verstärkten Wettbewerbsdruck aus. Zwischen 1981 und 1986 sanken die Netto-Ausgaben für die Industriepolitik um 60 %, regionalpolitische Zielsetzungen wurden über den Ausbau der Infrastruktur und die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen verfolgt. Die Hierarchie der Zielsetzungen im staatlichen Unternehmenssektor wurde neu geordnet: Nicht mehr die größtmögliche Expansion (wie in den späten 60er Jahren), sondern Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit traten an die Spitze. Die Unternehmen wurden in solche mit und ohne regionalpolitische Aufgaben unterteilt, es kam zu einer Reorganisation und Dezentralisierung der Strukturen dieses Sektors sowie in Ansätzen zu einer Privatisierung durch die Ausgabe neuer Aktien. Allerdings behielt der Staat in jedem Fall die Aktienmehrheit. Dennoch wurden die Möglichkeiten einer direkten politischen Einflußnahme eingeschränkt (Pontusson 1992, S. 149). Hinter der Politik der SAP "[...] standen nicht nur fiskalische Motive, sondern auch die demonstrative politische Symbolik, die neue Regierung nehme ihre Verpflichtung ernst, Schwedens Wirtschaft wieder wettbewerbsfähig zu machen." (Merkel 1992, S. 142).⁸⁶

⁸⁶ "Although the government accepts that it must support state-owned cooperations with poor profitability, its conception of successful state enterprises does not appear to be any different from its conception of

Neben der Depolitisierung des staatlichen Unternehmenssektors stand die Entfunktionalisierung des öffentlichen Sektors (Merkel 1993, S. 142), der nicht mehr als Ressource für die Lösung von Problemen, sondern nun selber als Problem betrachtet wurde (Premfors 1991, S. 86). Bis 1975 stand eine verbesserte politische Effizienz an der Spitze von Reformen des öffentlichen Sektors, gefolgt von einer Phase der Demokratisierung. 1982 wurde unter der SAP eine neue Phase eingeleitet, in der ökonomische Effizienzkriterien an Gewicht gewannen. Die Kommunen⁸⁷ sollten zu "Dienstleistungen produzierenden Unternehmen" werden, es gab eine Tendenz, den Bürger primär als Konsumenten zu betrachten (Montin/Elander 1995, S. 25 u. S. 28; Wise 1993, S. 353). Der Finanztransfer vom Zentralstaat zu den Kommunen entsprach zu Beginn der 90er Jahre dem vom Anfang der 80er Jahre. Allerdings wurden den Kommunen zusätzliche Aufgaben übertragen, und die Regierung richtete ihre Bemühungen auf die quantitative und qualitative Verbesserung der erbrachten Dienstleistungen.⁸⁸ Politik und Verwaltung wurden entzerrt, die Autonomie der Verwaltungen wurde gestärkt: Wie die von der Politik bestimmten allgemeinen Ziele verfolgt wurden, blieb ihnen überlassen ("management by objectives").⁸⁹ In den Verwaltungen wurden ein marktorientiertes Management und marktähnliche Anreizmechanismen für die Beschäftigten eingeführt. Betrachtete die SAP Privatisierungsforderungen noch zu Beginn der 80er Jahre als Angriff auf den Wohlfahrtsstaat, änderte sich dies in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts. Die Regierung kündigte an, zu überprüfen, welche Dienstleistungen günstiger von privaten Anbietern erbracht werden könnten. Schrittweise sollten kommunale Dienstleistungsanbieter auch einem externen Wettbewerbsdruck ausgesetzt werden (Montin/Elander 1995, S. 38).

Eine Reform der Arbeitsverwaltung wurde 1984 abgeschlossen. Die Arbeitsämter orientierten sich enger an den Anforderungen der Unternehmen. Die Kontakte zu diesen wurden ausgebaut. Stand zuvor der Arbeitssuchende im Mittelpunkt der Dienstleistungen des Arbeitsamtes ("job seeker centred"), waren es nun die Besetzung von Arbeitsplätzen und damit die Bedürfnisse der Unternehmen ("vacancy centred placement") (Elander 1991, S. 73). Aufgrund eines Arbeitskraftmangels wurde das Prinzip der Arbeitsmarktintegration verstärkt akzentuiert: Einschränkungen der Erwerbsfähigkeit sollten in geringerem Umfang zu einem Ende der Erwerbstätigkeit führen. Rehabilitationsmaßnahmen und eine ad-

successful private enterprises. Given this outlook, the question confronting the government is not so much Why privatize ? but rather, Why not ?" (Pontusson 1992, S. 149)

⁸⁷ Die Kommunalverwaltungen erbringen den größten Teil der öffentlichen Dienstleistungen. Auf sie entfallen 75 % des öffentlichen Konsums (OECD 1990, S. 60). Hiervon werden 40 % für Erziehung und soziale Dienstleistungen ausgegeben. 50 % der im öffentlichen Sektor Beschäftigten sind auf der kommunale Ebene tätig (Montin/Elander 1995, S. 28). Hinzu kommen die Bezirksverwaltungen, in deren Aufgabenbereich die Gesundheitsfürsorge fällt.

⁸⁸ Sainsbury (1991, S. 36) betrachtet dieses Vorgehen als geschickt getarntes Sparprogramm: "In sum, this approach amounts to the decentralization of hard choices and in effect diffuses discontents and protests against cuts in public sector services."

⁸⁹ "The trend towards liberating the production from politics can be described in terms from moving from the idea of the 'primacy of politics' to that of the 'primacy of the economy'." (Montin/Elander 1995, S. 37)

äquale Gestaltung des Arbeitsplatzes dienten der (Re-)Integration in den Arbeitsmarkt. Eine Frührente für Personen über 60, die aufgrund der Dauer ihrer Arbeitslosigkeit aus den Bezügen der Arbeitslosenversicherung herausfielen, wurde gestrichen. Stattdessen wurden die Personen in die Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik miteinbezogen (ebd., S. 64ff).

Nachdem die Regulierung der Kredit- und Devisenmärkte in den 50er und 60er Jahren bei stabilen Wechselkursen geldpolitische Spielräume eröffnete, die eine Feinsteuerung der ökonomischen Entwicklung ermöglichten, wurden die Regulierungen ab den 70er Jahren schrittweise abgebaut. Die schwedischen Kreditmärkte wurden 1985/86 gänzlich dereguliert und der Charakter der Geldpolitik änderte sich: "During the period financial markets were regulated, monetary policy aimed at stabilizing domestic activity via the interest rate level and by rationing credit; foreign exchange flows were subject to relatively tight restrictions to prevent pressure on the exchange rate. Under present circumstances, foreign exchange flows have become the main target of monetary policy and in conjunction with partial foreign exchange liberalisation, the level of interest rates has become a most important vehicle in the stabilization of the currency flows." (OECD 1987, S. 53) Eine Restautonomie der Geldpolitik schwand 1989 mit dem Abschluß der Deregulierung der Devisenmärkte.⁹⁰ Ein Jahr später wurde die Reichsbank von beschäftigungspolitischen Zielsetzungen befreit und bekam die Aufgabe, den Kurs der Krone gegenüber dem ECU zu stabilisieren (Notermans 1993, S. 139f).⁹¹

Die Kreditmärkte wurden dereguliert, nachdem die Reichsbank sich nicht mehr in der Lage sah, sie zu kontrollieren. Ab 1980 versuchte die Reichsbank, die "Grauen Märkte" (s.o.) zu begrenzen. Der Ansatz, das Kreditvolumen der einzelnen Kundenkreditbanken zu reduzieren, erwies sich als wirkungslos. Mit der wachsenden Anzahl der Banken erhöhte sich das Gesamtvolumen trotz dieser Bemühungen. Letzlich entschied sich die Reichsbank für die Deregulierung (OECD 1987, S.40f; Notermans 1993, S.146). Das hatte starke grenzüberschreitende Kapitalflüsse zu Folge. In der sozialdemokratischen Regierung setzte sich die Auffassung durch, daß die nationalen Spielräume durch die Internationalisierung der Wirtschaft begrenzt seien. Vor diesem Hintergrund kam es zu dem EG-Beitrittsgesuch (Bergström 1991, S. 25).⁹²

Ein Umbau des Steuersystems entsprach dem Kurswechsel der SAP. Dem Markt wurde auch bezüglich der Distribution der verfügbaren Einkommen mehr Raum

⁹⁰ 1978 wurde einigen schwedischen Banken gestattet, eigenständig Kredite im Ausland aufzunehmen, um in Schweden die Nachfrage nach Devisen zu befriedigen. 1984 wurden bereits 25 % des Bankenvermögens in ausländischer Währung ausgewiesen. Seit 1974 war es Privatpersonen gestattet, im Ausland Kredite zur Verwendung in Schweden aufzunehmen, um auf diesem Weg die Zahlungsbilanz auszugleichen. Ab 1977 nahm die Regierung selber Auslandskredite auf. 1984 kündigte sie an, keine weiteren Kredite zur Deckung der Zahlungsbilanz aufzunehmen und versuchte, Kapitalbewegungen über die Zinspolitik zu steuern (OECD 1987, S. 53).

⁹¹ Inzwischen hat die Reichsbank die Aufgabe, die Inflationsrate zwischen einem und drei Prozent zu halten.

⁹² "In government, Swedish Social Democracy has chosen to uphold and strenghten Sweden's traditional policy of free trade. It is prepared to exchange sovereignty for prosperity." (Bergström 1991, S. 25).

verschafft. Damit trug die Partei primär der Unzufriedenheit ihrer (potentiellen) Wähler aus den Mittelschichten Rechnung. Mit der Steuerreform von 1981 und der "Jahrhundert-Steuerreform" von 1990 wurde der "[...] spezifisch sozialdemokratische Steuermix von einer hohen (progressiven) Lohn- und Einkommenssteuer, vergleichsweise niedrigen indirekten Steuern sowie einem hohen nominalen Körperschaftssteuersatz bei gleichzeitigen massiven Steuerbefreiungen für reinvestierte Gewinne verwässert" (Merkel 1993, S. 179). Zuvor galt eine hohe und progressive Einkommenssteuer als Kern der Redistribution und als Legitimation für den Zugang von Personen mit hohem Einkommen zu den öffentlich erbrachten Sozialleistungen. 1981 setzte die SAP aus der Opposition heraus - zusammen mit den Liberalen und dem Zentrum - eine Reduzierung der nationalen Einkommenssteuer durch (und trug damit zum Scheitern der bürgerlichen Koalitionsregierung bei). 1990 entfiel die nationale Einkommenssteuer - wiederum nach einer Kooperation mit den Liberalen - für 85 % der Bevölkerung. Diese hatten nur noch die einheitliche kommunale Einkommenssteuer von 30 % zu entrichten. Die Einnahmeverluste des Staates wurden zum größten Teil durch eine ausgeweitete Mehrwertsteuerbasis und eine stärkere Besteuerung von Kapitaleinkommen, Immobilien und anderen Vermögenswerten kompensiert. Die Möglichkeiten, geschäftliche Verluste und Schulden von der Steuer abzusetzen, wurden eingeschränkt (Sainsbury 1991, S. 36f; Merkel 1993, S. 173).⁹³

4.5.2.2. SAP und Gewerkschaften

Die Regierung versuchte, die Gewerkschaften zur Akzeptanz einer moderaten Lohnpolitik zu bewegen, sie für die Umverteilung zugunsten des Kapitals zu gewinnen und der Dezentralisierung der Lohnverhandlungen entgegenzuwirken. Steuersenkungen (1983, 1985 und 1990) sollten das Einkommen der Haushalte erhöhen und Lohnforderungen mindern, mehrere Preisstopps besaßen das gleiche Ziel. Die Lohndrift sollte verringert werden, indem die freie Verwendung der Unternehmensgewinne durch Zwangseinlagen in neu geschaffene Depots und Fonds, Zusatzsteuern sowie erhöhte Kapital- und Ertragssteuern beschnitten wurde. Die Lohnverhandlungen versuchte die Regierung mit Koordinationsgesprächen zu beeinflussen. Im öffentlichen Sektor setzte sie Grenzwerte für Lohnsteigerungen fest und drohte für den Fall höherer Vertragsabschlüsse einen Personalabbau an. Im Verlauf der 80er Jahre erwiesen sich diese Bemühungen jedoch in stabilitätspolitischer Hinsicht als nicht erfolgreich (Mesch 1992, S. 491ff; s.u.).

Nachdem die Regierung Ende der 80er Jahre in einer Phase zentralisierter Verhandlungen wieder eine passive Rolle eingenommen hatte, änderte sich das 1990, als die Gewerkschaften sich auf eine Öffnungsklausel in den Tarifverträgen

⁹³ 1992 entfielen 28 % des durchschnittlichen Einkommens von 119.400 Kronen auf die Einkommens- und Vermögenssteuer. Der Anteil war damit geringer als in Dänemark, Finnland und Norwegen (Nordic Statistical Secretariat 1995, S. 263).

beriefen, die für den Fall einer Preissteigerung über 4 % Neuverhandlungen vorsah. Die Regierung forderte zentrale Verhandlungen, die von der SAF abgelehnt wurden. Die Arbeitgeberseite verlangte stattdessen einen Lohn- und Preisstopp, worauf die Regierung Carlsson eine Gesetzesvorlage über einen Lohnstopp und ein Streikverbot im Parlament einbrachte. Dort wurde der Entwurf abgelehnt. Ebenfalls 1990 brach die SAP mit Wahlversprechen von 1988, in denen sie eine Verlängerung des Urlaubs und einen Ausbau des Bildungsurlaubs angekündigt hatte. Es kam zu einer Zuspitzung der Konflikte zwischen der SAP und den Gewerkschaften, dem sogenannten "Rosenkrieg".⁹⁴

Nach dem Scheitern von Lohnstopp und Streikverbot wurde die Rehnberg-Kommission eingesetzt. Ihr gehörten Vertreter des Staates, der SAF, der LO, der TCO und der SACO an. Sie hatte die Aufgabe, die Tarifverhandlungen in den verschiedenen Sektoren zu koordinieren. Als dies nicht gelang, bekam die Kommission ein neues Mandat: Nun bestand ihre Aufgabe darin, die Arbeitsmarktparteien von einem zweijährigen Stabilisierungspaket zu überzeugen, mit dem Verhandlungen auf der lokalen Ebene verboten und eine Verrechnung der Lohndrift von 1991 mit Lohnerhöhungen 1992 vorgesehen waren. Das Paket kam zur Wirkung. Damit entstand in Schweden eine neue Form der Tarifbeziehungen. Sie läßt sich einerseits als "Super-Zentralisierung" interpretieren, da alle Parteien eingebunden waren. Andererseits stellt sie gleichzeitig eine "Super-Dezentralisierung" dar: Auf der betrieblichen Ebene wurde nicht mehr verhandelt. Dadurch erhielt die Arbeitgeberseite erhebliche Spielräume bei der Lohngestaltung: "The unions' room for manoeuvre was reduced in two ways: their normal role at the peak level was exclusively assumed by the commission itself; and at the workplace level employers were assigned a monopoly role in wage-setting." (Kjellberg 1992, S. 115) Seit dem Ende der Vereinbarung werden die Verhandlungen auf der Branchen- und auf der betrieblichen Ebene geführt.

Als Arbeitgeber verhielt sich der Staat im Widerspruch zu seinen Bemühungen, an den zentralisierten Verhandlungen festzuhalten. Mit Versuchen, die Lohnentwicklung im öffentlichen Sektor von der im privaten Sektor abzukoppeln, ging die Umstellung auf eine individualisierte und lokal differenzierte Lohnstruktur einher. Für die Lohnverhandlungen wurde der öffentliche Sektor in Sub-Sektoren eingeteilt, um die Differenzierungen zu realisieren und den Widerstand der Gewerkschaften zu schwächen (Ferner 1994, S. 66f; Kjellberg 1992, S. 112f; Mesch 1992, S. 492ff).

Neben den Auseinandersetzungen um die Lohnpolitik gab es weitere Konfliktfelder zwischen den Gewerkschaften (insbesondere der LO) und der SAP. Die Steuerreformen wurden von der LO kritisiert, da hohe Einkommen stärker entlastet wurden als niedrige. Auch in der Energiepolitik kam es zu Konflikten: Während die SAP

⁹⁴ Interessanterweise wurden die Streiks 1990 von Bankangestellten und Beschäftigten des öffentlichen Sektors getragen (Ryner 1994, S. 263). Schon in den 80er Jahren zeigten die Angestellten und die Beschäftigten des öffentlichen Sektors eine größere Streikbereitschaft als die des industriellen Sektors.

einen Ausstieg aus der Atomenergie ins Auge faßte und damit einem ökologischen Bewußtsein Rechnung trug, das hauptsächlich von Seiten der neuen Mittelschicht artikuliert wurde, trat die LO für ein Festhalten an der atomaren Energieversorgung ein (Sainsbury 1991, S. 52). Das Beitritts-gesuch zur EG stieß unter Gewerkschaftsmitgliedern ebenfalls auf Widerspruch: Stimmte die Hälfte der SAP-Mitglieder beim Volksreferendum zum EU-Beitritt mit "Nein", lehnten 63 % der LO-Mitglieder den Beitritt ab (Swensson 1994a, S. 2).

4.6. Zusammenfassung

Mit der Krise des Fordismus sank der ökonomische Verteilungsspielraum. Die Reallohnzuwächse verlangsamten sich, die Investitionstätigkeit ging zurück. Das Beschäftigungsniveau wurde durch die Expansion des öffentlichen Sektors ausgedehnt, die Arbeitslosigkeit blieb niedrig. Die Staatsausgaben und die Staatsverschuldung stiegen an. Die schwedischen Unternehmen sind in erheblichem Umfang in den Weltmarkt integriert, die Außenhandelsverflechtung erhöhte sich, die Unternehmensstrukturen sind stark internationalisiert. Die Finanzmärkte wuchsen an und entzogen sich der staatlichen Regulierung.

Unter den veränderten ökonomischen und politischen Bedingungen wandelte sich das Schwedische Modell in den 70er Jahren. Der öffentliche Sektor wurde immens ausgebaut. Der Wohlfahrtsstaat wurde zum zentralen Element des Schwedischen Modells. War das Modell in den 60er Jahren stark auf die Förderung der Wachstumsdynamik im Unternehmenssektor ausgerichtet und verbanden sich die sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Zielsetzungen "Vollbeschäftigung" und "Gleichheit" mit der Förderung von Wirtschaftswachstum und Produktivitätszuwächsen, wurde in den 70er Jahren der Wohlfahrtsstaat zum zentralen Träger von Vollbeschäftigung und Gleichheit. Dies war jedoch mit Kosten verbunden. Deren Verteilung wurde in den 80er Jahren zum Problem.

Im Unterschied zum Schwedischen Modell der 60er Jahre gab es kein Positiv-Summen-Spiel mehr, Verteilungskonflikte führten dazu, daß die Institutionen des Modells in Frage gestellt wurden. Die LO-Gewerkschaften forderten die Demokratisierung der Wirtschaft. Damit knüpften sie an die Tradition des alten Schwedischen Modells an, die Voraussetzungen für Vollbeschäftigung und egalitäre Ziele unmittelbar im Unternehmenssektor zu schaffen. Sie fanden für diesen Vorstoß jedoch keine Unterstützung. Mit der Niederlage um die Arbeitnehmerfonds verloren sie ihre Rolle als "policy maker" und damit an Einfluß auf die SAP. Unter der Führung der SAF bildete sich eine neo-liberale Opposition heraus, die den Wohlfahrtsstaat kritisierte und gegen die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie Stellung bezog.

Mit dem Tarifverhandlungssystem erodierte eine tragende Säule des Schwedischen Modells. Die Voraussetzungen für eine solidarische Lohnpolitik waren nicht mehr gegeben, die LO verlor auch in der Tarifpolitik an Einfluß. Der Zerfall des

Systems "zentralisierter Selbstregulierung" hat mehrere Ursachen. Mit dem strukturellen Wandel der Wirtschafts- und Beschäftigungsstruktur haben sich die Akteurs- und Machtkonstellationen verändert. Konfliktlinien verliefen zwischen Arbeiter- und Angestelltengewerkschaften und den Beschäftigten des privaten und öffentlichen Sektors. Letzterer erinnert an die Auseinandersetzung im Rahmen des Streiks in der Bauindustrie in den 30er Jahren.

Unter Führung der Arbeitgeber der schwedischen Exportindustrie wurde Druck auf die Dezentralisierung des Verhandlungsgefüges ausgeübt. Dahinter stand das Interesse, die Lohnentwicklung von der in anderen Branchen zu entkoppeln und die solidarische Lohnpolitik auszuhebeln. Letztere kollidierte mit veränderten Managementstrategien und dem Interesse an differenzierteren und auf die individuelle Leistung bezogenen Lohnstrukturen. Gleichzeitig hatten die zentralisierten Verhandlungsstrukturen für die Arbeitgeber des Exportsektors ihre Funktion verloren: Die Tarifführerschaft des exponierten Sektors ging verloren, die solidarische Lohnpolitik war nicht mehr von Vorteil. Vielmehr wirkte sie sich mit der Stärke der Gewerkschaften im öffentlichen Sektor negativ aus.

Für die SAP wurde es zunehmend schwieriger, heterogene Interessen ihrer Wähler zu befriedigen. War es ihr durch den Ausbau des Wohlfahrtsstaates gelungen, die Interessen ihrer traditionellen Wähler mit denen der neuen Mittelschichten zu verbinden, warf die breite Wählerbasis mit ihren unterschiedlichen Wertorientierungen und aufgrund von Verteilungskonflikten nun Probleme auf. Statt dem Kurs der LO zu folgen und die Zukunft des Schwedischen Modells auf der linken Seite zu suchen, setzte sie auf die Marktkräfte. Dies entsprach einer Rechtsentwicklung an der Wählerbasis, führte jedoch zu Konflikten.

Die Kooperation mit den Liberalen, die kritische Position gegenüber dem öffentlichen Sektor, die marktorientierte und kapitalfreundliche Politik, die Akzeptanz von wachsenden Einkommensdifferenzen und die Konfrontationen in der Lohnpolitik irritierten und spalteten die sozialdemokratischen Wähler und Parteimitglieder. Insbesondere die veränderte Bewertung des Wohlfahrtsstaates führte die SAP in ein "ideologisches Vakuum" (Wörlund 1992, S. 139). Nachdem der Wohlfahrtsstaat in der sozialdemokratischen Ideologie in der Vergangenheit einen zentralen Platz einnahm und ihm die Funktion zugesprochen wurde, Wirtschaft und Gesellschaft zu gestalten, entstand mit der Abkehr von diesem "Projekt" eine ideologische Leerstelle, die nicht durch eine bloße Verteidigung des Standards sozialer Sicherungssysteme gefüllt werden konnte.

Ließ sich die sozialdemokratische Strategie der 80er Jahre trotz der politischen Konflikte zunächst aufgrund des Festhaltens an den tragenden Säulen des Wohlfahrtsstaates und dem weiterhin hohen Beschäftigungsniveau als eine erfolgreiche Korrektur der Ergebnisse von möglicherweise zu ambitioniert verfolgten Zielsetzungen interpretieren, als eine erfolversprechende Modernisierung sozialdemokratischer Politik, so wird rückblickend deutlich, daß es ihr weder gelang, die politischen Konflikte zu entschärfen, noch eine befriedigende Lösung für ökonomi-

sche Probleme zu finden. Der Dritte Weg, und mit ihm das Schwedische Modell, fanden ihr Ende in der Rezession der 90er Jahre.

5. Das Ende des Schwedischen Modells

5.1. Die Wirtschaftskrise der 90er Jahre und ihre Folgen

Anfänglich schien der "Dritte Weg" erfolgreich. Bis 1985 kam es zu mäßigen Lohnerhöhungen, die Inflationsrate sank. Der wirtschaftliche Aufschwung wurde zunächst von einem Exportanstieg, dann von Investitionen und letztlich vom Konsum getragen. Die Deregulierung der Kreditmärkte 1985/86 trug wesentlich zum Konsumboom bei. Die Zinsen stiegen in den 80er Jahren an, blieben im internationalen Vergleich jedoch relativ niedrig. Die Staatsausgaben und die Staatsverschuldung sanken in Relation zum BIP erheblich, das Defizit im Staatshaushalt wurde abgebaut. 1987 wies dieser wieder einen Überschuß aus. Die Handelsbilanz war deutlich positiv, das Leistungsbilanzdefizit niedrig. Zur Konsolidierung des Staatshaushaltes trugen der Abbau von Subventionen, die Begrenzung von Kostenzuwächsen im öffentlichen Dienst und niedrigere Ausgaben für die aktive Arbeitsmarktpolitik bei. Aufgrund der günstigen wirtschaftlichen Entwicklung waren Einsparungen möglich, ohne einen Anstieg der Arbeitslosigkeit in Kauf nehmen zu müssen. Soziale Leistungen wurden nicht gekürzt, der Anstieg der Sozialausgaben lag dennoch unter dem Wachstum des BIP (Mesch 1992, S. 480ff).

Tab. 18: Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Schweden 1982-1990

	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990
Wachstum BIP*	-2,2	3,9	6,2	3,2	2,9	3,1	3,9	2,5	1,2
Leistungsbilanz**	-3,6	-0,9	0,6	-1,4	-0,1	-0,1	-0,4	-1,8	-2,9
Konsumentenpreise*	8,6	8,9	8,0	7,4	4,2	4,2	5,8	6,4	10,5
Lohnstückkosten*	3,7	5,9	5,1	7,3	6,4	5,0	7,0	11,2	9,3
Kapitalrendite	9,5	10,0	10,9	10,6	10,7	10,5	10,7	10,2	9,3
Profitquote	29,6	31,8	33,1	32,3	31,8	31,2	31,5	29,6	27,4
Arbeitslosenquote	3,2	3,5	3,1	2,9	2,7	2,1	1,8	1,5	1,7
aktive Arbeitsmarktpolitik (in % d. Erwerbsbevölkerung)***		3,9	3,9	3,3	3,3	3,3	3,3	3,0	3,1
Staatshaushalt**	-7,0	-5,0	-2,9	-3,8	-1,2	4,2	3,5	5,4	4,2
Brutto-Staatsverschuldung**	61,7	65,5	67,0	67,6	67,1	59,1	53,5	48,4	44,4

* Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

** in % des BIP

Quelle: OECD (1995a); außer ***: Schwedisches Institut (1994, S. 2)

Zum Ende der 80er Jahre überhitzte die wirtschaftliche Entwicklung, und als 1991 sowohl die schwedische als auch die internationale Nachfrage zurückgingen, stürzte Schweden in die Krise. Das BIP sank zwischen 1991 und 1993 um 5 %. Erst 1994 wurde es wieder positiv. Die offene Arbeitslosigkeit stieg von 1,7 % (1990) auf 8,2 % (1993). 1995 liegt sie etwas unter 8 % (OECD 1995; OECD 1994, S. 35ff) (Tab.19). Der Anteil der Langzeitarbeitslosen unter den Arbeitslosen lag 1994 zwischen 35 % und 40 % (OECD 1995, S. 17). Trotz eines Zuwachses der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter verringerte sich die Anzahl von Erwerbspersonen um 260.000. In der Personengruppe der unter 25jährigen reduzierte sich

die Erwerbsbeteiligung mit -17 % besonders stark (OECD 1994, S. 35ff). Über 500.000 Arbeitsplätze wurden abgebaut, zwischen 1990 und 1994 gingen im industriellen Sektor 29 % der Arbeitsplätze verloren (Kuntze 1994, S. 38). Betroffen waren zunächst hauptsächlich die "männlich dominierten" Sektoren, weswegen die Arbeitslosenquote der Männer etwas über der der Frauen lag. Waren 1990 mit 166.900 Personen 3,7 % der Erwerbsbevölkerung in Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik integriert, erhöhte sich deren Anzahl bis 1993 auf 6 % der Erwerbsbevölkerung.

Tab. 19: Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Schweden nach 1990

	1990	1991	1992	1993	1994"	1995"	1996"
Wachstum BIP*	1,4	-1,1	-1,9	-2,1	2,3	2,3	2,5
Leistungsbilanz**	-2,9	-2,0	-3,1	-0,9	1,1	2,3	3,4
Konsumentenpreise*	10,5	9,3	2,3	4,6			
Lohnstückkosten*	9,3	5,8	0,1	0,5	0,7	1,5	1,7
Kapitalrendite	9,3	10,1	11,1	12,0	12,6	12,6	12,8
Profitquote	27,4	28,7	31,1	34,0	34,8	34,9	35,2
Arbeitslosenquote	1,7	2,9	5,3	8,2	7,9	7,7	7,5
aktive Arbeitsmarkt-politik (in % d. Erwerbsbevölkerung)***	3,1	3,7	5,4				
Staatshaushalt**	4,2	-1,1	-7,4	-13,5	-11,2	-10,2	-9,7
Brutto-Staatsver-schuldung**	44,4	53,4	70,1	83,5	93,8	102,7	110,5

" geschätzte Werte

* Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %

** in % des BIP

Quelle: OECD (1995a); außer ***: Schwedisches Institut (1994, S.2)

Tab. 20: Arbeitsmarkt in Schweden

	1989	1990	1991	1992	1993"
Bevölkerung 16-64 Jahre*	5 356	5 397	5 424	5 446	5 458
Arbeitskräfte*	4 527	4 577	4 552	4 464	4 317
Erwerbsbeteiligung insgesamt**	84,5	84,8	83,9	82,0	79,1
16-25 Jahre	69,2	68,3	64,8	58,5	51,3
25-55 Jahre	93,1	93,2	92,6	91,5	89,8
55-64 Jahre	69,4	70,7	71,7	69,7	67,4
Männer	86,8	87,0	86,0	84,0	80,9
Frauen	82,8	82,6	81,7	79,9	77,3
Beschäftigte*	4 466	4 508	4 430	4 250	3 985
davon: Teilzeit	1 059	1 046	1 036	1 045	1 005
Arbeitslose (1)*	67	75	133	233	332
Arbeitslosenquote	1,5	1,6	2,9	5,2	7,7
Personen in Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarkt-politik (2)*	61	55	91	162	207
(1)+(2)	128	130	224	395	539
(1)+(2) in %	2,8	2,8	4,9	8,8	12,5

* in Tausend

** in %

" 1. Halbjahr

Quelle: OECD (1994, S.36)

Wie in den 70er Jahren fiel die Krise mit dem Antritt einer bürgerlichen Regierungskoalition zusammen. Diese kündigte unter dem Konservativen Carl Bildt an, den Wohlfahrtsstaat abzubauen, die Steuern zu senken und die Inflation zu bekämpfen (Zank 1993). Trotz erheblicher Einschnitte in die Leistungen der Sozialversicherungen betrug das Budgetdefizit 1993 dennoch 13,5 % des BIP, 1995 sind es ca. 10 %. Die Staatsverschuldung betrug 1994 beinahe 80 % des BIP, 30 % davon entfallen auf Schulden gegenüber dem Ausland. Allerdings fällt die Netto-Staatsverschuldung mit 23 % des BIP erheblich geringer aus (OECD 1995, S. 26 u. S. 36).

Um die Inflation zu bekämpfen und den Wechselkurs zu stabilisieren, hob die Reichsbank nach 1990 die Zinsen an. Erst nachdem sie im November 1992 den Kurs der Krone floaten ließ⁹⁵ und dieser erheblich fiel, belebte sich die Exporttätigkeit. Durch den Kursverfall von -20 % zwischen 1992 und 1993 sowie Produktivitätssteigerungen sanken die Lohnstückkosten im Exportsektor um beinahe 30 %. Die Arbeitsproduktivität stieg - durch Rationalisierungen und Entlassungen - zwischen 1990 und 1993 um 7,5 %, im produzierenden Gewerbe um 12 %. Die Profitquote und die Kapitalrendite stiegen an. Die Nachfrage auf dem schwedischen Markt blieb jedoch gedämpft (OECD 1995, S. 3ff). Mit dem exportgeführten Aufschwung ab 1994 wurden kaum neue reguläre Vollzeit Arbeitsplätze geschaffen. Der zusätzliche Bedarf an Arbeit wurde durch Überstunden und Zeitverträge ausgeglichen. Die Anzahl der Selbständigen hat sich nach 1991 um 30.000 erhöht. Ein neues Phänomen ist, daß sich die Lohnsteigerungen von der Höhe der Arbeitslosigkeit entkoppelt haben: In der Vergangenheit wies die Reallohnentwicklung gegenüber der Arbeitslosenquote eine hohe Sensibilität auf. Dagegen stiegen die Reallöhne nach den Tarifverhandlungen 1994/95 im Exportsektor trotz der hohen Arbeitslosigkeit erheblich an (OECD 1995, S. 15f).

Unter der bürgerlichen Koalitionsregierung kam es, z.T. mit Zustimmung der SAP (Pierre/Widtfeldt 1993, S. 545), zu mehreren Kürzungen im Transfersystem (OECD 1994, S. 95f). Die SAP setzte nach ihrem Regierungsantritt 1994 den Sparkurs fort. Die Liste der seit 1991 getroffenen Sparmaßnahmen ist lang. Im Wohnungsbau wurden Zuschüsse gestrichen. Lohnersatzleistungen nach Arbeitsunfällen wurden reduziert. Bei krankheitsbedingter Arbeitsunfähigkeit ist der Arbeitgeber seit 1994 in den ersten beiden Wochen für die Zahlung des Krankengeldes zuständig.⁹⁶ Begründet wurde dies u.a. damit, daß das Interesse des Arbeitgebers an einem verbesserten Arbeits- und Gesundheitsschutz verstärkt wird. Zweifellos hat diese Reform jedoch auch einen disziplinierenden Effekt. Zusätzlich wurden die Leistungen gekürzt: Statt wie zuvor 100 % des Einkommensverlustes werden nun, abhän-

⁹⁵ Aufgrund von Währungsturbulenzen wurden die Zinsen in Schweden am 16. Sept. 1992 auf 500 % heraufgesetzt, am 21. Sept. lagen sie noch bei 50 %, im Oktober bei 13 % (Pierre / Widtfeldt 1993, S. 544). 1994 waren es 7 bis 8 % (Swensson 1994, S. 7).

⁹⁶ Diskutiert wird, die Verhandlungen über die Höhe der Lohnersatzzahlungen an die Tarifparteien zu delegieren. Viklund (1994, S. 185f) wirft die Frage auf, ob sich mit dieser Reform ein Schritt vom universalistischen Wohlfahrtsstaat zu einem Wohlfahrtsstaatstyp Bismarckscher Prägung abzeichnet.

gig von der Krankheitsdauer und dem Abschluß von Zusatzversicherungen, zwischen 65 % und 90 % erstattet.⁹⁷ Die Eigenbeteiligung der Arbeitnehmer an der Krankenversicherung erhöht sich bis 1995 von 1 % auf 5,95 % des Arbeitsein-

komponente der Arbeitslosenversicherung und der Familienversicherung von 68,8%

menssteuer für Besserverdienende (über 221.000 Kronen im Jahr¹⁰²) von 20 % auf 25 %. Ebenfalls angehoben wurden die Steuern auf Kapitalerträge, Dividenden und Kursgewinne sowie die Grundsteuer. Im Gegenzug wurden Abschreibungsmöglichkeiten im Wohnungsbau und für Unternehmen erweitert (Kuntze 1995, S. 34f). Weitestgehend hält die SAP jedoch an den Sparmaßnahmen der bürgerlichen Koalitionsregierung fest und setzt den Konsolidierungskurs fort. Die im Zusammenhang mit dem Maastrichter Konvergenzprogramm geplanten Konsolidierungsmaßnahmen sind in Tabelle 21 aufgelistet.

Tab. 21: Konsolidierungsmaßnahmen 1995-1998; in Milliarden Kronen zu Preisen von 1994

Ausgabensenkungen	58,1
darunter: Pensionen	8,0
Erstattungsniveau der Sozialversicherungen von 75 %	6,0
veränderte Bemessungsgrundlage in den Sozialversicherungen	8,0
Kürzungen im Kindergeld	6,0
Senkung des Konsums des Zentralstaates	6,0
weitere Maßnahmen	24,1
Mehreinnahmen	39,2
darunter:	
Beitragserhöhung der Krankenversicherung	14,0
Erhöhung der Steuern auf Kapitaleinkommen und Vermögen	13,0
Erhöhung der staatlichen Einkommensteuer	4,3
Mehrwertsteuersenkungen für Lebensmittel	-7,7
Steuersenkungen	-7,3
weitere Maßnahmen	22,9
Konsolidierungsmaßnahmen insgesamt	97,2

Quelle: OECD (1995, S. 31)

Die Gewerkschaften haben dem Sozialstaatsabbau nur wenig entgegenzusetzen. Während Altvater/Mahnkopf (1992, S. 178) die schwedischen Gewerkschaften als einen gesellschafts- und arbeitspolitisch relevanten Akteur betrachten, "der einem fortschreitenden Abbau sozialer und industrieller Bürgerrechte wirksam Widerstand entgegenzusetzen kann", kann mit Meidner (1994, S. 6) festgehalten werden, daß es sich bei diesen um einen "Koloß mit tönernen Füßen" handelt. Die klassischen Arbeitergewerkschaften als Trägerinnen der politischen Gewerkschaftsbewegung schrumpfen und verlieren gegenüber den "unpolitischen" Angestelltengewerkschaften an Einfluß. Zweitens unterminierte die sozialdemokratische Wirtschaftspolitik das Vertrauen der Basis in die Gewerkschaftsführung: Angesichts steigender Unternehmensgewinne war die Forderung nach Lohnzurückhaltungen nicht durchzusetzen und kontraproduktiv. Drittens ging der Arbeitgeberverband in die Offensive: Das Ende der zentralisierten Lohnverhandlungen bedeutet das Ende der solidarischen Lohnpolitik. Die Arbeitslosigkeit und die zeitweilige Aussetzung der

Arbeitslosenversicherung durch die Teilnahme an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen gestrichen und das "last in - first out" Prinzip bei Entlassungen aufgeweicht (OECD 1995, S. 54).

¹⁰² Das entspricht ungefähr dem doppelten Durchschnittseinkommen.

Tarifautonomie durch die Rehnberg-Kommision schwächten die Gewerkschaften ebenfalls. 1991 zog die SAF ihre Vertreter aus staatlichen Gremien zurück. Unter der bürgerlichen Koalition wurden daraufhin auch die Gewerkschaftsvertreter abgesetzt: Der schwedische Korporatismus hat sein Ende gefunden. Letztlich sind die Probleme auch bei den Gewerkschaften selbst zu suchen: Es gelang nicht, eine "rationale Lohnstruktur" zu entwickeln, mit der Lohnunterschiede hätten gerechtfertigt werden können und deren Akzeptanz Lohnkonkurrenzen zwischen Einzelgewerkschaften verhindert hätten (vgl. ebd., S. 6ff).

5.2. Die Ursachen der Wirtschaftskrise und die Problematik des Dritten Weges

Die SAP war in den 80er Jahren angetreten, die Vollbeschäftigung zu verteidigen und den Wohlfahrtsstaat in seinen Grundzügen zu erhalten. Mit der Krise zu Beginn der 90er Jahre scheiterte dieses Vorhaben. Die Arbeitslosigkeit unterminiert den "Wohlfahrtsstaat sicher effektiver [...], als es irgendwelche neoliberalen Offensiven je zustandebrächten." (Huber/ Stephens 1993, S. 7). Die wohlfahrtsstaatlichen Ausgaben steigen, während die Einnahmen sinken. Die Kürzungen der Sozialleistungen erweitern die Einkommensdifferenzen und widersprechen den egalitären Zielsetzungen. Auf der anderen Seite wächst die Kritik am universalistischen und einkommensbezogenen Wohlfahrtsstaat: Mit der Arbeitslosigkeit steigen die Spannungen zwischen Leistungsempfängern und Zahlern. Besserverdienende werden mit einem sinkenden Leistungsniveau nach einer privaten Absicherung streben (vgl. Marklund 1988, S. 483; Kuhnle 1989 u. 1991). Damit verstärken sich gegenüber den Überresten des Schwedischen Modells die zentrifugalen Tendenzen.

Der Handlungsdruck der Krise verhindert einen moderaten Umbau des Wohlfahrtsstaates. Mit der hohen offenen Arbeitslosigkeit haben sich die Möglichkeiten für eine Vollbeschäftigungspolitik verschlechtert. Nach Moene/Wallerstein (1995, S. 200ff) kann davon ausgegangen werden, daß eine niedrige Arbeitslosenquote zu ihrer eigenen Stabilisierung beiträgt. Unter den Bedingungen eines generellen Arbeitskraftmangels ist davon auszugehen, daß Arbeitgeber dazu neigen, Arbeitskräfte auch in Konjunkturabschwüngen zu "horten", wenn ein Aufschwung absehbar ist: "It is widely recognized that raising the cost of laying off workers inhibits firms from hiring. Less appreciated is the reverse point: The greater the cost of filling vacancies, the fewer workers firms will lay off." (ebd., S. 200) Diese Situation hat sich mit der Arbeitslosigkeit verändert: Das Horten von Arbeitskräften ist nicht mehr notwendig, die Konkurrenz um diese hat abgenommen. Es ist für Arbeitgeber günstiger, die Anzahl der Beschäftigten flexibel an die Nachfrage anzupassen, zu diesem Zweck eine Deregulierung der Beschäftigungsverhältnisse zu fordern, und selber, z.B. durch befristete Arbeitsverhältnisse oder Überstunden (s.o.), Verpflichtungen gering zu halten. Dementsprechend ist es leichter, einen hohen Beschäftigungsstand zu erhalten, als aus der Arbeitslosigkeit in die Vollbeschäftigung

tigung zurückzukehren. Gleichzeitig wird eine politische Mobilisierung für "Vollbeschäftigung" - bzw. eine möglichst gleichmäßige Verteilung des Erwerbsarbeitsvolumens - erschwert. Hier gilt ähnliches wie für die Arbeitslosigkeit: Es ist leichter, in einer relativ homogenen Gesellschaft einen Status quo an Egalität zu erhalten, als diese in einer Gesellschaft mit hohen Einkommensdifferenzen und einem fragmentierten Arbeitsmarkt zu verringern. Unter diesen Aspekten markiert die Krise in Schweden einen qualitativen Sprung, keine konjunkturelle Schwankung. Und makroökonomische Mängel der Politik sowie das Verhalten gesellschaftlicher Akteure haben hierzu beigetragen (ebd., S. 205).

Die Politik des "Dritten Weges" konnte diese Entwicklung nicht verhindern. Zum Teil kann die gegenwärtige Situation sogar mit seinen Mängeln erklärt werden. Nach dem Rehn-Meidner-Modell bzw. dem Schwedischen Modell der 60er Jahre sollten zum einen der Staat (mit einer antizyklischen Wirtschaftspolitik sowie der aktiven Arbeitsmarktpolitik) und zum anderen die Arbeitsmarktparteien (durch ihre Lohnpolitik) Vollbeschäftigung, eine stabile konjunkturelle Entwicklung, Preisstabilität und internationale Konkurrenzfähigkeit gewährleisten. Dies gelang mit dem "Dritten Weg" in den 80er Jahren nicht. Die Inflation war hoch, und die ökonomische Krise sowie die Konjunkturschwankungen waren sowohl im Vergleich zu den vorangegangenen Krisen der 70er und 80er Jahre als auch im Vergleich zu den OECD-Ländern außergewöhnlich stark ausgeprägt. Dem längsten und stärksten Boom seit den 60er Jahren folgte die tiefste Rezession seit den 30er Jahren (OECD 1994, S.11). Hierfür gibt es mehrere Ursachen.

Zum einen fielen die Produktivitätszuwächse in der Hochkonjunktur niedrig aus¹⁰³ und dämpften nicht den Inflationsdruck, der aus einer überhitzten Nachfrage nach Arbeitskräften und damit verknüpften Lohnsteigerungen entstand. Das Wirtschaftswachstum beruhte zu einem großen Teil auf dem vermehrten Einsatz von Arbeit (Pontusson 1995, S. 37). Die SAP setzte mit ihrem "Dritten Weg" bei einer Umverteilung zugunsten des Kapitals vergeblich auf die Lohnzurückhaltung der Gewerkschaften. Ihr Ansatz stand im Gegensatz zu den Annahmen des Rehn-Meidner-Modells, nach denen Gewerkschaften ihre Lohnpolitik an der Dynamik des Arbeitsmarktes ausrichten müssen und die Unternehmensgewinne nicht zu hoch ausfallen dürfen, wenn Lohndrift vermieden werden soll. Die Akzeptanz für Lohnzurückhaltungen war angesichts der steigenden Unternehmensgewinne an der Gewerkschaftsbasis gering. Desweiteren war nicht mehr gesichert, daß die zusätzlichen Unternehmensgewinne als Investitionen in Schweden Verwendung fanden. Ein großer Teil wurde auf Kapitalmärkten angelegt oder außerhalb Schwedens investiert. Damit war die Legitimationsgrundlage, mit der ein Lohnverzicht im Modell der 60er Jahre gerechtfertigt wurde, nicht mehr gegeben (Ryner 1994, S. 259 u. S. 263). Hinzu kam der Zerfall des Tarifverhandlungssystems mit seinen Koordinationsproblemen.

¹⁰³ Zwischen 1985 und 1990 erhöhte sich die Produktivität (BIP pro Beschäftigtem) im Durchschnitt um 1,1 % im Jahr. 1989 lag sie bei 0,6 %, 1990 bei -1,1 % (OECD 1992).

Der Kosten-Wettbewerbsvorteil der Abwertung von 1982 ging aufgrund der Inflation und dem Anstieg der Lohnstückkosten verloren. Die SAP sah in einer "Kostenkrise" und dem Verlust internationaler Wettbewerbsfähigkeit das zentrale Problem der schwedischen Wirtschaft. Die Ursachen der Krise in den 90er Jahren lagen jedoch zum geringeren Teil auf der Angebotsseite. Das Leistungsbilanzdefizit stieg aufgrund der hohen Inlandsnachfrage nach Konsumgütern und dem großen Importbedarf bei Investitionen und für die Produktion in Schweden (Mesch 1992, S. 480ff). Aber die externen Bilanzdefizite waren selbst in der Hochphase der Konjunktur undramatisch, in ihnen drückte sich keine gravierende Konkurrenzschwäche schwedischer Unternehmen aus. Ein sinkender Wechselkurs hätte die Ungleichgewichte korrigieren können. Als problematisch erwies sich jedoch das Festhalten an einem stabilen Wechselkurs (OECD 1994, S.15). Die Schwankung der schwedischen Nachfrage wirkte erheblich stärker auf den Einbruch der wirtschaftlichen Entwicklung als Wettbewerbsschwächen schwedischer Unternehmen. Darin liegt ein wesentlicher Grund für die Härte und Länge der Krise.

Die Deregulierung der Kreditmärkte leitete in der zweiten Hälfte der 80er Jahre einen Konsumboom ein. Auf diesen wirkten mehrere Faktoren. Die Deregulierung der Kreditmärkte erweiterte die Möglichkeiten der Kreditaufnahme. Die Attraktivität zum kreditfinanzierten Erwerb von Vermögenswerten wurde durch niedrige Realzinsen bei einer relativ hohen Inflation gefördert. Zudem konnten Schulden, insbesondere im Immobiliensektor, von der Steuer abgeschrieben werden. Die Sparrate sank, kurzfristig wurde sie sogar negativ. Die starke Nachfrage nach Vermögenswerten hatte einen erheblichen Preisanstieg zur Folge. Der wiederum erhöhte die Kreditwürdigkeit des jeweiligen Besitzers. Insbesondere auf dem Immobilienmarkt blühte die Spekulation. Die Inflationsraten erhöhten sich weiter und steigerten die Nachfrage nach Vermögenswerten (OECD 1994, S.11ff; Ryner 1994, S.257).

Mit dem Beginn der Krise veränderte sich diese Konstellation. Im Rahmen der Steuerreform wurde die Möglichkeit abgeschafft, Schulden von der Steuer abzuschreiben. Die Zinsen stiegen mit dem institutionellen Umbau der Reichsbank (als die Krone an den ECU gekoppelt wurde). Die Inflationsrate sank, die Nachfrage nach Immobilien und anderen Vermögenswerten ging zurück, die Spekulationsblase platzte, die Preise verfielen. Aufgrund der hohen Realzinsen, der rückläufigen Konjunktur, Unternehmenskonkursen und der verschlechterten Vermögenssituation der Haushalte (nach dem Preisverfall für Immobilien überstiegen die Hypotheken oftmals den Immobilienpreis) konnten zahlreiche Kredite nicht zurückbezahlt werden. Es kam zu einer Bankenkrise. Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, die hohe Verschuldung, die gestiegenen Zinsen und der Abbau der sozialen Transfers führten zu einer außergewöhnlich hohen Sparrate und einem starken Nachfrageausfall der privaten Haushalte. Dadurch wurden die Auswirkungen der Rezession erheblich verschärft (OECD 1994, S. 11f).

Demnach war die Geldpolitik prozyklisch. Auch die antizyklischen Impulse der Fiskalpolitik waren gering. Die Haushaltsüberschüsse in den späten 80er Jahren waren kein Anzeichen einer restriktiven Politik, sondern konjunkturbedingt. Die Haushaltsdefizite der 90er Jahre wurden durch die Bankenkrise, eine verzögerte Anpassung von Transferzahlungen an die vorangegangene Inflation, durch steuerliche Einnahmeverluste sowie durch die nicht aufkommensneutrale "Jahrhundert-Steuerreform" hervorgerufen (OECD 1994, S. 11ff).¹⁰⁴ Von den Konsolidierungsmaßnahmen gingen in der Krise restriktive Impulse aus.

Die Hochzinspolitik zu Beginn der 90er Jahre markiert einen entscheidenden Wendepunkt in der schwedischen Politik und der Geschichte des Schwedischen Modells. Notermans (1993 u. 1994) betrachtet die Deregulierung der Devisenmärkte und die Anbindung der Krone an den ECU als Ausdruck eines Unvermögens sozialdemokratischer Institutionen, unter stagflationären Bedingungen die Ziele Vollbeschäftigung und Preisstabilität zu verbinden. Für ihn ist es aufgrund der inflationären Entwicklung für die SAP erforderlich geworden, sich von dem Ziel der Vollbeschäftigung zu trennen und eine Stabilitätskrise zu inszenieren: " It is my contention that the policies of exchange deregulation and (de facto) EMS membership must be understood as an effort to find a nominal anchor for the price system." (Notermans 1993, S. 152)

Notermans weist darauf hin, daß sozialdemokratische Politik ihre Wurzeln in der Großen Depression hatte und auf die Überwindung einer Deflation ausgerichtet war. In den 50er und 60er Jahren ermöglichten die Wachstumsraten eine restriktive Politik, ohne daß die wirtschaftliche Entwicklung oder die Vollbeschäftigung gefährdet wurden. Ab den 70er Jahren wurde es jedoch erforderlich, eine Entscheidung zwischen einer restriktiven Politik und der Preisstabilität auf der einen und einer expansiven Politik mit Vollbeschäftigung auf der anderen Seite zu treffen. Nachdem Schweden sich für das Zweite entschieden hatte, waren weder die Reichsbank noch die Tarifparteien in der Lage, den Inflationsdruck zu mindern. Nach Notermans hob die Reichsbank die Zinsen aus beschäftigungspolitischen Gründen nach der Deregulierung der Kreditmärkte zunächst nicht in einer Höhe an, die die Inflationserwartungen der Bevölkerung brach. Erwartet wurden vielmehr weitere Preissteigerungen als Folge einer fortgesetzten Vollbeschäftigungspolitik und weiterer Abwertungen. Die Gewerkschaften waren nach Notermans demgegenüber aufgrund der angespannten Arbeitsmarktlage, der Inflation (den Inflationserwartungen) und der expansiven Geldpolitik nicht in der Lage, Lohnzurückhaltungen durchzusetzen (ebd., S. 146ff).

Aus dieser Analyse leitet Notermans ab, daß eine sozialdemokratische Vollbeschäftigungspolitik derzeit nicht möglich ist. Zweifellos wirkten sich der institutionelle Umbau der Reichsbank und die veränderten Zielsetzungen der Geldpolitik

¹⁰⁴ Von dem Haushaltsdefizit von 13,3 % des BIP 1993 entfielen auf die Bankenkrise 3,5 %, 7 % können mit der Konjunktur erklärt werden, 1% entfällt auf die unterfinanzierte Steuerreform (OECD 1995, S. 28).

fatal auf die wirtschaftliche Entwicklung - und damit auf die Beschäftigung - aus. Damit kann jedoch nicht die Möglichkeit ausgeschlossen werden, auf nationaler Ebene Institutionen zu entwickeln, die auch bei Vollbeschäftigung eine stabile Preisentwicklung gewährleisten. Wie gezeigt wurde, wurde die inflationäre Entwicklung wesentlich durch die stabilitätspolitisch unzureichende Deregulierung der Kreditmärkte verstärkt. Und Lohn-Lohn- sowie Lohn-Preis-Spiralen hatten ihre Ursachen nicht nur in der Vollbeschäftigung, sondern waren mit einer Erosion des Tarifverhandlungssystems verbunden, hinter der strukturelle Ursachen, Verteilungskonflikte und das politische Ziel standen, die Gewerkschaften zu schwächen. Insofern ist Arbeitslosigkeit auch unter den gegenwärtigen Bedingungen kein Sachzwang, sondern Ausdruck von Machtverhältnissen und Verteilungskonflikten - und von daher ein politisch lösbares Problem.

6. Fazit

Das Schwedische Modell existiert nicht mehr. Das Zusammenspiel von Markt und Wohlfahrtsstaat hat sich aufgelöst. Mit der Krise des Fordismus entfielen die ökonomischen und politischen Voraussetzungen, Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie Wachstum und Wohlfahrtsstaat in einem Positiv-Summen-Spiel zu verbinden. Die "korporatistische Struktur mit einer starken Arbeiterbewegung" zerfiel. Die korporatistischen Strukturen existieren nicht mehr. Die zentralisierten Tarifverhandlungen in einem System "autonomer Selbstregulierung" haben ihr Ende gefunden. Das Rehn-Meidner-Modell wurde nicht ersetzt. Die Gewerkschaften wurden geschwächt. Weder die "Demokratisierung der Wirtschaft" noch eine "angebotsorientierte Lohnpolitik" erwiesen sich als tragfähige Konzepte zur Transformation des Schwedischen Modells.

Das Schwedische Modell basierte als sozialdemokratisches Modell auf mehreren Säulen. Unter einer günstigen ökonomischen Entwicklung gelang es der SAP nach dem Zweiten Weltkrieg, im Anschluß an die politischen Entwicklungen der 30er Jahre, eine Regulationsweise institutionell abzusichern, die dem fordistischen Akkumulationsregime entsprach und gleichzeitig als sozialdemokratisches Wohlfahrtsstaatsregime die Dominanz der Partei absicherte. Im Rahmen des Konzepts "Wachstum und Verteilung" und der zentralen Bedeutung der Verbindung von Massenproduktion und Massenkonsum gelang es der SAP als staatlichem Akteur, in der Regulierung von Wirtschaft und Gesellschaft einen zentralen Platz einzunehmen, beide Sphären in einem sozialdemokratischen Gesellschaftsprojekt - gekennzeichnet durch seine Orientierung am Wirtschaftswachstum, seine Erwerbsarbeitszentriertheit und egalitäre Zielsetzungen - aufeinander zu beziehen, und dabei sowohl Kapitalverwertungsinteressen als auch den Interessen abhängig Beschäftigter nachzukommen. Die SAP wurde durch eine breite Unterstützung in der Wahlbevölkerung und die enge Kooperation mit den Gewerkschaften gestützt, das Schwedische Modell wurde von Arbeitgebern, Gewerkschaften und staatlichen Akteuren getragen.

In den 70er Jahren wandelte sich das Modell. Der Ausbau des Wohlfahrtsstaates wurde zu seinem zentralen Bezugspunkt, nachdem die wirtschaftliche Entwicklung im Unternehmenssektor nicht mehr die Voraussetzung bot, soziale und beschäftigungspolitische Ziele zu realisieren. Das nachlassende Wirtschaftswachstum und die Kosten für den Wohlfahrtsstaatsausbau provozierte Verteilungskonflikte. In den 80er Jahren setzte die SAP auf die Marktkräfte, um materielle Ressourcen für die Überwindung der Verteilungskonflikte zu erhalten und ihre politische Position abzusichern. Ihr "Dritter Weg" war jedoch nicht erfolgreich.

Alle von Merkel (s.o.) benannten Ressourcen sozialdemokratischer Politik wurden entweder aufgebraucht oder sie erwiesen sich als problematisch. Das hohe wirtschaftliche Modernisierungsniveau sicherte letztlich nicht die Verbindung von wirtschaftlicher Entwicklung, Vollbeschäftigung und Gleichheit. Es drückt sich insbesondere in der Leistungsfähigkeit schwedischer multinationaler Konzerne aus.

Deren Repräsentanten trieben die Demontage des Schwedischen Modells voran, und von ihnen sind keine Impulse für die Rückkehr zur Vollbeschäftigung zu erwarten.

Die traditionell relativ hohe Weltmarktabhängigkeit unterstützte die Herausbildung von Institutionen, die die Flexibilität gegenüber dem Wandel externer Anforderungen erhöhten. Diese waren in der Vergangenheit jedoch in eine sozialdemokratisch-gewerkschaftliche Gesellschafts- und Sozialpolitik eingebunden. Derzeit gibt es einen Trend, "Flexibilitätpotentiale" von sozialen und gesellschaftlichen Motiven zu entkoppeln.

Die hohe Staatsquote war insbesondere das Ergebnis der Verteidigung des Beschäftigungsniveaus und konnte in den 70er Jahren dazu dienen, den Strukturwandel der schwedischen Wirtschaft sozialverträglich zu gestalten. Mit ihr konnte der Verlangsamung des Wirtschaftswachstums und den dadurch bedingten Verteilungskonflikten allerdings nicht entgegengetreten werden. Der Abbau der Staatsquote und des staatlichen Einflusses wurden zum dominierenden Ziel, die Kritik an ihr zum politischen Problem der SAP.

Hinsichtlich jener Institutionen, die Merkel als Ressourcen sozialdemokratischer Politik betrachtet, ist festzuhalten, daß die industriellen Beziehungen erhebliche Konzertierungsprobleme aufwiesen und in der Form der "zentralisierten Selbstregulierung" nicht mehr existieren, während dieser Prozeß nicht durch staatliche Interventionen kompensiert werden konnte, sondern diese vielmehr zu politischen Konflikten zwischen der SAP und den Gewerkschaften führten. Die Notenbank wurde dem Einfluß der Regierung entzogen, ihre Autonomie wurde gestärkt. Die Legitimation der Bürokratie sinkt, und die Dachorganisationen der Arbeitgeberverbände und der Gewerkschaften haben sich aus ihr zurückgezogen oder wurden entfernt. Vollbeschäftigung und soziale Sicherheit weisen nicht mehr nur populistische Blessuren auf, sondern gingen in den 90er Jahren verloren.

Der Wohlfahrtsstaat war eine wichtige Ressource der SAP. In den 80er Jahren wurde er hingegen immer mehr zu ihrem Problem: Ihre eigene Basis war gespalten, und die Maßnahmen der Regierung führten zu Konflikten mit Beschäftigten des öffentlichen Sektors. Es wurde schwierig, wichtige WählerInnenlager sozialdemokratischer Politik gemeinsam zu mobilisieren: Arbeiter und neue Mittelschichten, den "männlichen Arbeiter im privaten Sektor" und die "weibliche Angestellte im öffentlichen Sektor".

Nachdem die Sozialdemokratie sich von Keynes verabschiedet hat und es zu einem Verlust der Strategiefähigkeit in der Konjunktur- und Beschäftigungspolitik gekommen ist, wenn der Wohlfahrtsstaat als "Ersatz" ausfällt und "Vollbeschäftigung" zur Erinnerung an alte Zeiten geworden ist, bleibt nun abzuwarten, wie die schwedische Sozialdemokratie Andersons Frage nach dem "Wohin?" beantwortet. Ein neuer und zukunftsweisender Weg sozialdemokratischer Politik wurde bisher auch in Schweden nicht beschrritten.

Literaturverzeichnis

- Adam, W. (1994): Flucht nach links; in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20. Sept. 1994
- Ahrne, G./Clement, W. (1994): A New Regime ? Class Representation Within the Swedish State; in: Clement/Mahon (1994), S. 223-244
- Albo, G. (1994): 'Competitive Austerity' and the Impasse of Capitalist Employment Policy; in: Miliband/Panitch (1994), S. 144-170
- Altwater, E. (1988): Nationale Wirtschaftspolitik unter Bedingungen globaler "finanzieller Instabilitäten" - zu Fritz Scharpfs "angebotspolitischem Keynesianismus"; in: Prokla 72 (1988), S.121-136
- Altwater, E. (1994): Operationsfeld Weltmarkt oder: Vom souveränen Nationalstaat zum nationalen Wettbewerbsstaat; in : Prokla 97 (1994), S. 517-547
- Altwater, E. (1994a): Beschäftigungspolitik jenseits von Nationalstaat und "Arbeitszentriertheit"; in: WSI-Mitteilungen 6 (1994), S. 346-357
- Altwater, E./Mahnkopf, B. (1993): Gewerkschaften vor der europäischen Herausforderung. Tarifpolitik nach Mauer und Maastricht; Münster
- Anderson, P. (1995): Die Krise der westeuropäischen Sozialdemokratie und die Aufgaben einer neuen Linken; in: Bibliothek der 90er Jahre; Beilage zur Sozialistischen Zeitung, 29. Jun. 1995
- Anderson, P./Camiller, P. (1995): Mapping the West European Left. Social Democrats, Socialists, Communists, Post Communists; London/New York
- Baglioni, G./Crouch, C. (Hrsg.) (1990): European Industrial Relations. The Challenge of Flexibility; London/Newbury Park/New Delhi
- Bergström, H. (1991): Sweden's Politics and Party System at the Crossroads; in: West European Politics 3 (1991), S. 8-30
- Beyme, K.v. (1992): Skandinavien als Modell. Aufstieg und Fall eines Vorbildes; in: Journal für Sozialforschung 2 (1992), S. 141-155
- Bieling, H.-J. (1995): Arbeitslosigkeit und Wohlfahrtsstaat in Westeuropa. Neun Länder im Vergleich; Marburg
- Bieling, H.-J./Deppe, F. (1996): Internationalisierung, Integration und politische Regulierung; in: Jachtenfuchs/Kohler-Koch (1996), S. 481-512
- Buci-Glucksmann, C./Therborn, G. (1982): Der sozialdemokratische Staat. Die "Keynesianisierung" der Gesellschaft; Hamburg
- Cameron, D.R. (1984): Social Democracy, Corporatism, Labour Quiescence, and the Representation of Economic Interest in Advanced Capitalist Society; in: Goldthorpe (1984), S. 143-178
- Clement, W. (1994): Exploring the Limits of Social Democracy: Regime Change in Sweden; in: Clement/Mahon (1994), S. 373-394

- Clement, W./Mahon, R. (1994): Swedish Social Democracy. A Model in Transition; Toronto
- Delander, L. (1991): Placement, Counselling, and Occupational Rehabilitation in Sweden; Berlin (WZB discussion papers FS I 91 - 6)
- Deppe, F. (1995): Arbeitslosigkeit, Wohlfahrtsstaat und Gewerkschaften in der Europäischen Union; in: Bieling (1995), S. 341-368
- Erikson, R./Hansen, E.J./Ringens, S./Uusitalo, H. (Hrsg.) (1987): The Scandinavian Model. Welfare States and Welfare Research; New York/London
- Errson, S. (1991): Appendix: Basic Facts About Swedish Politics; in: West European Politics 3 (1991), S. 197-203
- Esping-Andersen, G. (1985): Politics Against Markets. The Social Democratic Road to Power; Princeton/New Jersey
- Esping- Andersen, G. (1985a): Power and Distributional Regimes; in: Politics & Society 2 (1985), S. 223-256
- Esping-Andersen, G. (1990): The Three Worlds of Welfare Capitalism; Padstow, Cornwall
- Esping- Andersen, G./Korpi, W. (1984): Social Policy as Class Politics in Post-War Capitalism: Scandinavia, Austria, and Germany; in: Goldthorpe (1984), S. 179-208
- Esping-Andersen, G./Korpi, W. (1987): From Poor Relief to Institutional Welfare States: The Development of Scandinavian Social Policy; in: Erikson u.a. (1987), S. 39-74
- Europäisches Gewerkschaftsinstitut (1983): Die Gewerkschaftsbewegung in Schweden; Brüssel (Hrsg.: Köpke, G)
- Ferner, A. (1994): The State as Employer; in: Hyman/Ferner (1994), S. 52-79
- Ferner, A./Hyman, R. (Hrsg.) (1992): Industrial Relations in the New Europe, Oxford/Cambridge
- Ferner, A./Hyman, R. (1992a): Introduction: Industrial Relations in the New Europe; in: Ferner/ Hyman (1992) S. xvi-xlix
- Forsebäck, L. (1977): Sozialpartner und Arbeitsmarkt in Schweden; Stockholm (Hrsg. Schwedisches Institut)
- Fregert, K. (1994): Relative Wage Struggles During the Interwar Period. General Equilibrium and the Rise of the Swedish Model; in: Scandinavian Economic History Review 2 (1994), S. 173-186
- Frederikson, G. (1992): Länderanalyse Schweden; in: Grebing/Meyer (1992), S. 118-133
- Fricke, W. (Hrsg.) (1995): Jahrbuch Arbeit und Technik; Bonn
- Friedmann, R.R./Gilbert, N./Sherer, M. (1987): Modern Welfare States. A Comparative View of Trends and Prospects; Brighton
- Fulcher, J. (1987): Labour Movement Theory versus Corporatism: Social Democracy in Sweden; in: Sociology 2 (1987), S. 231-252

- Galbraith, J. K. (1995): Die Geschichte der Wirtschaft im 20. Jahrhundert. Ein Augenzeuge berichtet; Hamburg
- Gamillscheg, H. (1989): "Jahrhundertreform" jetzt auch in Schweden; in: Frankfurter Rundschau, 10.Nov.1989
- Gamillscheg, H. (1994): Linksruck in der Krise; Frankfurter Rundschau, 20. Sept. 1994
- Gamillscheg, H. (1994a): Ein Mann mit der Ausstrahlung einer Schuhsohle; in: Frankfurter Rundschau, 20. Sept. 1994
- Gehrmann, W. (1991): Die gute Gesellschaft. Gleichheit, soziale Sicherheit, Frauenemanzipation. Warum das "schwedische Modell" immer noch funktioniert und fasziniert - und allenfalls an seinen Erfolgen zu scheitern droht; in: Die Zeit, 12.Sept.1991
- Glyn, A. (1995): Social Democracy and Full Employment; Berlin (WZB discussion paper FS I 95 - 302)
- Goldthorpe, J. H. (Hrsg.) (1984): Order and Conflict in Contemporary Capitalism. Studies in the Political Economy of Western European Nations; Oxford u.a.
- Goldthorpe, J.H. (1984a): Introduction, in: Goldthorpe (1984), S. 1-14
- Goldthorpe, J.H. (1984b): The End of Convergence: Corporatist and Dualist Tendencies in Modern Western Societies; in: Goldthorpe (1984), S. 315-343
- Gourevitch, P. (1986): Politics in Hard Times. Comparative Responses to International Economic Crises; Ithaca/London, (Chapter five : Reopening the debate: The Crisis of the 1970s and 1980s; S. 181-217)
- Grebing, H./Meyer, T. (Hrsg.) (1992): Linksparteien und Gewerkschaften in Europa. Die Zukunft einer Partnerschaft; Köln
- Greider, G. (1995): Tendenzen des schwedischen Sozialstaats; in: Fricke (1995), S. 339-345
- Gsteiger, F. (1992): Im Volksheim wird es ungemütlich; in: Die Zeit, 16.Okt.1992
- Gustafsson, B./Tasiran, A.C. (1994): Wages in Sweden since World War II - Gender and age specific salaries in wholesale and retail trade; in: Scandinavian Economic History Review 1 (1994), S. 77-100
- Hailer, H.-J. (1995): Keine Atempause nach dem Kraftakt. Die schwedische Wirtschaftspolitik steht vor einem Zielkonflikt; in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (Verlagsbeilage), 6.Nov.1995
- Hammarström, O./Mahon, R. (1994): Sweden at the Turning Point ? Industrial Relations Developments; in: Kauppinen / Köykka, S. 91-104
- Hancock, M.D./Logue, J. (1984): Sweden: The Quest for Economic Democracy; in: Politiy 2 (1984), S. 248-270
- Hardach, G. (1994): Einführung: Schweden in Europa; in: Rising Hintz (1994), S. 9-21
- Häusler, J./Hirsch, J. (1987): Regulation und Parteien im Übergang zum 'Post-Fordismus', in: Prokla 165 (1987), S. 651-671

- Higgins, W. (1985): Political Unionism and the Corporatist Thesis; in: Economic and Industrial Democracy 3 (1985), S. 349-381
- Higgins, W./Apple, N. (1983): How Limited is Reformism ? A Critique of Przeworski and Panitch; in: Theory and Society 5 (1983), S. 603-630
- Hinrichs, K. (1988): Vollbeschäftigung in Schweden. Zu den kulturellen Grundlagen und den Grenzen erfolgreicher Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik; in: Politische Vierteljahresschrift 4 (1988), S. 569-590
- Hinrichs, K./Merkel, W. (1987): Der Wohlfahrtsstaat Schweden: Was bleibt vom Modell ?; in: Aus Politik und Zeitgeschichte B51 (1987), S. 23-38
- Hirsch, J. (1993): Internationale Regulation. Bedingungen von Dominanz, Abhängigkeit und Entwicklung im globalen Kapitalismus; in: Das Argument 198 (1993), S. 195-222
- Hirsch, J. (1994): Vom fordistischen Sicherheitsstaat zum nationalen Wettbewerbsstaat. Internationale Regulation, Demokratie und "radikaler Reformismus"; in: Das Argument 203 (1994), S. 7-21
- Hirsch, J. (1994a): Vom 'Sicherheits-' zum 'nationalen Wettbewerbsstaat'; in: links 4 (1994), S. 32f
- Hirsch, J. (1995): Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus; Berlin/Amsterdam
- Huber, E./Stephens, J.D. (1993): Der schwedische Wohlfahrtsstaat am Scheideweg; in: aktuelles über Schweden 394 (1993) (Hrsg. Schwedisches Institut)
- Hyman, R. (1994): Introduction: Economic Restructuring, Market Liberalism and the Future of National Industrial Relations Systems; in: Hyman/Ferner (1994), S. 1-14
- Hyman, R./Ferner, A. (Hrsg.) (1994): New Frontiers in European Industrial Relations; Oxford/Cambridge
- Jachtenfuchs, M./Kohler-Koch, B. (1996): Europäische Integration; Opladen
- Jahn, D. (1992): Schweden. Kontinuität und Wandel einer postindustriellen Gesellschaft; in: Aus Politik und Zeitgeschichte B43 (1992), S. 22-35
- Jahn, D. (1994): Das Schwedische Modell - Zukunfts- oder Auslaufmodell ?; in: Rising Hintz (1994), S. 21-39
- Jörberg, L. (1990): Wirtschaft und Wirtschaftspolitik; in: Krüger (1990), S. 39-56
- Johansson, M. (1994): The European Community, Sweden and Labour Mobility; in: Lundquist/Persson (1994), S. 203 - 219
- Jungblut, M. (1995): Schweden - wieder ein Modellfall ?; in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (Verlagsbeilage), 6. Nov.1995
- Kasivo, A. (1995): Zukunftsperspektiven des nordischen Modells; in: Fricke (1995), S. 329-338

- Kaupinnen, T./Köykka, V. (Hrsg.) (1994): Workplace Europe - New Forms of Bargaining and Participation. IIRA 4th European Regional Congress Helsinki, Finland 24-26 August 1994; Helsinki
- Kemeny, J. (1992): Swedish Rent-Setting Policy: Labour-led Corporatism in a Strategic Policy Area; in: International Journal of Urban and Regional Research 4 (1992), S. 555-570
- Kemeny, J. (1995): Theories of power in the Worlds of Welfare Capitalism; in: Journal of European Social Policy 2 (1995), S. 87-96
- Kjellberg, A. (1992): Sweden: Can the Model Survive ?; in: Ferner/Hyman 1992, S. 88-142
- Kommission (1992): Die Erweiterung der Gemeinschaft: Aufgaben und Herausforderungen. Stellungnahme der Kommission zum Beitrittsantrag Schwedens; in: Bulletin der Europäischen Gemeinschaften (Beilage) 5 (1992)
- Korpi, W. (1978): The Working Class in Welfare Capitalism. Work, Unions and Politics in Sweden; London/Henley/Boston
- Korpi, W. (1983): The Democratic Class Struggle; London u.a.
- Korpi, W. (1989): Macht, Politik und Staatsautonomie in der Entwicklung der sozialen Bürgerrechte. Soziale Rechte während Krankheit in 18 OECD-Ländern seit 1930; in: Journal für Sozialforschung 2 (1989), S. 137-164
- Krebs, H.-P. (1995): Quo vadis Sverige ? Schweden und die Sozialdemokratie; in: Sozialismus 6 (1995), S. 13-19
- Krüger, K. (Hrsg.) (1990): Schweden in Europa; Hamburg
- Kuhnle, S. (1989): Skandinavien im Wandel; in: Journal für Sozialforschung 1 (1989), S. 21-46
- Kuhnle, S. (1991): Das skandinavische wohlfahrtsstaatliche Modell im Zeitalter der europäischen Einigung; in: Zeitschrift für Sozialreform 10 (1991), S. 606-619
- Kuntze, O.-E. (1994): Schweden, in: ifo-Schnelldienst 5 (1994), S. 19-27
- Kuntze, O.-E. (1995): Schweden; in: ifo-Schnelldienst 7 (1995), S. 30-39
- Lane, J.-E. (1991): Interpretations of the Swedish Model; in: West European Politics 3 (1991), S. 1-7
- Lane, J.-E. (1993): The Twilight of the Scandinavian Model; in: Political Studies 2 (1993), S. 315-324
- Lange, F. (1994): Schweden und die Europäische Union; in: Die neue Gesellschaft. Frankfurter Hefte 11 (1994), S. 969-975
- Lehmbruch, G. (1984): Concertation and the Structure of Corporatist Networks; in: Goldthorpe (1984), S. 60-80
- Lipietz, A. (1985): Akkumulation, Krisen und Auswege aus der Krise: Einige methodische Überlegungen zum Begriff der "Regulation", in: Prokla 58, S. 109-137

- Lipietz, A. (1991): Die Beziehung zwischen Arbeit und Kapital am Vorabend des 21. Jahrhunderts; in: Leviathan 1 (1991), S. 78-101
- Lipietz, A. (1991a): Demokratie nach dem Fordismus; in: Das Argument 189 (1991), S. 677-694
- Lipietz, A. (1992): Towards a New Economic Order. Postfordism, Ecology and Democracy; Oxford
- Lundberg, E. (1985): The Rise and Fall of the Swedish Model; in: Journal of Economic Literature 1 (1985), S. 1-36
- Lundquist, L./Persson, L. O. (Hrsg.) (1994): Northern Perspectives on European Integration; Holstebro
- Mahon, R. (1994): From Fordism to ? New Technology, Labour Markets and Unions; in: Clement/Mahon (1994), S. 83-136
- Mahon, R. (1994a): From Solidaristic Wages to Solidaristic Work: A Post-Fordist Historic Compromise for Sweden ?; in: Clement/Mahon (1994), S. 285-314
- Mahon, R. (1994b): Wage Earners and / or Co-Workers ? : Contested Identities; in: Clement/Mahon (1994), S. 347-373
- Marginson, P./Sisson, K. (1994): The Structure of Transnational Capital in Europe: the Emerging Euro-company and its Implications for Industrial Relations; in: Hyman/Ferner (1994), S. 15-51
- Marklund, S. (1988): Welfare State Policies in the Tripolar Class Modell of Scandinavia; in: Politics & Society 4 (1988), S. 469-489
- Meidner, R. (1994): The Rise and Fall of the Swedish Model; in: Clement/Mahon (1994), S. 337-346
- Meidner (1994a): Modell Schweden - Erfolge, Schwächen und Zukunftsperspektiven der schwedischen Gewerkschaftsbewegung; in: WSI-Mitteilungen 1 (1994), S. 1-12
- Meidner, R./Hedborg, A. (1984): Modell Schweden. Erfahrungen einer Wohlfahrtsgesellschaft; Frankfurt a.M./New York
- Merkel, W. (1993): Ende der Sozialdemokratie ? Machtressourcen und Regierungspolitik im westeuropäischen Vergleich; Frankfurt/New York
- Merkel, W. (1990): Niedergang der Sozialdemokratie ? Sozialdemokratische und sozialistische Regierungspolitik im westeuropäischen Vergleich; in: Leviathan 1 (1990), S. 106-131
- Mesch, M. (1992): Wirtschafts- und Lohnpolitik in Schweden 1982-1991; in: Wirtschaft und Gesellschaft 4 (1992), S. 471-513
- Miliband, R./Panitch, L. (Hrsg.) (1994): Between Globalism and Nationalism. Socialist Register 1994; London
- Mishra, R. (1990): The Welfare State in Capitalist Society. Politics of Retrenchment and Maintenance in Europe, North America and Australia; New York u.a.
- Mjøset, L. (1987): Nordic economic policies in the 1970s and 1980s; in: International Organization 3 (1987), S. 403-456

- Moene, K. O./Wallerstein, M. (1995): How Social Democracy Worked: Labor Market Institutions; in: *Politics & Society* 2 (1995), S. 185-211
- Montin, S./Elander, I. (1995): Citizenship, Consumerism and Local Government in Sweden; *Scandinavian Political Studies* 1 (1995), S. 25-51
- Moses, J. W. (1994): Abdication from National Policy Autonomy: What's Left to Leave ?; in: *Politics & Society* 2 (1994), S. 125-148
- Nordic Statistical Secretariat (Hrsg.) (1995): Yearbook of Nordic Statistics 1995; Århus (Nord 1995:1)
- Notermans, T. (1993): The Abdication from National Policy Autonomy: Why the Macroeconomic Policy Regime Has Become So Unfavorable to Labor; in: *Politics & Society* 2 (1993), S. 133-167
- Notermans, T. (1994): Social Democracy in Open Economies: A Reply to Jonathon Moses; in: *Politics & Society*, 2 (1994), S. 149-164
- OECD (1987): Sweden. OECD Economic Surveys 1986/1987; Paris
- OECD (1989): Sweden. OECD Economic Surveys 1988/1989; Paris
- OECD (1990): OECD Economic Outlook (Reference Statistics); Paris
- OECD (1990a): Sweden; OECD Economic Surveys 1990/1991; Paris
- OECD (1992): OECD Economic Outlook. Historical Statistics 1960-1990; Paris
- OECD (1992a): Sweden. OECD Economic Surveys 1992; Paris
- OECD (1994): Sweden. OECD Economic Surveys 1993/1994; Paris
- OECD (1995): Sweden. OECD Economic Surveys 1995; Paris
- OECD (1995a): OECD Economic Outlook (Reference Statistics); Paris
- Olsen, G. (1994): Labour Mobilization and the Strength of Capital: The Rise and Stall of Economic Democracy in Sweden; in: Clement/Mahon (1994), S. 195-222
- Olsson, S. (1987): Towards a Transformation of the Swedish Welfare State ?; in: Friedmann u.a. (1987), S. 44-82
- Panitch, L. (1980): Recent theorizations of corporatism: reflection on a growth industry; in: *British Journal of Sociology* 2 (1980), S. 159-187
- Panitch, L. (1981): Trade Unions and the Capitalist State; in: *New Left Review* 125 (1981), S. 21-43
- Petersson, O. (1991): Projektbericht: Demokratie und Macht in Schweden; in: *Staatswissenschaft und Staatspraxis* 2 (1991), S. 218-237
- Pfaller, A./Gough, I./Therborn, G. (1991): Can the Welfare State Compete? A Comparative Study of Five Advanced Capitalist Countries; Hong Kong
- Pierre, J./Widtfeldt, A. (1992): Sweden; in: *European Journal of Political Research* 22 (1992), S. 519-526

- Pierre, J./Widfeldt, A. (1993): Sweden; in: *European Journal of Political Research* 24 (1993), S. 543-546
- Pontusson, J. (1984): Behind and beyond Social Democracy in Sweden; in: *New Left Review* 143 (1984) 143, S. 69-96
- Pontusson, J. (1987): Radicalization and Retreat in Swedish Social Democracy; in: *New Left Review* 165 (1987) 165, S. 5-33
- Pontusson, J. (1988): The Triumph of Pragmatism: Nationalisation and Privatisation in Sweden; *West European Politics* 4 (1988), S. 129-140
- Pontusson, J. (1992): The Limits of Social Democracy. Investment Politics in Sweden; Ithaka
- Pontusson, J. (1992a): At the End of the Third Road: Swedish Social Democracy in Crisis; in: *Politics & Society* 3 (1992), S. 305-332
- Pontusson, J. (1995): Sweden. After the Golden Age; in: Anderson/Camiller (1995), S. 23-54
- Premfors, R. (1991): The "Swedish Model" and Public Sector Reforms; in: *West European Politics* 3 (1991), S.83-95
- Przeworski, A. (1985): *Capitalism and Social Democracy*; Cambridge u.a.
- Rehn, G./Viklund, B. (1990): Changes in the Swedish Model; in: Baglioni/Crouch (1990), S. 300-325
- Rising Hintz, G. (Hrsg.) (1994): *Das Schwedische Modell. Zukunfts- oder Auslaufmodell ?* Marburg
- Ross, G. (1981): What Is Progressive About Unions ?; in: *Theory and Society* 10 (1981), S. 609-643
- Rothstein, B. (1987): Corporatism and Reformism: The Social Democratic Institutionalization of Class Conflict; in: *Acta Sociologica* 3/4 (1987), S. 295-311
- Rothstein, B. (1990): Marxism, Institutional Analysis, and Working Class Power: The Swedish Case; in: *Politics & Society* 3 (1990), S. 317-345
- Rothstein, B. (1992): Explaining Swedish Corporatism: The Formative Moment; in: *Scandinavian Political Studies* 3 (1992), S. 173-191
- Ryner, M. (1994): Economic Policy in the 1980s: 'The Third Way', the Swedish Model and the Transition from Fordism to Post-Fordism; in: Clement/Mahon (1994), S. 245-284
- Sainsbury, D. (1991): Swedish Social Democracy in Transition: The Party's Record in the 1980s and the Challenge of the 1990s; in: *West European Politics* 3 (1991), S. 31-57
- Sandberg, Å. (1994): "Volvoism" at the End of the Road ?; in: *Studies in Political Economy* 45 (1994), S. 170-182
- Scharpf, F.W. (1984): Economic and Institutional Constraints of Full-Employment Strategies: Sweden, Austria, and West Germany, 1973-1982; in: Goldthorpe (1984), S. 257-290
- Scharpf, F. W. (1987): *Sozialdemokratische Krisenpolitik in Europa*; Frankfurt a.M./New York
- Schiller, B. (1994): The Future of the Nordic Model of Labour Relations; in: Schiler u.a. (1994), S. 7-92

- Schiller, B./Venneslan, K./Ågotnes, H./Bruun, N./Nielsen, R./Töllborg, D. (1994): The Future of the Nordic Model of Labour Relations - three Reports of Internationalization and Industrial Relations; Århus (Nord 1993:36)
- Schmidt, G. (1989): Modell Schweden ein Vorbild ? Licht- und Schattenseiten der schwedischen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik; in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 1 (1989), S. 75-84
- Schmidt, M.G. (1986): Politische Bedingungen erfolgreicher Wirtschaftspolitik. Eine vergleichende Analyse westlicher Industrieländer (1960-1985); in: Journal für Sozialforschung 3 (1986), S. 251-273
- Schmitter, Ph. C. (1973): Still the Century of Corporatism ?; in: Review of Politics 36 (1973), S. 85-131
- Schwedisches Institut (1994): Tatsachen über Schweden : Die schwedische Arbeitsmarktpolitik; Stockholm
- Steinfeld, T. (1995): Ins Volksheim ist die Sorge eingezogen; in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.Jan.1995
- Steinmo, S. (1988): Social Democracy vs. Socialism: Goal Adaptation in Social Democratic Sweden; in: Politics & Society 4 (1988), S. 403-446
- Stützel, W. (1994): Streik im Strukturwandel. Die europäischen Gewerkschaften auf der Suche nach neuen Wegen; Münster
- Sundström, M. (1993): The Growth in Full-Time Work Among Swedish Women in the 1980s; in: Acta Sociologica 36 (1993), S. 139-150
- Swenson, P. (1989): Fair Shares. Unions, Pay, and Politics in Sweden and West Germany; London
- Swenson, P. (1991): Bringing Capital Back in, or Social Democracy Reconsidered: Employer Power, Cross-Class Alliances and Centralization of Industrial Relations in Denmark and Sweden; in: World Politics 4 (1991), S. 513-544
- Swenson, P. (1993): The End of the Swedish Model in Light of its Beginning: On the Role of Engineering Employers and their Leaders; Berlin (WZB discussion papers FS I 93-303)
- Swensson, S.C. (1994): Die Sozialdemokraten wieder an der Macht; in: aktuelles über Schweden 406 (1994) (hrsg. vom Schwedischen Institut)
- Swensson, S.C. (1994a): Der Beitritt Schwedens zur Europäischen Union; in: aktuelles über Schweden 408 (1994) (hrsg. vom Schwedischen Institut)
- Tálos, E. / Falkner, G. (1994): Sozialpolitik auf dem Rückzug ? Tendenzen in westeuropäischen Staaten; in: Wirtschaft und Gesellschaft 2 (1994), S. 247-279
- Therborn, G. (1991): Sweden; in: Pfaller/Gough/Therborn (1991)
- Thielbeer, S. (1995): Unsolid im Volksheim; in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.Feb.1995

- Thielbeer, S. (1995): Carlsson sucht Hilfe bei der Zentrumspartei; in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.April 1995
- Tilton, T. (1991): Theory of Swedish Social Democracy. Through the Welfare State to Socialism; Oxford
- Viklund, B. (1994): Das Ende korporatistischer Strukturen - Die schwedischen Gewerkschaften vor einer Neuorientierung; in: Stützel (1994), S.184-194
- Wærness, K. (1995): Die normativen und ideologischen Grundlagen des skandinavischen Sozialstaats: Ist er in der Zukunft überlebensfähig ?; in: Fricke (1995), S. 319-328
- Wise, C. R. (1993): "New Managerialism" in Swedish Local Government; in: Scandinavian Political Studies 4 (1993), S. 339-358
- Wölke, G. (1990): Die Rosenkriege. Gewerkschaften in Schweden; in: Gewerkschaftsreport 5 (1990), S.33-38
- Wörlund, I. (1992): The Swedish Parliamentary Election of September 1991; in: Scandinavian Political Studies 2 (1992), S. 135-143
- Zank, W. (1990): Modell mit groben Fehlern. Mit drastischen Maßnahmen versucht die Regierung, die Inflation zu dämpfen; in: Die Zeit, 16.Feb. 1990
- Zank, W. (1990a): Anschluß oder Ausschluß. Die Skandinavier sorgen sich wegen der EG-Integration um ihr Modell des Wohlfahrtsstaats; in: Die Zeit , 1.Jun. 1990
- Zank, W. (1990b): Im Kern gesund. Trotz lauter werdender Kritik ist Schwedens soziale Marktwirtschaft nicht am Ende; in: Die Zeit , 23.Nov.1990
- Zank, W. (1991): Das Modell lebt. Die neue bürgerliche Regierung beginnt mit Wohltaten statt mit Sparmaßnahmen; in: Die Zeit, 18.Okt.1991
- Zank, W. (1993): Sehnsucht nach den Sozies; in: Die Zeit, 9.April.1993
- Zank, W. (1994): Nur noch Elend; in: Die Zeit, 16.Sept.1994

FEG Studien

Nr. 1: Michael Felder, Forschungs- und Technologiepolitik zwischen Internationalisierung und Regionalisierung,
(September 1992) UKB 20 DM (vergriffen)

Nr. 2: Hans-Jürgen Bieling, Nationalstaat und Migration im "Postfordismus" - Gewerkschaften vor der Zerreißprobe,
(September 1993) UKB 25 DM

Nr. 3: Eva Lavon, Das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA): Weltmarktorientierte Entwicklung gegen die Gewerkschaften?,
(Juni 1994) UKB 20 DM

Nr. 4: Hans-Jürgen Bieling/Frank Deppe (Hrsg.), Entwicklungsprobleme des europäischen Kapitalismus,
(August 1994) UKB 25 DM

Nr. 5: Europäische Integration und politische Regulierung - Aspekte, Dimensionen, Perspektiven. Mit Beiträgen von Bob Jessop, Ingeborg Tömmel, Bernd Röttger, Anja Bultemeier/Frank Deppe, Thorsten Schulten, Nikos Kotzias und Hans-Jürgen Bieling,
(April 1995) UKB 25 DM

Nr. 6: Robin Jacobitz, Der Niedergang institutionalisierter Kooperation. Die Auswirkungen von Machtveränderungen zwischen den USA, Japan und Deutschland 1945 bis 1990 auf das GATT- und das IWF-Regime,
(Juli 1995) UKB 30 DM

Nr. 7: Hans-Jürgen Bieling (Hrsg.), Arbeitslosigkeit und Wohlfahrtsstaat in Westeuropa. Neun Länder im Vergleich,
(November 1995) UKB 40 DM

Nr. 8: Stefan Tidow, Das "Modell Österreich". Korporatistische Regulierung im Umbruch,
(November 1996) UKB 25 DM

Nr. 9: Kai Michelsen, Die gescheiterte Transformation des Schwedischen Modells,
(Februar 1997) UKB 25 DM

Nr. 10: Labour Markets and Employment Policy in the European Union. Contributions by Alain Lipietz, Martin Seeleib-Kaiser, Hans-Wolfgang Platzer, Gerda Falkner, Andreas Aust/Hans-Jürgen Bieling/Jochen Steinhilber/Stefan Tidow, Michael Barrat Brown, Frieder Otto Wolf, Joachim Denking, Europäischer Metallgewerkschaftsbund and Nikos Kotzias,
(März 1997) UKB 30 DM